

Preußische Allgemeine

Nr. 46 · 18. November 2022

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,40 €

Versprechen gebrochen

Bei Ausbruch des Ukrainekriegs verkündete der Kanzler, die marode Bundeswehr mit einem „Sondervermögen“ besser ausstatten zu wollen. Viel getan hat sich bislang allerdings nicht. Im Gegenteil **Seiten 3 und 8**



Preußische Powerfrau
Elisabeth Charlotte
von der Pfalz **Seite 10**



Überraschende Einblicke
Zwei Influencer unterwegs
in Syrien **Seite 12**

IN EIGENER SACHE

Neue Preise ab 2023

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist eine einzigartige Stimme in der deutschen Medienlandschaft. Hervorgegangen aus dem *Ostpreußenblatt*, hat sich die PAZ über die Jahre zu einer allgemeinen Publikumszeitung entwickelt, die sich Woche für Woche zum aktuellen Zeitgeschehen äußert sowie zugleich an das historische Preußen und seine Kulturlandschaften erinnert.

Guten Journalismus gibt es freilich nicht umsonst, zumal in Zeiten dramatischer Preissteigerungen in nahezu allen Gebieten des öffentlichen Lebens. Gleichwohl hat die PAZ die Preise für die Abonnements und den Kioskverkauf zwei Jahre lang stabil halten können. Doch nun zwingen erhebliche Preissprünge bei Druck und Papier, bei den Vertriebs- und nicht zuletzt bei den Energiekosten leider auch uns zu einer Preisanpassung.

Der Inlands-Abonnement-Preis steigt ab 1. Januar 2023 von 14 auf 16 Euro im Monat, also 192 Euro im Jahr. Der Bezugspreis im Ausland steigt auf 18,50 Euro monatlich (22,50 Euro bei Luftpostversand). Am Kiosk kostet die PAZ künftig 3,90 Euro. Der Preis für das Online-Abo bleibt bei 10,25 Euro im Monat. Soweit keine Einzugsermächtigung besteht, bitten wir die Abonnenten um die rechtzeitige Anpassung von Daueraufträgen.

Auch nach dieser moderaten Anpassung bleibt die PAZ deutlich günstiger als vergleichbare überregionale Wochenzeitungen. Deshalb bitten wir Sie herzlich um Ihr Verständnis – sowie darum, dass Sie unserer Zeitung auch weiter gewogen bleiben.

Ihre Redaktion und Verlag der PAZ

POLITIK

Das Ende der Mär von der „wertegeleiteten Außenpolitik“

Die Fußball-WM in Katar offenbart die Grenzen eines an Moral ausgerichteten politischen Handelns. Und belegt den Vorrang von Interessen vor Werten

VON RENÉ NEHRING

Wenn an diesem Sonntag die Fußballweltmeisterschaft beginnt, werden die einen jubeln – und die anderen fluchen. Die einen, weil endlich wieder die besten Fußballer der Welt zusammenkommen, die anderen, weil sie sich an dem Austragungsländ Katar stören.

Schon seit Jahren steht das Emirat am Golf im Fokus der Kritik: So beklagen Menschenrechtsorganisationen unter anderem eine systematische Schlechterstellung der Frauen gegenüber Männern, die Einschränkung politischer Freiheiten, die Unterdrückung sexueller Minderheiten und nicht zuletzt die miserablen Arbeitsbedingungen von Niedriglohnarbeitern. Unter diesen Umständen, so die Kritiker, sei eine WM-Teilnahme als Spieler oder Zuschauer ethisch nicht vertretbar.

Diese Vorwürfe sind durchaus berechtigt. Zumal die Spiele in einem Staat stattfinden, der mit Fußball rein gar nichts zu tun hat und das Turnier unter höchst fragwürdigen Umständen allein aus Marketing-Gründen ins Land geholt hat.

Und doch ist nicht nur der Austragungsort Katar zu hinterfragen, sondern auch die gegen das Wüsten-Emirat erhobenen Vorwürfe. Denn als im März Wirtschaftsminister Robert Habeck in die Hauptstadt Doha flog, um nach den gegen Russland verhängten Sanktionen eine

Energiepartnerschaft mit den Scheichs zu verhandeln, und sich dabei tief vor dem Energieminister verneigte, hielt sich die Kritik arg in Grenzen. Mochte Habecks Parteifreundin Annalena Baerbock bei ihrem Amtsantritt als Außenministerin noch eine „wertegeleitete Außenpolitik“ verkündet haben, so war die Energie-Not nun offenbar so groß, dass ethische Bedenken schnell zur Seite geschoben wurden.

Das Spiel mit doppelten Standards

Auch wenn es letztlich nicht zu Habecks Gas-Deal am Golf gekommen ist, zeigt das Beispiel Katar doch wunderbar das Spiel mit doppelten Standards beziehungsweise einer doppelten Moral. Ein Spiel, das seit alters her im politischen Raum gepflegt wird, aber selten so fragwürdig war wie in unserer moralisch aufgeladenen Zeit.

Als die Bundesregierung vor wenigen Wochen die Beteiligung des Pekinger Staatskonzerns Cosco an dem Hamburger Hafen genehmigte, gab es zwar einige Aufregung, doch spielte die Besetzung Tibets durch das kommunistische Land ebenso wenig eine Rolle wie die brutale Unterdrückung der Uiguren. Andererseits wurde im Frühjahr die Empörung über den russischen Angriff gegen die Ukraine von interessierten Kreisen geschickt genutzt, um die jahrzehntelangen Wirtschaftsbeziehungen mit den Russen zu beenden.

Schon diese wenigen Beispiele entlarven die Floskel von der „wertegeleiteten

Außenpolitik“ zumindest als naive Trümmerei, wenn nicht gar als Schwindel. Allzu oft ist allzu offensichtlich, dass moralische Aspekte immer dann vorgetragen werden, wenn sie irgendwelchen Interessen dienen – während sie gern zurückgestellt werden, sobald sie diesen Interessen im Wege stehen.

Otto von Bismarck mahnte 1870 in einem Tischgespräch: „Gefühlsausbrüche (gehören) nicht in die Politik“ und 1887 in einem Brief: „In der auswärtigen Politik (sind) nicht Gefühle, sondern Interessen und Gegenseitigkeit zur Richtschnur zu nehmen.“ Das gilt heute wie damals. Staaten kennen keine Gefühle folgenden Werten, doch sie haben Interessen: zum Beispiel die innere und äußere Sicherheit oder eine Wohlstand schaffende Wirtschafts- und Sozialordnung oder eine stabile und preisgünstige Energieversorgung.

Interessen sind – siehe die genannten Beispiele – klare und ehrliche Maßstäbe, die zudem über den Alltag hinaus gelten. Deshalb auch kann es richtig sein, gute Wirtschaftsbeziehungen mit Ländern zu pflegen, deren Gesellschaftsordnung man selbst ablehnt – oder auch in einem fragwürdigen Land ein sportliches Großereignis durchzuführen.

Werte hingegen unterliegen viel stärker den Konjunkturen des Zeitgeistes. Was heute der Gesellschaft ein zentrales Anliegen sein mag, kann morgen schon nur noch Achselzucken erregen.

IN DIESER AUSGABE

Politik

Polen errichtet neue Grenzsperranlagen zum Königsberger Gebiet **Seite 6**

Kultur

Mozarts „Zauberflöte“ als Abenteuergeschichte für Kinder im Kino **Seite 9**

Das Ostpreußenblatt

In Heilsberg fand nach langer Pause wieder eine Tanzwerkstatt statt **Seite 18**

Hinweis

Dieser Ausgabe liegt ein Überweisungsträger der Landsmannschaft Ostpreußen für die Treuespende bei



Lesen Sie die PAZ

auch auf unserer Webseite paz.de



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Kiews „Volkskrieg“ Die Ukraine scheint sich in der Kriegsführung zunehmend auch an einem von US-Experten ursprünglich für die NATO erarbeiteten Widerstandskonzept für den Untergrundkampf zu orientieren

Guerillataktik Made in USA

Mit dem ROC haben die Vereinigten Staaten ein Muster für den modernen Partisanenkrieg entwickelt

VON WOLFGANG KAUFMANN

Das humanitäre Kriegsvölkerrecht unterscheidet zwischen Kombattanten und Zivilisten. Letztere stellen kein legitimes Angriffsziel dar, solange sie sich nicht am Kampf beteiligen. Andererseits dürfen Zivilisten genau wie die Angehörigen der regulären Streitkräfte als Kombattanten agieren, wenn sie durch spezielle Armbinden oder Ähnliches als Milizangehörige erkennbar sind, unter einem verantwortlichen Kommando stehen, ihre Waffen offen tragen und auch sonst das Kriegsvölkerrecht beachten. Dazu gehört für Bewohner eines besetzten Gebietes ohne Kombattantenstatus, keinen Widerstand gegen die Besatzungsbehörden zu leisten. Im Umkehrschluss heißt dies, dass Zivilisten, welche die genannten Bestimmungen nicht einhalten, wenig Pardon vom Gegner erwarten dürfen.

Das gilt auch für jene Ukrainer, die nun als Partisanen oder Ähnliches gegen die russischen Invasoren kämpfen. Hierbei sollen sie nach einem Konzept agieren, das vom US-amerikanischen Special Operations Command Europe (SOCEUR) entwickelt wurde, dessen Aufgabe eigentlich darin besteht, die NATO-Staaten beim Ausbau ihrer Ressourcen für den „Sondereinsatzkampf“ zu unterstützen.

Totalisierung des Krieges

So berichteten es jedenfalls die US-Tageszeitung „Washington Post“ und der US-Nachrichtensender CNN. Die „Washington Post“ zitierte in diesem Zusammenhang Äußerungen des Vier-Sterne-Generals Richard Clarke, der bis diesen August an der Spitze des US Special Operations Command (USSOCOM) stand, das dem SOCEUR übergeordnet ist. Clarke sagte am 5. April dieses Jahres während einer Anhörung im Verteidigungsausschuss des US-Senates, dass die USA, die ja selbst aus einem Unabhängigkeitskrieg hervorgegangen sind, schon seit Herbst 2020 ukrainische „resistance companies“ (Widerstandseinheiten) ausgebildet hätten.

Genauere Angaben über die Natur und die Aufgaben derselben lieferte dann CNN. Wie man von „amerikanischen und europäischen Offiziellen“ erfahren habe, gelinge es der Ukraine „erfolgreich“, das sogenannte Resistance Operating Concept (ROC) des SOCEUR umzusetzen.

Dieses stelle eine Lehre aus dem Kaukasuskrieg zwischen Georgien und Russland im August 2008 dar und werde seit der russischen Annexion der Krim 2014 als beste Strategie der Verteidigung gegen übermächtige Aggressoren vom Schlage Moskaus angesehen.

„Patriotische Erziehung“

Was das ROC dabei im Einzelnen vorsieht, ist gleichfalls kein Geheimnis mehr, seit dessen maßgeblicher Mitentwickler Otto Fiala im Januar 2020 einen Artikel über das Konzept verfasste, der von der Swedish Defense University in Stockholm und der United States Joint Special Operations University in Tampa (Florida) publiziert wurde. Darin schrieb der damalige Oberst sowie Analyst der Sensitive Activities Division des USSOCOM und jetzige Mitarbeiter des National Consortium for the Study of Terrorism and Responses to Terrorism (START) des US-amerikanischen Heimatschutzministeriums (DHS), dass das ROC auf die möglichst „totale“

Einbeziehung der Zivilbevölkerung in den Kampf gegen eine Okkupationsarmee hinauslaufe, wobei die Widerstandskapazitäten im Volk vorsorglich schon in Friedenszeiten geschaffen werden müssten. Dazu gehörten nicht nur militärische Vorkehrungen, sondern ebenso die „Entwicklung einer starken Nationalität“ durch „patriotische Erziehung“.

Gleich der „Washington Post“ ließ auch CNN hochrangige Ex-Militärs zu Wort kommen, die bestätigten, dass die Ukrainer gemäß dem ROC verfahren. Einer davon war der frühere Oberst und Mitarbeiter von Fiala, Kevin Stringer, der sagte, die handstreichartigen Angriffe auf russische Waffenlager und Stützpunkte hinter der Front beziehungsweise in den besetzten Gebieten entsprächen haargenau dem ROC-Szenario. Und der mittlerweile ebenfalls pensionierte Chef des SOCEUR, Generalleutnant Mark Schwartz, fügte mit Blick auf die breite Beteiligung der Zivilbevölkerung an den Kampfhandlungen hinzu: „Es sind alle Mann an Deck, was die umfassende Ver-

teidigung der ... Ukraine betrifft ... Sie nutzen jede Ressource und sie verwenden auch einige höchst unkonventionelle Mittel, um das Militär der Russischen Föderation zu stören ... Dies ist eine Möglichkeit, den Spieß gegen eine erste Weltmacht umzudrehen. Es ist einfach unglaublich zu sehen, was ... die Entschlossenheit zum Widerstand trotz des unglaublichen Verlustes an Leben und Opfern bewirken kann.“

15 Staaten haben Interesse gezeigt

Wie CNN des Weiteren berichtete, hätten sich Fiala und dessen Mitstreiter bei der Formulierung des ROC ganz maßgeblich an dem paramilitärischen estnischen Freiwilligenverband Kaitseliit orientiert. Nach Auskunft der SOCEUR-Sprecherin Nicole Kirschmann bekundeten neben der Ukraine inzwischen bereits 14 weitere Staaten Interesse an Schulungen oder Übungen im Zusammenhang mit der Anwendung dieses Widerstandskonzepts, darunter Polen sowie die beiden übrigen baltischen Staaten Lettland und Litauen.



Welche Rolle spielten Partisanen bei den Erfolgen der ukrainischen Armee im Süden des Landes? Ukrainischer Soldat im zurückeroberten Cherson vor wenigen Tagen
Foto: imago images/NurPhoto

RESISTANCE OPERATING CONCEPT

Bewährung in der Praxis

Wie die Ukraine mit in den USA entwickelten Mitteln für den Untergrundkampf konkret agiert

Dass die im Rahmen des von US-Experten entwickelten Resistance Operating Concept agierenden ukrainischen Partisanen beziehungsweise zivilen Untergrundkämpfer bereits eine Vielzahl von Operationen durchgeführt haben, geht sowohl aus Berichten in ukrainischen und russischen Medien als auch aus westlichen Quellen wie dem US-Nachrichtenportal The Grayzone oder der Tageszeitung „The New York Times“ hervor. Dabei gibt es offensichtlich vier Schwerpunkte.

Zum Ersten brechen die Freischärler immer wieder zu Aufklärungsmissionen vor und hinter den feindlichen Linien auf, um Schwachstellen in der russischen Front oder lohnende Ziele für die ukrainische Ar-

tillerie zu finden. Zum Zweiten verüben sie Angriffe auf die Nachschublinien des Gegners, indem sie Bahnschienen, Brücken und sonstige Verkehrsanlagen sprengen. Damit binden die Guerillas umfangreiche russische Kräfte, die zur Bewachung abgestellt werden müssen und somit nicht in die eigentlichen Kämpfe eingreifen können. Das gilt analog für die häufigen Attacken auf russische Munitionsdepots.

Zum Dritten sabotieren die Untergrundsoldaten Kiews auch die Versorgung der feindlichen Truppen mit Nahrungsmitteln und Trinkwasser aus der Ukraine. Beispiele hierfür sind die Vernichtung von 60.000 Tonnen Getreide in einem Speicher in der Region Cherson oder die töd-

liche Vergiftung von 15 russischen Militärs bei Saporischschja.

Und zum Vierten werden Ukrainer liquidiert, die sich in den Augen der Täter der Kollaboration mit den Russen schuldig gemacht haben. Die Liste dieser Aktionen ist ganz besonders lang. So töteten die Partisanen unter anderem den von Russland ernannten Bürgermeister von Mychajliwka, Iwan Suschko, den übergeleiteten ehemaligen ukrainischen Parlamentsabgeordneten Oleksij Kowaljow, den stellvertretenden Bürgermeister von Nowa Kachowka, Vitaliy Hura, den Leiter der Direktion für Jugendpolitik in der Verwaltung der Region Cherson, Dmytro Savluchenko, und den Vizechef der Ver-

Eine Kriegsführung gemäß dem Resistance Operating Concept hat für Kiew viele Vorteile

kehrspolizei in Berjansk, Alexander Kolesnikow. Teilweise wurden die Betroffenen erschossen, teilweise fielen sie Bombenanschlägen zum Opfer, bei denen manchmal auch unbeteiligte Ukrainer zu Schaden kamen.

Die Umsetzung des ROC führt zu erheblichen Beeinträchtigungen der Kampfmoral des Gegners und sorgt unter den Ukrainern, die zu einer Verständigung und Zusammenarbeit mit den Russen bereit sind, für Angst und Schrecken. Andererseits liefert sie den russischen Invasoren reale oder vorgeschobene Gründe, um gewaltsam gegen Zivilisten vorzugehen, was ihnen dann im Westen und vom Westen vorgeworfen wird. W.K.

ESKALATIONSRISIKO

US-Soldaten „nahe der Frontlinie“

An der Schulung der ukrainischen Untergrundkämpfer gemäß den Prinzipien des Resistance Operating Concept (ROC) sollen auch ehemalige Angehörige der britischen Special Forces beteiligt sein, die nunmehr für die private Söldnerfirma Prevail Partners mit Hauptsitz in London arbeiten, deren Mitbegründer Brigadegeneral a. D. Justin Hedges von den Royal Marines ist. Das geht angeblich aus geheimen, dem Nachrichtenportal The Grayzone zugespielten Dokumenten hervor.

Hingegen ganz offen hat ein hochrangiger Beamter des Washingtoner Verteidigungsministeriums kürzlich im Interview mit der US-Nachrichtenagentur Associated Press bestätigt, dass eine ungenannte Anzahl von US-Soldaten „nahe der Frontlinie“ in der Ukraine operiere. Deren Aufgabe bestehe darin, vor Ort zu kontrollieren, ob die vom Westen gelieferten Waffen tatsächlich in die richtigen Hände gelangten. Dieser Auftrag impliziert Kontakte zu den Partisanen entlang der Front, die Kriegsmaterial aus NATO-Beständen erhalten. Insofern stellen die Missionen eine gute Tarnung für ROC-Ausbilder dar.

Aber auch wenn die „Waffen-Inspektoren“ keine ukrainischen Freischärler in Guerilla-Taktiken schulen, hat der indische Spitzendiplomat und frühere Botschafter in Usbekistan M.K. Bhadrakumar recht, wenn er in einem Beitrag auf seinem Informationskanal Indian Punchline geschrieben hat: „Im Klartext heißt das, dass die USA, ob bewusst oder unbewusst, die Eskalationsleiter hinaufsteigen.“ Er gab zu bedenken, dass im Falle von russischen Angriffen auf ukrainische Stellungen, in denen sich zu dem Zeitpunkt US-Kontrolleure befänden, man realistischerweise auch mit US-Opfern rechnen müsse. Und in einer solchen Situation liege es dann durchaus im Bereich des Möglichen, dass sich der bisherige Stellvertreterkrieg zwischen der NATO und Russland unversehens zu einem direkten heißen Krieg entwickle. W.K.

Die „Zeitenwende“ fällt vorerst aus

Mit einem 100 Milliarden schweren „Sondervermögen“ sollte die Bundeswehr nach dem Ausbruch des Ukrainekriegs ertüchtigt werden. Geschehen ist bislang kaum etwas. Erste Investitionspläne wurden stark zusammengestrichen

VON JOSEF KRAUS

Da gab es einmal eine Kanzler-Rede zur „Zeitenwende“ vom 27. Februar 2022 – drei Tage nach Putins Einfall in die Ukraine. Olaf Scholz (SPD) kündigte an, die Bundeswehr zur „am besten ausgestatteten Streitkraft in Europa“ zu machen. Alle anderen Aufgaben hätten sich der Priorität einer funktionierenden Landes- und Bündnisverteidigung unterzuordnen, erklärte Scholz dann am 15./16. September auf einer Führungskräftekonferenz in Berlin: „Das ist mein Anspruch als Bundeskanzler. Daran können Sie mich messen.“ Immerhin: Mit Hilfe der CDU/CSU wurde das Grundgesetz am 3. Juni 2022 so geändert, dass ein 100 Milliarden schweres „Sondervermögen“ für die Bundeswehr geschaffen wurde.

Messen wir Scholz an seinem eigenen Anspruch und nehmen das Ergebnis vorweg: Mit der Ertüchtigung der Bundeswehr und der Umsetzung des 100-Milliarden-Programms geht es nur im Schnecken tempo voran, es gibt sogar erste Streichlisten. Anschaulich zu besichtigen war das am 26. Oktober, als die Arbeitsgruppe „Sondervermögen“ zusammenkam und ein erstes „Streichkonzert“ veranstaltete. Anlass: Der Bundesrechnungshof hatte massiv Einsprüche erhoben.

Streichliste statt Investitionsprogramm

Aber: Wo streichen, wo kürzen? Beim neuen F-35-Kampffjet, der in den USA gekauft werden soll? Oder bei der nächsten Tranche des Eurofighters? Das Heer wird jedenfalls vorerst keinen Nachfolger für den Transportpanzer „Fuchs“ bekommen. Verzichtet man sich vor allem die Marine: Die Option für das fünfte und sechste Schiff der neuen Fregatte F-126 wird vorerst nicht gezogen. Die bisher vorgesehenen 2,4 Milliarden Euro für den Ersatz der Korvette 130 der ersten Generation werden auf null zusammengestrichen. Das neue Laser-Schutzsystem, mit dem sich U-Boote gegen die Bedrohung durch Flugzeuge oder Hubschrauber wehren sollen, wird zwar weiterentwickelt, aber vorerst nicht beschafft. Statt zwölf Flugzeugen sollen nur noch acht Seefernaufklärer vom Typ P-8 Poseidon gekauft werden. Das Programm wird um 1,9 Milliarden auf 1,2 Milliarden Euro zusammengestrichen. Um auch das bezahlen zu können, wird Geld aus allen Ecken zusammengekratzt. So sollen Einnahmen aus den Bundeswehrkrankenhäusern genutzt werden, um die Schiffe zu bezahlen.

Und generell? Für das laufende Jahr wird der Etat des Verteidigungsministeriums von rund 45 auf 50,3 Milliarden Euro erhöht. Zum „Zwei-Prozent-Ziel“ der NATO fehlen indes immer noch gut 20 Milliarden. Und woher sollen die kommen? Sie kommen also doch aus den 100 Milliarden. So wird es weitergehen, bis die 100 Milliarden im Jahr 2025 aufgebraucht sind. Dann jedoch sind keine weiteren 100 Sonder-Milliarden in Sicht, und der Bundestag muss ohne Rückgriff auf ein „Sondervermögen“ (vulgo: Sonderschulden) die für die zwei Prozent notwendigen 75 bis 80 Milliarden pro Jahr für die Bundeswehr schultern. Hinzu kommt: Die Inflation frisst einen erheblichen Teil der 100 Milliarden auf.

Das war einmal geplant

Die folgenden Punkte zeigen den Unterschied von Dichtung und Wahrheit:

- 20 Milliarden sollten es nach NATO-Vorgabe für Munitionsbevorratung sein. In seiner „Bereinigungssitzung“ am 11. November hat der Haushaltsausschuss des Bundestages jedoch lediglich Beschaffungen aus dem 100-Milliarden-Sondervermögen im Umfang von insgesamt 8,4 Milliarden Euro erlaubt.
- Für eine hinreichende Schutzrüstung (Helme, Westen, Nachtsichtgeräte) sind



Auf der Beschaffungsliste: Der US-Kampffjet F-35 A

Foto: imago images/ZUMA WIRE

zehn Milliarden zu veranschlagen. Pläne dafür liegen jedoch nicht vor.

- Für den Kauf von 35 Stück des US-Kampffjets F-35A (Stückpreis je rund 100 Millionen) sind 3,5 Milliarden zu veranschlagen.
- 60 Stück des CH-47 Chinook Transporthubschraubers sind schon bestellt. Kostenpunkt: zirka sechs Milliarden. Hier drohen allerdings aufgrund eines mangelhaften Auswahlverfahrens Verzögerungen um zwei Jahre und Stückzahlreduzierungen, wie die Regierung am 9. November im Verteidigungsausschuss einräumte. Die Regierung räumte in der Geheimsitzung zudem Probleme mit der Luftbetankung beim Chinook ein. Damit wackelt das Motiv, warum man überhaupt die Chinook ausgesucht hat.
- 15 atomwaffenfähige Eurofighter sollen neu für ECR (Electronic Combat and Reconnaissance = Bekämpfung von Radarsystemen) angeschafft werden. Auch hier geht es vermutlich um einen Zwei- bis Drei-Milliarden-Betrag.
- Kostspielig ist und bleibt das deutsch-französisch-spanische Kampffjetprojekt FCAS (Future Combat Air System). Die Abgeordneten verabschiedeten dazu nun einige „Maßnahmebeschlüsse“. Da es aber jetzt schon Differenzen zwischen Frankreich und Deutschland gibt, und der erste einsatzfähige FCAS-Jet ohnehin erst im Jahr 2040 einsatzbereit sein soll, ist auch ein Scheitern des Projekts nicht ausgeschlossen.
- Die überfällige Digitalisierung der Kommunikationssysteme kostet drei Milliarden.

„Liste des Grauens“

Noch keineswegs kalkuliert sind die Kosten für neue Kasernen (immerhin soll die Bundeswehr um 20.000 Mann wachsen) und für die Renovierung von bestehenden Kasernen. Auch hier geht es wohl um zweistellige Milliardenbeträge. Ebenfalls einzukalkulieren wäre der bis 2025 geplante Aufwuchs der Bundeswehr von 183.000 auf 203.000 Mann. Hier geht es bestimmt auch um drei Milliarden (jährlich!).

Unbeantwortet bleibt zudem die Frage, wie sich Deutschland zukünftig gegen eine neue Form des Krieges rüsten will: den Cyber-Krieg. Nicht eingerechnet ist auch die laut Ampel-Koalitionsvertrag geplante Anschaffung von Drohnen. Und noch gar nicht hochgerechnet sind die Kosten einer Vision von Kanzler Scholz, der Ende August in Prag die Errichtung eines „European Sky Shield“,

also eines europäischen Raketen-, Drohnen- und Flugabwehrsystems ankündigte.

Vor diesem Hintergrund spricht Ingo Gädechens (CDU), Berichterstatter der Unionsfraktion für den Wehretat, von einem „Trauerspiel“ und einer „politischen Bankrotterklärung“ der Ampelkoalition. Die Vorschläge der Regierung für den Verteidigungshaushalt seien eine „Liste des Grauens“. Kanzleramtsminister Wolfgang Schmidt, engster Vertrauter von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD), sprach am 8. November bei einer Veranstaltung der Gesellschaft für Sicherheitspolitik (GSP) zwar davon, die Anstrengungen der Ampel für die Bundeswehr seien „massiv“. Teilnehmer der Veranstaltung waren da aber anderer Meinung: Bislang sei nur eine Fortsetzung der Mangelwirtschaft in der Treppe erkennbar. Von den laut jüngster Prognose steigenden Steuereinnahmen soll die Bundeswehr ohnehin nicht profitieren. Auch bei führenden Militärs halten sich die Hoffnungen in Grenzen. Nach ihrem Eindruck glaubt die Ampel, mit der Einrichtung des Sonderschuldentopfs sei ihre Arbeit getan.

Die deutsche Rüstungsindustrie geht weitgehend leer aus

Doch welche Käufe auch immer getätigt werden, einen Verlierer gibt es jetzt schon: die deutsche Rüstungsindustrie. Der Kampffjet F-35, der Transporthubschrauber CH-47 Chinook, der U-Boot-Jäger P-8A Poseidon – alles soll, weil schneller verfügbar, im Ausland eingekauft werden. Aber: „Wer im fremden Regal einkauft, anstatt zu entwickeln, der lässt die heimische Industrie verkümmern“, heißt es aus der Branche.

Sogar bei der Wartung ignoriert die deutsche Politik die eigene Industrie. Der Bundesverband der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie (BDLI) sieht beim geplanten Kauf von F-35-Kampffjets und CH-47F Chinook-Schwerlasthubschraubern für mehr als 16 Milliarden Euro die Gefahr, nahezu leer auszugehen. Bislang gebe es aus dem Verteidigungsministerium oder der Bundesregierung noch nicht einmal die Forderung an die USA, dass die einheimischen Unternehmen zumindest bei der Reparatur, Instandsetzung und Betreuung der Modelle eingebunden wird, kritisierten BDLI-Repräsentanten jüngst in einer Video-Konferenz. Damit entstehe eine gefährliche Abhängigkeit. Mit Blick auf die Zukunftsfähigkeit der deutschen

Branche wäre dies ein großer Schaden, sowohl für die militärische als auch für die zivile Luftfahrt. Der Verband fordert denn auch: Die deutsche Rüstungsindustrie sollte auf Augenhöhe mit am Tisch sitzen „und nicht alles den Freunden in den USA überlassen“.

Politik und Generalität schweigen

Als die Bundeswehr vor allem in den Merkel-Jahren mehr und mehr ins Straucheln geriet, prägte sich der Begriff der „schweigenden Generalität“. Damit war gemeint, dass die rund zweihundert Generale und Admirale ja eigentlich gegen den Verfall und das Kaputtsparen der Bundeswehr hätten aufbegehren müssen, dies freilich kaum getan haben, da sie als politische Beamte ohne Angabe von Gründen jederzeit in den Ruhestand entlassen werden konnten. So manche Minister von Struck über zu Guttenberg bis hin zu von der Leyen haben davon Gebrauch gemacht. Nicht einmal der frühere Generalinspekteur Schneiderhan sowie Staatssekretär Wichert blieben 2009 verschont, weil Guttenberg sich nach der Bombardierung zweier Tanklaster bei Kundus schlecht informiert fühlte. Ursula von der Leyen schasste 2018 den obersten Luftwaffengeneral, Generalleutnant Müllner, weil dieser sich für den Kauf des US-Kampffjets F-35 ausgesprochen hatte. Jenes F-35, von dem nun 35 Stück eingekauft werden.

Nur ein einziger aktiver ranghoher Soldat, der Inspekteur des Heeres, Generalleutnant Alfons Mais, hat derzeit den Mumm, Klartext zu reden. Bereits am Morgen des 24. Februar 2022, als Russland den Überfall auf die Ukraine gestartet hatte, postete er auf LinkedIn: „Du wachst morgens auf und stellst fest: Es herrscht Krieg in Europa.“ Und weiter: Die Bundeswehr stehe mehr oder weniger blank da. Sie sei lediglich bedingt einsatzbereit, ihre Optionen seien extrem limitiert.

Auch jetzt ist Mais nicht bereit, die Lage zu beschweigen. In einem Interview für die „Süddeutsche“ vom 11. November sagte er: „Wir könnten keinen Kampf über mehrere Wochen führen.“ Grund: Weil Deutschland seit Beginn des Krieges die Ukraine mit vielen Waffenlieferungen unterstützte, litten gerade die Bedürfnisse der eigenen Armee. An der praktischen Umsetzung des 100-Milliarden-Projekts habe sich seit Februar nicht viel getan. „Wir verfügen derzeit über keine komplette deutsche Brigade, die sofort und ohne längere Vorbereitungszeit in der Lage wäre, einen Kampfauftrag über mehrere Wochen durchzuführen.“ Unter anderem in der Artillerie sieht Mais einen „riesigen Aufholbedarf“. Und „das Heer, so wie es heute dasteht, verfügt noch über vier Artilleriebataillone, etwa 100 Panzerhaubitzen und knapp 40 Raketenwerfer Mars. Von denen ist tagesaktuell immer nur ein Teil einsatzbereit.“ Unter dem Strich heißt das für Mais: „Es ist weniger da als vor dem Kriegsbeginn.“

Von Verteidigungsministerin Christine Lambrecht (SPD) übrigens hört die Öffentlichkeit nahezu nichts: keine Forderungen, keine Warnungen, keine Perspektiven. Schon gar kein Machtwort. Das überlässt sie ihrem Kanzler, der Lambrecht ja wohl nicht nur aus Proporzgründen berufen hat, sondern weil er damit rechnen konnte, dass sie in Sachen Bundeswehr Laie bleiben würde. Da fragt man sich allerdings, was die Bundeswehr noch alles an der Spitze ertragen soll. Und das obendrein in einer Zeit, in der mitten in Europa und nur eineinhalb Flugstunden von Berlin entfernt ein Krieg tobt.

• **Josef Kraus** war von 1991 bis 2014 Mitglied im Beirat für Fragen der Inneren Führung des Bundesministers der Verteidigung. 2019 erschien „Nicht einmal bedingt abwehrbereit. Die Bundeswehr zwischen Elitetruppe und Reformruine“ (Finanzbuch-Verlag, 2., vollständig überarbeitete Auflage 2021).

www.m-vg.de/finanzbuchverlag

Bei führenden Militärs halten sich die Hoffnungen in Grenzen. Nach ihrem Eindruck glaubt die „Ampel“, mit der Einrichtung des Sonderschuldentopfs sei ihre Arbeit getan

● MELDUNGEN

Appell an Klimakleber

Berlin – Nach dem Tod einer von einem Betonmischer überrollten Radfahrer in Berlin hat deren Zwillingsschwester einen Appell an die Aktivistinnen der „Letzten Generation“ gerichtet. Gegenüber dem „Spiegel“ rief die Schwester die Gruppierung dazu auf, ihre Methoden zu überdenken. Sie sagte, die Aktivistinnen müssten sich fragen, „ob es nicht vielleicht doch einen anderen Weg gibt, für das Überleben unseres Planeten zu kämpfen, ohne dass andere Menschen möglicherweise zu Schaden kommen“. Die Zwillingsschwester der 44-Jährigen war am 31. Oktober in Berlin von einem Lkw überrollt worden und kurz darauf verstorben. Wegen einer Straßenblockade der „Letzten Generation“ war ein Bergungsfahrzeug der Feuerwehr nur mit Verspätung am Unglücksort eingetroffen. Wie der Berliner Senat auf eine Anfrage der FDP mitteilte, sind seit dem Sommer noch in 17 weiteren Fällen Einsätze der Berliner Feuerwehr durch Straßenblockaden von sogenannten Klimaschutz-Demonstranten behindert worden. H.M.

Hohenzollern klagen erneut

Potsdam – Im Streit um enteignete Vermögenswerte hat das Haus Hohenzollern eine zweite Klage vor dem Verwaltungsgericht Potsdam eingereicht. In der bereits am 9. August eingegangenen Klage geht es nach Angaben eines Gerichtssprechers um Inventar aus Schlössern, Villen und dem früheren Hohenzollernmuseum in Berlin. Wie Ingo Decker, der Sprecher des brandenburgischen Finanzministeriums, bestätigte, betrifft die Klage unter anderem Inventar aus den Schlössern Rheinsberg und Schloss Cecilienhof in Potsdam. Das Finanzministerium hatte diese Ansprüche mit Bescheid vom 6. Juli abgelehnt. In einer ersten Klage hatten die Hohenzollern bereits eine Entschädigung für Immobilien verlangt, die nach 1945 von der sowjetischen Besatzungsmacht enteignet wurden. Das Land Brandenburg lehnt unter Verweis auf einen Ausschlussbestand im Einigungsvertrag eine Entschädigung allerdings ab. H.M.

Angaben verweigert

Berlin – Die Bundesregierung hat sich geweigert, eine Kleine Anfrage der AfD-Fraktion vom 12. Oktober zu beantworten, in der es um „Fake-Accounts des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) auf Social Media“ geht. Die Fragesteller wollten vor allem wissen, wie viele vorgeblich rechts- oder links-extreme, islamische und „verschwörungsideologische“ Nutzerkonten dem deutschen Inlandsgeheimdienst gehören und inwieweit diese in die Statistiken der Verfassungsschutzberichte einfließen. Hierzu teilte die Bundesregierung nun mit, sie sei „nach sorgfältiger Abwägung zu der Auffassung gelangt, dass eine Antwort aus Gründen des Staatswohls nicht ... erfolgen kann“, weil es sonst zur nachhaltigen Beeinträchtigung der Arbeit des Verfassungsschutzes käme. Beispielsweise würden Extremisten in die Lage versetzt, „Abwehrstrategien“ gegenüber dem BfV zu entwickeln. W.K.

ISLAMISCHES ZENTRUM HAMBURG

Verlängerter Arm der Mullahs in Europa?

Der Blauen Moschee an der Alster droht die Schließung – Verbindungen zum schiitischen Terrorismus

VON BODO BOST

Während im Iran die Mullahs auf protestierende Kinder und Frauen schießen und einprägen, durfte das „Islamische Zentrum Hamburg“ (IZH) als Europa-Ableger der Mullahs über Inhalte des islamischen Religionsunterrichts an Hamburger Schulen mitentscheiden. Jetzt könnte sich jedoch die Ampelregierung des Problems annehmen und die gut vernetzten Hamburger Mullahs nach Hause schicken. Ihre Unterstützer bis in die höchsten Staatsämter werden allerdings bleiben.

Die Hansestadt Hamburg hatte 2012 unter ihrem damaligen Ersten Bürgermeister Olaf Scholz als erstes Bundesland einen Staatsvertrag mit mehreren muslimischen Verbänden geschlossen, darunter war auch das IZH. Es ging darin um Religionsunterricht in Schulen, islamische Feiertage sowie den Bau von Moscheen. Das IZH war damals wie heute Mitglied der Schura, des Rats der islamischen Gemeinden in Hamburg, mit dem

der Vertrag geschlossen wurde. Das schiitische Zentrum mit seiner Blauen Moschee an der Alster wurde 1960 gegründet, wichtige Leute der islamischen Revolution wie Ayatollah Behesti und der ehemalige iranische Präsident Chatami hatten in Hamburg als Direktoren dieses Zentrums ihre ersten Karrierestufen erklommen.

Kampf gegen Israel

Schwerpunkte der ideologischen Arbeit des IZH sind der Kampf gegen Israel und gegen Homosexualität. Das IZH fungiert auch als Treffpunkt der Hamburger Hisbollah-Anhänger. Die als extremistisch eingestufte Hisbollah ist seit April 2020 in Deutschland verboten. Der Al-Quds (Jerusalem) Tag, vom Iran als Feiertag eingeführt, wurde auch in Hamburg mit antisemitischen Märschen begangen.

Zuletzt weigerte sich das IZH, sich von der gewaltsamen Repression der Massenproteste im Iran mit Hunderten von Toten zu distanzieren. Das Zentrum ist sehr gut mit der Hamburger linken Szene vernetzt und versteht es geschickt, sich hinter einem legalistischen, pro forma ver-

fassungskonformen Islam zu verstecken und damit öffentliche Gelder einzukassieren. Das bescheinigte auch der Verfassungsschutz, der das Zentrum als einen Ableger des iranischen Mullah-Regimes bezeichnet und als ein Paradebeispiel des legalistischen Islamismus, der im Auftreten seriös und verbindlich erscheint sowie auf Gewalt verzichtet, aber nicht minder gefährlich ist als andere Spielarten des radikalen Islam. Die Debatte um das IZH ist ein Beispiel für die selbstgefällige Ignoranz weiter linker Kreise gegenüber den Gefahren radikalislamischer Unterwanderung.

Umdenken nach Massenprotesten

Erst die Massenproteste im Iran mit 300 Toten führten bei den Ampel-Parteien in Berlin zu einem Umdenken. Sie forderten, die Beziehungen des IZH grundsätzlich zu überdenken und dem islamistischen Treiben an der Alster ein Ende zu setzen. Der stellvertretende Direktor des IZH, Seyed Soliman Mousavifar, der wegen Unterstützung schiitischer terroristischer Organisationen seit Sommer aus-

reisepflichtig war, verließ vor wenigen Tagen Deutschland.

Das IZH ergriff 2009 die Initiative, um den Dachverband „Islamische Gemeinschaft der Schiiten in Deutschland“ (IGS) zu gründen. Der IGS vereint etwa 150 Vereinigungen, darunter auch die Organisation „Islamischer Weg“, deren Vorsitzender Yavuz Özoguz ist. Die beiden Brüder Yavuz und Gürhan Özoguz betreiben seit 1999 in Delmenhorst den „Islam Markt“. Beide sind überaus gut bis in höchste staatliche Stellen vernetzt, denn sie sind Brüder der SPD-Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages und ehemaligen Integrationsbeauftragten Aydan Özoguz.

Der „Islam Markt“ ist ein muslimischer Stellen- und Wohnungsmarkt, ein Halal- und Heiratmarkt sowie ein muslimischer Fernseh- und Radiokanal. Auf der Homepage von „Muslim Markt“ finden sich viele Beiträge mit deutlich antiwestlicher und antisraelischer Propaganda. Deswegen wurde das Portal bereits zwischen 2003 und 2006 vom Verfassungsschutz beobachtet.

Yavuz Özoguz wurde 2004 wegen Holocaustleugnung und Volksverhetzung zu einer Freiheitsstrafe von drei Monaten auf Bewährung verurteilt. Reden des iranischen Revolutionsführers Ali Chamenei, der verantwortlich ist für die blutige Niederschlagung der Proteste im Iran, sind in voller Länge bei „Muslim Markt“ zu lesen. Revolutionswächter Chamenei verfolgt das Ziel, „eine neue islamische Zivilisation zu errichten“, wenn es sein muss, mit Gewalt. Dabei hat sich schon selbst ein Enkel von Revolutionsvater Chomeini und von der Gewalt der Mullahs distanziert.

Aydan Özoguz zeichnete sich bei der Wahl von Olaf Scholz zum Bundeskanzler im Dezember 2021 durch besonders langes und intensives Klatschen aus. Während ihre beiden Brüder und der Rest der Familie die hässliche neue Fratze des Antisemitismus in den Diensten des IZH in Hamburg weiter offen zeigen, posiert Schwester Aydan lieber mit einem freundlichen Lächeln als Bundestagsvizepräsidentin und als höchste islamische Vertreterin des deutschen Staates. Ein Wort der Unterstützung für die im Iran um ihr Leben und ihre Freiheit kämpfenden Frauen war bislang von ihr nicht zu hören. Auch vom IZH hat sie sich bislang nicht distanziert.



Ins Visier der Regierung geraten: Die Blaue Moschee des Islamischen Zentrums Hamburg in bester Lage an der Alster Foto: pa

GASKRISE

FDP plädiert für Aufhebung des Fracking-Verbots

Ampelpartner bleiben indes stur – Finden aber nichts am Import des gleichen Gases aus dem Ausland

In Deutschland ist seit 2017 die kommerzielle Nutzung des unkonventionellen Frackings zur Erschließung von Gasvorkommen in Ton-, Schiefer- und Mergelsteinen verboten. Die seinerzeit regierende Große Koalition aus Union und SPD begründete das Verbot dieser Fördermethode mit dem Ziel, Trinkwasser und Naturlandschaft schützen zu wollen.

Beim Fracking wird unter hohem Druck ein Gemisch aus Wasser, Sand und Chemikalien in das Speichergestein verpresst. Zusammen mit der Weiterentwicklung der Horizontalbohrtechnik hat das Fracking von Schiefergasvorkommen in den Vereinigten Staaten zu einem massiven Aufschwung in der Erdgasförderung geführt. Innerhalb weniger Jahre konnten die USA sogar unabhängig von Energieimporten werden und zu einem Exporteur von Gas aufsteigen.

Angesichts der Energiekrise in Deutschland plädiert Bundesfinanzminister Christian Lindner nun dafür, das hierzulande bestehende Verbot, unkonventionelle Erdgasvorkommen zu erschließen, wieder aufzuheben. Expertenschätzungen gehen dahin, dass Deutschland ein Potential an solchen Gasvorkommen im Bereich von 300 Millionen bis zu zwei Milliarden Kubikmeter hat.

In Widerspruch verstrickt

Zum Vergleich: Im vergangenen Jahr verbrauchte Deutschland 90,5 Milliarden Kubikmeter Gas. Der FDP-Bundesvorsitzende will angesichts der Krise das Verbot der Erdgasförderung in Deutschland durch Fracking auf den Prüfstand stellen. „Wir haben in Deutschland erhebliche Gasvorkommen, die gewonnen werden können, ohne das Trinkwasser zu gefährden.“

Lindner sagte mit Blick auf diese einheimischen Gasvorkommen, die Förderung sei auch unter ökologischen Voraussetzungen verantwortbar. Es wäre falsch, aus ideologischen Festlegungen auf Fracking zu verzichten, so der FDP-Chef.

Die Diskussion um die Nutzung von Gas, das durch unkonventionelle Förderverfahren erschlossen wird, ist hierzulande von einem großen Widerspruch geprägt. Die Politik setzt große Hoffnungen darauf, auch mit Flüssiggasimporten aus den Vereinigten Staaten hierzulande eine Gasmangellage zu verhindern. Gefördert wird dieses Gas aber zumeist mit Hilfe der unkonventionellen Fördermethoden, die in Deutschland aus Umweltschutzgründen verboten wurden. Ein Verbot solcher Gaseinfuhren war allerdings weder für die Große Koalition noch

für das amtierende Ampelbündnis bislang ein Thema.

Lindners Vorschlag, das unkonventionelle Fracking auch in Deutschland zu erlauben, wurde inzwischen vom Bundesumweltministerium zurückgewiesen. Ein Sprecher des von der Grünen Steffi Lemke geführten Ministeriums sagte: „Fracking-Gas ist klimaschädlich und seine Förderung schadet der Umwelt.“ Der Sprecher des Umweltministeriums erklärte: „Daher ist die Förderung in Deutschland aus gutem Grund verboten.“ Auch von den Sozialdemokraten kommt Gegenwind. Die SPD-Energieexpertin Nina Scheer führte gegenüber dem „Handelsblatt“ an: „Fracking steht für eine Vielzahl von Bohrlöchern und Folgerisiken für Trinkwasser, Erdbebengefahren und Klimafolgeschäden und ist deswegen abzulehnen.“ Hermann Müller

ASYLSUCHER

2015 ist bereits übertroffen

Lage spitzt sich dramatisch zu: Berliner Senat plant Zeltstädte – Sorge vor dem ukrainischen Winter

VON HERMANN MÜLLER

Während der großen Asylkrise hat Berlin im Laufe des Jahres 2015 sowie den ersten beiden Monaten 2016 etwa 72.000 Menschen als Asylsucher aufgenommen. Der Zustrom von Immigranten, den die Stadt im laufenden Jahr verkraften muss, hat eine noch größere Dimension. Berlin befindet sich derzeit in einer neuen, ganz massiven Immigrationskrise.

Allein bis zum Oktober sind mehr Asylsucher nach Berlin gekommen als im gesamten Jahr 2015. Nach Angaben des Landesamts für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF) wurden in der Hauptstadt in den ersten zehn Monaten des Jahres rund 97.000 Immigranten registriert. Neben rund 85.500 Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine handelt es sich um etwa 10.700 Asylbewerber. Die meisten stammten im September aus Syrien, Georgien, der Türkei, Afghanistan und Moldau, wie aus einer Senatsantwort auf eine Anfrage der AfD-Fraktion hervorgeht.

Kipping verschärft Notfallplan

Nach einer Schätzung des LAF dürfte bis Jahresende die Marke von 100.000 Neuanrücklingen erreicht sein. Schon jetzt hat die Stadt aber kaum noch Unterbringungskapazitäten. Die Lage ist derart angespannt, dass Berlins Sozialsenatorin Katja Kipping (Linkspartei) die zweite Stufe ihres Notfallplans ausgerufen hat. Dieser Schritt soll es erleichtern, neue Unterbringungsmöglichkeiten zu beschaffen. Nach Angaben von Kipping besteht die Gefahr, dass die Lage sich so weit zuspitzt, dass Berlin ankommende Asylsucher und Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine nicht mehr unterbringen könne und diese obdachlos würden.

Wie zuerst der „Tagesspiegel“ unter Berufung auf ein Papier der Sozialverwaltung berichtet hat, plant sie Senatorin sogar die Errichtung einer Zeltstadt. Noch bis Jahresende sollten demnach laut den Worten der Linkspartei-Politikerin 10.000 Unterbringungsplätze in Zelten oder Leichtbauhallen geschaffen werden.

Als mögliche Standorte werden das Tempelhofer Feld, Freiflächen auf dem früheren Flughafen Tegel, der Olympiapark und das Messegelände genannt. In



Aufnahmelager statt neuer Hochschule: Asylsucher im ehemaligen Berliner Flughafen Tegel

Foto: pa

der Diskussion sind aber auch schon der Sommergarten am Berliner Funkturm, das Sportforum Hohenschönhausen und die Jungfernheide. Hält der Massenzustrom nach Berlin an, wird der Senat möglicherweise sogar auf mehreren der genannten Standorte Zeltstädte aufbauen.

Als Hauptstandort zur Unterbringung schält sich immer mehr das frühere Flughafengelände in Tegel heraus. Bereits im Sommer hatte die Sozialsenatorin in Tegel eine Zelt-Notunterkunft einrichten lassen. Den ehemaligen Terminal C nutzt der Senat bereits als Ankunftscenter für Ukrainer. Kipping will außerdem auch die früheren Flughafenterminals A und B weiter zur Aufnahme von Asylbewerbern nutzen. Ihr Plan, den ehemaligen Flughafen langfristig zur Unterbringung von Immigranten zu nutzen, bringt den Zeitplan für die ursprünglich geplante Nachnutzung des Flughafens in Gefahr. Eigentlich soll nämlich die Berliner Hochschule für Technik in das Gebäude einziehen. Wie

Kipping erklärte, werde man, „am Ende abwägen müssen: 1900 Menschen, die nicht in die Obdachlosigkeit geschickt werden, oder ein schönes städtebauliches Projekt.“

Nächste Welle aus der Ukraine

Vom rot-grün-roten Senat bislang noch gar nicht thematisiert werden die Kosten der neuen Asylflut. Wie die „Berliner Morgenpost“ berichtet, kostet allein ein Leichtbauzelt 175.000 Euro Miete pro Halbjahr. Bei einem Bedarf von 50 Zelten kommen da schnell Millionenbeträge zusammen. Weitere Kosten, etwa für die Verpflegung, kommen hinzu.

Ganz massiv schlagen die Personalkosten für Hunderte Mitarbeiter zu Buche, die sich um Betreuung und Sicherheit kümmern. Mittlerweile häufen sich zudem die Berichte, wonach den entsprechenden Trägern das Personal für die Betreuung fehlt. Seit Kriegsausbruch im Februar muss die deutsche Hauptstadt

noch den massiven Zuzug von Ukrainern verkraften. Diese Menschen können ohne Visum in die EU einreisen.

Offiziell haben sich bereits rund 85.000 Ukrainer in Berlin registrieren lassen. Die tatsächliche Zahl der Ukrainer könnte über der Marke von 100.000 liegen. Innerhalb weniger Monate hat Berlin damit einen Zustrom bewältigen müssen, der etwa der Einwohnerzahl von Großstädten wie Cottbus oder Kaiserslautern entspricht. Viele Ukrainer sind bislang privat untergekommen: bei Freunden, Verwandten und hilfsbereiten Berliner Gastfamilien. Da dies oft kein Dauerzustand sein kann, wächst die Sorge vor einer weiteren Zuspitzung auf dem Wohnungsmarkt. Spätestens beim Einsetzen von Frost in der Ukraine rechnet Sozialsenatorin Kipping zudem mit einem erneuten Anstieg der Zahl von Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine, wo durch Kriegseinwirkung vielerorts Strom und Heizung immer wieder ausfallen.

AUTOVERKEHR

Grüne Tricks gegen gesprochenes Recht

Nach Urteil zur Friedrichstraße soll jetzt eine Paralleltrasse zur Fahrradrennstrecke umgewidmet werden

Gerade hat das Berliner Verwaltungsgericht verfügt, dass die Friedrichstraße wieder für den Autoverkehr freizugeben ist, da spricht die grüne Verkehrssenatorin Bettina Jarasch davon, diese dauerhaft für den Autoverkehr zu sperren, um deren Aufenthaltsqualität als Einkaufsstraße zu erhöhen. Dabei waren es gerade die Gewerbetreibenden, die das Urteil zur erneuten Freigabe der Friedrichstraße für den Autoverkehr erstritten hatten.

Das Aktionsbündnis „Rettet die Friedrichstraße!“ meldete, dass seit Beginn der Straßenspernung vor mehr als zwei Jahren 20 Einzelhändler ihre Geschäfte hätten schließen müssen. Der Verzicht auf ein Rechtsmittel gegen die Gerichtsentscheidung dürfte auch nicht ganz freiwillig passiert sein, denn der Verzichtserklärung Jaraschs gingen intensive Gespräche mit der Regierenden Bürgermeisterin Bettina

Giffey (SPD) voraus. Ihre Niederlage vor Gericht kompensiert Jarasch indes damit, dass nun die parallel zur Friedrichstraße verlaufende Charlottenstraße in eine „Fahrradstraße“ umgewidmet werden soll. Unbeeindruckt von Gerichtsentscheidungen hält sie zudem an ihren – nunmehr offenbar rechtswidrigen – Planungen fest.

Das grün geleitete Bezirksamt Mitte erklärte: „Das Verfahren zur dauerhaften Umwidmung der Friedrichstraße in eine autofreie Fußgängerzone („Teileinziehung“) mit einer angepassten Lieferverkehrsregelung läuft weiter. Angestrebt wird die Veröffentlichung der Umwidmung im Amtsblatt bis zum Jahresende.“ Diese Art des Umgangs mit gesprochenem Recht durch Jarasch und ihre Partei ist kein Einzelfall. In Berlin-Zehlendorf ließ Jarasch auf etwa einem Kilometer

Strecke der Clayallee eine Busspur aufmalen. Das Verwaltungsgericht erklärte dies für rechtswidrig. Busspuren seien nur zulässig, wenn dort mindestens 20 Busse in der Stunde verkehren.

Kritik von CDU, AfD und FDP

Was macht die Verkehrssenatorin? Mit gelben Aufklebern verkündet sie den Verkehrsteilnehmern zwar, dass hier keine Busspur mehr existiert, aber dafür ließ sie auf einem anderen Abschnitt der Clayallee eine weitere Busspur einrichten. Dagegen gibt es noch keinen Gerichtsbeschluss.

Ab dem 22. November wird der Abschnitt der Friedrichstraße zwischen Französischer und Leipziger Straße wieder für den motorisierten Verkehr freigegeben. Öffentlichkeitswirksam räumten schon am 7. November drei Mitglieder der

AfD-Fraktion des Berliner Abgeordnetenhauses die Straßensperren weg. Der FDP-Fraktionsvorsitzende im Abgeordnetenhaus, Sebastian Czaja: „Dass Senatorin Jarasch auf einen Widerspruch gegen die Gerichtsentscheidung über die Lahmlegung der Friedrichstraße verzichtet, ist nur folgerichtig. Gleichzeitig führt sie aber einen dreisten Taschenspieler-Trick auf, wenn sie jetzt von der Umsetzung eines Gesamtkonzepts spricht, ohne ein solches Konzept zu haben.“

CDU-Landeschef Kai Wegner erklärte: „Nach Kopf durch die Wand versucht es Jarasch jetzt mit dem Hintertür-Trick. Autos dürfen wieder durch die Friedrichstraße, dafür wird die Charlottenstraße zur Fahrradrennstrecke.“ CDU und FDP schließen bisher trotz solcher Worte nicht aus, in einen Senat mit grüner Beteiligung einzutreten. Frank Bücker

KOLUMNE

Ohne Bürger

VON THEO MASS

Wer Grüne wählt, bekommt nicht nur kalte Wohnungen (abgeschaltete Atomkraftwerke) und gesperrte Hauptverkehrsstraßen (Berlins Friedrichstraße), sondern auch einen Schwall von Straßenumbenennungen, weil es aus grüner Sicht ganz dringend notwendig ist, unsere schreckliche Vergangenheit abzuräumen. Nachdem in Berlin-Wedding die Straßen des sogenannten Afrikanischen Viertels „gesäubert“ wurden, ist nun Berlin-Zehlendorf dran.

Auf der Abschlusliste der neuen grünen Bezirksbürgermeisterin Maren Schellenberg stehen im Bezirk die Moltkestraße, die Roonstraße, der Hindenburgdamm, die Takustraße, die Itlissstraße, die Lansstraße, die Treitschkestraße und der Kadettenweg – vorläufig, denn lokale Spürhunde finden bestimmt noch andere belastete Namen. Der bereits umbenannte Maerkerweg sollte bereits Maria-Rimkus-Weg heißen. Durch die Klage eines Anwohners wurde erst einmal nichts daraus. Das neue Straßenschild darf nicht angeschraubt werden.

Im digitalen Navigationssystem ist allerdings bereits Maria-Rimkus-Weg hinterlegt. Folge: Post und Pakete kommen nicht an, und auch der Rettungsdienst findet im Zweifel die Adresse nicht. Bürgerbeteiligungen sind bei den übrigen angepeilten Umbenennungen übrigens nicht vorgesehen. Die gab es noch zur Zeit der schwarz-grünen Zählgemeinschaft im Bezirk mit dem Ergebnis, dass die Anwohner ihre Treitschkestraße behalten konnten. Demokratie und Bürgerwille ist nur dann gut, wenn er mit grünen Ansichten übereinstimmt. Wenn nicht, dann bekommt der Bürger (finanziell) eins mit der Keule übergezogen. In Berlin-Wedding verschickte die grün dominierte Bezirksverwaltung saftige Gebührenbescheide an Bürger, die dort versuchten, sich gegen die Straßenumbenennungen zu wehren. Begründung war die Bearbeitungsgebühr für die Einsprüche, die dann abgewiesen wurden.

MELDUNG

Klage gegen Oder-Ausbau

Potsdam – Nach mehreren Umweltverbände will auch das Land Brandenburg gegen den Ausbau der Oder durch Polen klagen. Nach Angaben des Umweltministeriums in Potsdam wird eine entsprechende Klage vor dem Warschauer Verwaltungsgericht vorbereitet. Der schon länger schwelende Streit um den Ausbau des Flusses hatte sich im März verschärft, nachdem polnische Behörden Bauarbeiten auf der östlichen Seite der Oder anlaufen ließen. Ein Sprecher des brandenburgischen Umweltministeriums begründete die Klage der Landesregierung mit „zu erwartenden grenzüberschreitenden Umweltauswirkungen“ und dem aktuellen ökologischen Zustand der Oder, der nicht ausreichend berücksichtigt worden sei. Gegen den Oderausbau hatten im September bereits der NABU und der Deutsche Naturschutzring Klage beim Verwaltungsgericht in Warschau eingereicht. H.M.

● MELDUNGEN

Impfstoff soll teurer werden

New York – Der US-Pharmakonzern Pfizer will den Preis für seinen Corona-Impfstoff Comirnaty von derzeit maximal 30 Dollar pro 30-Mikrogramm-mRNA-Dosis auf rund 130 US-Dollar anheben, was dann sicher auch für die Lieferungen in die EU gilt, wenn die bisher abgeschlossenen Verträge auslaufen. Pfizer begründete die Erhöhung damit, dass die Logistik- und Vertriebskosten steigen würden, weil es weniger Großbestellungen gebe. Das entspricht zwar den Tatsachen, denn die Impfbereitschaft ist weltweit im Sinken begriffen, die Herstellungskosten für eine Dosis Comirnaty belaufen sich aber nur auf 1,18 Dollar. Somit muss der Konzern für die Produktion eines Kilogramms seines mRNA-Wirkstoffs knapp 40 Millionen Dollar aufwenden. Dafür möchte Pfizer nun im Verkauf 4,33 Milliarden Dollar Erlösen. **W.K.**

EU-Streit um Gaspreisdeckel

Brüssel – Über die Forderung, eine Deckelung der Importpreise für Gas einzuführen, ist es bei einem Treffen von Vertretern der EU-Mitgliedstaaten in Brüssel am 11. November zu hitzigen Diskussionen gekommen. Unter anderem Belgien, Italien und Griechenland dringen darauf, dass die EU-Kommission einen konkreten Vorschlag zur Deckelung der Gaspreise vorlegt. Deutschland, die Niederlande und andere EU-Staaten fürchten dagegen, dass eine Deckelung der Einfuhrpreise die Versorgungssicherheit gefährdet. Lieferländer wie Norwegen und Algerien haben sich bereits ablehnend zu einem Gaspreisdeckel geäußert. Anfang dieses Monats haben in Abu Dhabi Teilnehmer der International Petroleum Exhibition & Conference, einem wichtigen Branchentreffen der Ölmultis, gewarnt, dass Europas Energieproblem möglicherweise erst im Winter 2023/24 richtig akut wird. Hingewiesen wurde dabei auf ein Szenario, bei dem die Gasspeicher durch die Heizsaison 2022/23 leer sind, keine russischen Gaslieferungen mehr nachkommen und Europa auf teure Flüssiggaslieferungen angewiesen ist. **H.M.**

Großauftrag aus Ägypten

Kairo – Die Deutsche Bahn und Siemens kommen beim größten Bahnprojekt in der Geschichte Ägyptens im wahrsten Sinne des Wortes zum Zuge. Ein auf der „Weltklimakonferenz COP27“ unterzeichneter Vertrag sieht vor, dass ein Konsortium um Siemens Mobility in Ägypten ein 2000 Kilometer langes Schienennetz aufbaut und auch Fahrzeuge für den Personenverkehr sowie Güterlokomotiven liefert. Die Bahntochter DB International Operations soll in einem Gemeinschaftsunternehmen mit dem ägyptischen Unternehmen Elsewedy Electric die Infrastruktur sowie den Hochgeschwindigkeits-, Regional-, und Güterverkehr betreiben und auch für Instandhaltung von Stationen und Depots sorgen. Das Volumen der vorerst über 15 Jahre laufenden Vereinbarung über das Großprojekt liegt im einstelligen Milliardenbereich. **H.M.**

● POLEN

„Angriff“ aus dem Königsberger Gebiet

Zustrom von illegalen Einwanderern – Warschau verstärkt Grenzbefestigungen zur russischen Exklave

VON BODO BOST

Polen sichert nach ersten Angriffen von Immigranten an der Grenze zum Königsberger Gebiet die gemeinsame Grenze. Man befürchtet eine weitere politische Instrumentalisierung von Zuwanderern und baut jetzt einen dreifachen Grenzzaun mit Stacheldraht. Laut Polens Verteidigungsminister Mariusz Blaszczak deutet einiges darauf hin, dass Russland einen weiteren Zustrom von Asylsuchern herbeiführt, um die NATO zu destabilisieren. Als Beleg hierfür werden neue Flugverbindungen vom Flughafen in Königsberg in den Nahen Osten und nach Nordafrika angesehen.

Am 2. November begann in Goldap der Bau neuer Absperrvorrichtungen an der innerostpreußischen Grenze zur russischen Exklave Königsberg. Die Anlage soll aus drei parallelen Stacheldrahtzäunen bestehen. Es handelt sich um einen 2,5 Meter hohen und drei Meter breiten

Grenzwall. Zusätzlich zu dem Wall sollen „elektronische Geräte und Kameras“ die Grenze sichern. Ein ähnlicher Grenzwall wurde vor einem Jahr auch zum Schutz der polnisch-weißrussischen Grenze gebaut.

Die polnische Landgrenze zur russischen Oblast Königsberg ist 210 Kilometer lang. Auf polnischer Seite war diese Grenze bislang wie zuvor jene zu Weißrussland nicht besonders geschützt. Anders als an der Grenze zu Weißrussland gibt es in diesem Grenzgebiet in Ostpreußen, entgegen der Ostpreußenhymne, jetzt keine Wälder mehr, sodass es für Immigranten schwierig ist, sich tagsüber der Grenzlinie zu nähern, ohne gesehen zu werden. Eine Ausnahme ist die Grenze auf dem Frischen Haff, wo es auf russischer Seite einen noch aus der Zeit vor der sowjetischen Eroberung stammenden Nehrungswald zur Befestigung der Dünen gibt. Dort könnte das Nadelöhr der Zukunft liegen. Deshalb fordern jetzt schon polnische Politiker auch eine bessere

Überwachung der Grenzen zu Wasser und zur Luft.

Auf der russischen Seite der Grenze gibt es seit Sowjetzeiten bereits einen bis zu drei Kilometer breiten Grenzstreifen, der ohne die entsprechenden Genehmigungen nicht betreten werden darf. Russische Medien berichten, dass sie nicht die Absicht haben, Polen am Bau eines Grenzwalls an der Grenze zum Königsberger Gebiet zu hindern, obwohl sie einen solchen Wall für „unnötig“ halten.

Russen setzen auf Mitleidsfaktor

Die von Russland eingeführten neuen Direktflüge sollen von afrikanischen Ländern und dem Nahen Osten über russisches Territorium führen. Auf der Höhe von St. Petersburg werden die Flugzeuge über die Ostsee nach Königsberg fliegen. Auf diese Weise wird die russische Luftverkehrsverbindung mit dem Königsberger Gebiet seit Beginn der EU-Sanktionen im Februar, die auch eine Schließung des Luftraums für russische Verkehrsflugzeuge

über die baltischen Länder nach sich zog, aufrechterhalten. Die vorübergehende Durchsetzung der Sanktionen auf der Landverbindung zur Exklave Königsberg durch Litauen wurde von der EU im Juni wieder eingestellt.

An der Grenze zum Königsberger Gebiet begannen im September dieses Jahres erste Versuche, die Grenze zu überqueren. Am 18. September entdeckten Beamte des Grenzschutzpostens in Landsberg [Górowo Haweckie] Spuren des Überschreitens der Staatsgrenze auf einem Ackerstreifen. Am 19. September nahm eine Patrouille des Grenzschutzes vier Männer fest, nachdem ein Einwohner von Landsberg einen telefonischen Hinweis gegeben hatte. Die festgenommenen Männer im Alter zwischen 30 und 39 Jahren waren tadtschische Staatsbürger. Fachleute sagen voraus, dass der „Angriff“ der im Königsberger Gebiet versammelten Immigranten auf die Grenze wahrscheinlich im Winter beginnen wird. Aus Sicht der russischen Propaganda eignet sich die kalte Jahreszeit am besten, um Zuwanderer illegal über die Grenze zu treiben. Auf diese Weise kann man mit Bildern von an der Grenze frierenden Personen, die Polen nicht einreisen lässt, die Emotionen wecken.

Seit zwei Jahren dürfen Russen nur noch in Ausnahmefällen in die Republik Polen einreisen. Der Verkehr an den polnisch-russischen Straßengrenzübergängen in Grunow und Goldap ist seit dem 13. März 2020 ausgesetzt. Derzeit sind nur zwei Straßengrenzübergänge zum Königsberger Gebiet, nämlich in Rehfeld [Grzechotki] und Beisleiden [Bezledy], geöffnet. Der 2012 in Kraft getretene Kleine Grenzverkehr mit dem Königsberger Gebiet sowie der Handelsaustausch sind fast vollständig zum Erliegen gekommen. Nur noch ein kleiner Handel existiert von russischen Staatsbürgern, die im Königsberger Gebiet leben und auch die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen. Es gibt eine ganze Reihe von ihnen, die mit Waren zwischen der Bundesrepublik und dem Königsberger Gebiet pendeln. Einige Produkte können weiterhin legal eingeführt werden. Russen mit deutschen Pässen versuchen auch, das Verbot der Ausreise von Lastwagen mit russischen Kennzeichen in die EU zu umgehen. Dabei tauschen sie, nach KGB-Lehrbuch, die russischen Kennzeichen gegen kasachische aus, wobei die russischen Behörden gern behilflich sind.



Neuer Kalter Krieg mit Russland: Polen schützt sich mit Stacheldraht in Ostpreußen gegen den Immigrantenansturm **Foto: pa**

● ITALIEN

Kampf gegen die „Piraten“

Roms neue Regierung will das Einschleusen sogenannter Bootsflüchtlinge verhindern – Nicht jedem gefällt's

Kaum ist Giorgia Meloni im Amt, schon weht der ersten Ministerpräsidentin Italiens eisiger Wind entgegen. Mit der Einlösung ihres Wahlversprechens, die illegale Migration zu bekämpfen, hat sie einen Sturm der Entrüstung ausgelöst.

Erst vor Kurzem sind vier Boote mit fast tausend Migranten an Bord an Italiens Küsten angekommen. Der italienische Innenminister Matteo Piantedosi erklärte umgehend: „Sie müssen außerhalb der Hoheitsgewässer zurückkehren, und der Flaggenstaat muss sich um sie kümmern.“ Nach einem tagelangen Tauziehen durften auf internationalen Druck hin alle Immigranten an Land, ein Teil war zuvor nach Frankreich verschifft worden.

Italien sieht sich seit Jahresbeginn einem neuen Einwanderungsansturm ausgesetzt. Weit mehr als 80.000 Menschen

sind über das Mittelmeer gekommen. 84 Prozent von ihnen schafften es mit ihren eigenen Booten oder sie wurden von italienischen Schiffen übernommen. Die übrigen 16 Prozent brachten private ausländische „Seenotretter“ nach Italien.

Der Anstieg bei den Ankünften ist vor allem auf die Zunahme der Einwanderungsströme aus Libyen, Tunesien und der Türkei zurückzuführen. In Bezug auf Libyen sei die anhaltende Instabilität ein entscheidender Faktor für die Zunahme der Migration in Richtung Italien, teilte das Innenministerium in Rom mit. Westeuropäische und vor allem bundesdeutsche Politiker und Medien sind erregt. „Zynisch“, heißt es da oder auch, dass „Meloni mit dem Leid der Menschen“ spiele. Die französische Europastaatssekretärin Laurence Boone erklärte, Italien

habe gegenüber ganz Europa einen Vertrauensbruch begangen. Es habe sich nicht an die Regeln gehalten und mit einseitigen Entscheidungen Menschenleben gefährdet.

Eine juristische Deutungshoheit

Im Endeffekt macht Meloni nichts anderes als ihr Vorgänger, der in EU-Kreisen hochgeschätzte Mario Draghi. Denn auch unter dessen Regierungszeit mussten die Schleuserschiffe von NGOs teilweise wochenlang auf die Zuweisung eines Hafens warten. Draghi hatte schon Anfang Juli die Kapazität bei der Aufnahme von Migranten als erschöpft angesehen. Zu diesem Zeitpunkt waren erst knapp 30.000 Immigranten in Italien angekommen.

Im Kern geht es auch um eine juristische Deutung. Nichtregierungsorganisa-

tionen verweisen auf die Regel, gemäß der Schiffbrüchige in den nächsten Hafen gebracht werden müssen. Rom beruft sich seit Jahren auf das UN-Seerechtsabkommen, gemäß dem ein Schiff als erweitertes Territorium des Staates gilt, unter dessen Flagge es fährt. Laut Dublin-Abkommen ist dasjenige Land für die Aufnahme zuständig, in dem ein Asylsuchender erstmals europäisches Territorium betritt.

Während Draghi nüchtern an die Sache heranging, versucht Meloni mit markigen Worten ihre Anhänger bei Laune zu halten. Sie bezeichnet die „Seenotretter“ als „Piraten“ und wies Kritik aus Frankreich zurück. Die einzige Lösung sei es, die EU-Außengrenzen zu verteidigen, die Abfahrt der Immigrantenschiffe in Nordafrika zu verhindern und dort sogenannte Hotspots zu eröffnen. **Peter Entinger**

VON MANUELA ROSENTHAL-KAPPI

Das Ziel des Westens, Russland mit Sanktionen zu schwächen, wurde nur teilweise erreicht. Zwar brachen die Handelsexporte aus Deutschland nach Russland in diesem Jahr um 53 Prozent ein, doch blieben Erdöl und -gas weiterhin die wichtigsten Importwaren aus Russland. Wertmäßig sanken die Importe aus Russland um 37,4 Prozent auf 1,8 Milliarden Euro. Die deutschen Exporte nach Russland beliefen sich im September laut Statistischem Bundesamt auf 1,1 Milliarden Euro, das sind 52,9 Prozent weniger als im Vorjahresmonat.

Die Chef der russischen Zentralbank, Elvira Naibullina, gab zu, dass der Druck der Sanktionen groß sei. Die Verluste der 20 russischen Schlüsselunternehmen betragen 25,7 Milliarden Dollar in diesem Jahr, wobei 80 Prozent der Verluste durch den Wegfall der Umsätze mit der EU entstanden. Auch German Gref, Leiter der russischen Sparkasse, hält den Weggang der ausländischen Firmen für eine der langanhaltendsten negativen Folgen für die russische Wirtschaft. Aktuell sieht er jedoch noch kein Anzeichen für eine ernsthafte Krise. Die Regierung bemüht sich um Schadenbegrenzung, indem sie die Importsubstitution und die Förderung des einheimischen produzierenden Gewerbes vorantreibt. Mit Steuererleichterungen soll die aktuelle Krise gemeistert werden.

Um Schadensbegrenzung bemüht

Seit Mai dieses Jahres lässt Putins Regierung Parallelimporte zu, um die Versorgung im Land aufrecht zu erhalten. Zuvor hatte sie diese vehement unterbunden, da der Importverzicht aus westlichen Ländern als Gegensanktion Wirkung zeigen sollte. Allerdings stellte sich sehr bald heraus, dass Russland ohne Importe nicht einmal den täglichen Bedarf seiner Bevölkerung decken kann.

Beim Parallelimport werden westliche Produkte über Drittstaaten importiert, in diesem Falle aus Ländern, welche die Russland-Sanktionen der EU und der USA nicht unterstützen. Die Importe erfolgen ohne Genehmigung des Herstellers. Da Parallelimporte in der EU aus Gründen der Warenverkehrsfreiheit nicht grundsätzlich verboten sind, betrachten Hersteller sie auch als grauen Markt.

Der Umsatz des Parallelimports wächst nicht so schnell wie von Moskau erwartet. War man von 100 bis 120 Milliarden US-Dollar Jahresumsatz ausgegangen, so dürften es bis Ende Dezember lediglich 15 Milliarden sein. Über den grauen Markt gelangen vor allem Elektronik, Technik, Dinge des täglichen Bedarfs, Kleidung und Kosmetik ins Land. Dennoch steht Moskau nicht so isoliert da, wie die EU es gerne sähe. Der Handel mit China stieg in den



„International Import Expo“ Shanghai: Der neue Elektro-Hummer, für den russische Interessenten den dreifachen Preis zahlen

PARALLELIMPORTE

Wie Westwaren trotzdem nach Russland gelangen

Sanktionen zeigen einerseits bereits deutliche Wirkung, andererseits führen sie zur Erschließung neuer Märkte und Lieferwege

vergangenen Monaten um 24 Prozent, der mit der Türkei gar um 113 Prozent. Die Mitglieder der Eurasischen Wirtschaftsunion Kasachstan, Kirgisien und Armenien sind Haupttransitpunkte für den Warentransport nach Russland. Neben China, Hongkong, den Vereinigten Arabischen Emiraten und der Türkei zählt auch der Iran zu den „freundlichen Ländern“, welche die Sanktionen boykottieren. Kasachstan, das derzeit mehr Kühlschränke aus dem Westen importiert als das Land Haushalte hat, riskiert, mit Sekundärsanktionen belegt zu werden, da der Westen befürchtet, dass Russland die in den Geräten verbauten Chips und Halbleiter für militärische Zwecke nutzen könnte.

Seit Mai wurden West-Produkte auf dem russischen Markt vor allem durch chinesische ersetzt. Ein Risiko sieht die Regierung darin, dass vermehrt Fälschungen in Umlauf gebracht werden. Zirka sieben Mil-

lionen Einheiten solcher Waren wurden bereits entdeckt. Auch chinesische Autohersteller strömen auf den russischen Markt. Mitte Oktober wurden 890 offizielle Händler chinesischer Marken in Russland gezählt, was die Kunden nicht davon abhält, weiter westliche Automarken zu erwerben. Für die brandneue Elektroversion des amerikanischen Pickups Hummer etwa nimmt ein Händler in Wladiwostok bereits Bestellungen entgegen. Statt der 100.000 Dollar in den USA müssen russische Kunden jedoch den dreifachen Preis berappen. Dennoch sind hochpreisige Pkw wie Range Rover oder auch Mercedes-Benz GLC, Tesla, Jeep und Bentley begehrt. Höhere Preise müssen auch für Kleinwagen von Kia gezahlt werden. Monatlich werden 2000 bis 3000 Autos über den grauen Markt importiert.

Ganz ohne Russland als Energielieferant kommt die EU nicht aus. In diesem

Jahr betragen die Importe des Flüssiggases (LNG) bis jetzt 16,5 Milliarden Kubikmeter gegenüber 11,3 Milliarden Kubikmeter im Vorjahr. Frankreich, die Niederlande und Belgien sind die größten LNG-Importeure aus Russland.

Profiteur Türkei

Profitieren von dieser Situation möchte die Türkei. Sie will ein Gasknotenpunkt werden. Eine Mischung aus aserbaidschanischem, iranischem und russischem Gas soll nach Ankaras Vorstellungen als türkisches Gas auf dem Weltmarkt umgeschlagen werden. Russland und der Iran könnten sich auf diese Weise ein Stück vom europäischen Markt sichern, die Türkei ihre geostrategische Position stärken. Ob die EU auf diesen Handel eingeht, hängt wohl maßgeblich davon ab, inwieweit es ihr gelingt, ihre Gasspeicher mit dem Rohstoff anderer Lieferanten zu füllen.

EU-HAUSHALT

Deutschland mit Abstand größter Nettozahler

Wegen „Komplexität des EU-Budgets“: EU verzichtet auf Veröffentlichung der Zahlen

Bis 2019 veröffentlichte die Europäische Union jährlich detaillierte Angaben zu den Nettozahlern und Nettogeldempfängern in der EU. Dann beendete sie diese Praxis, weil – so der österreichische EU-Kommissar für Haushalt und Verwaltung, Johannes Hahn – diese „der Komplexität des EU-Budgets nicht gerecht“ werde. Daraufhin machten Forschungseinrichtungen wie das Kölner Institut der deutschen Wirtschaft (IW) ihre eigenen Rechnungen auf. Im Ergebnis ermittelten die Ökonomen des IW nun, dass Deutschland 2021 der mit Abstand größte EU-Nettozahler war: Insgesamt hat die Union 21,41 Milliarden Euro mehr aus der Bundesrepublik erhalten, als aus EU-Mitteln nach Deutschland flossen, wobei das

negative Saldo 2020 um 5,91 Milliarden Euro niedriger lag.

Der Zuwachs im Jahr 2021 resultierte aus der Neuordnung der Finanzströme nach dem Brexit, also dem EU-Austritt Großbritanniens, das 2020 noch mit 10,19 Milliarden als zweitgrößter Nettozahler fungierte. Damit steuerte Deutschland im vergangenen Jahr fast doppelt so viel bei wie die nunmehrige Nummer Zwei Frankreich, die 10,94 Milliarden Euro mehr zur Verfügung stellte, als sie zurückbekam, was eine Steigerung gegenüber 2020 um 2,93 Milliarden darstellte. Auf den übrigen Plätzen rangierten 2021 folgende Länder: die Niederlande, Schweden, Dänemark und Italien, Österreich, Belgien, Finnland sowie Ir-

land. Diesen zehn Nettozahlern standen im Vorjahr insgesamt 17 Nettoempfänger gegenüber, angeführt von Polen, das 12,92 Milliarden Euro mehr erhielt, als es selbst in den Topf einbrachte. Danach kamen Griechenland, Ungarn, Rumänien, Spanien, Portugal, Tschechien, Bulgarien, Kroatien und die Slowakei, Litauen, Lettland, Estland, Slowenien, Luxemburg, Zypern sowie Malta.

Um ein realistischeres Bild von den Belastungen zu erhalten, setzten die Ökonomen des IW diese absoluten Beitragssalden ins Verhältnis zur Wirtschaftskraft der EU-Länder, wobei das Bruttonationaleinkommen (BNE) als Indikator für diese diente. Dadurch schrumpften die Abstände etwas, und

vielfach kam es auch zu einer Veränderung der Rangfolge. Für Deutschland änderte sich dabei jedoch nichts: Die Bundesrepublik blieb 2021 größter Nettozahler mit einem EU-Beitrag in Höhe von 0,58 Prozent ihres BNE. Dann folgten die Niederlande mit 0,48, Schweden mit 0,46 sowie Frankreich und Dänemark mit jeweils 0,43 Prozent vom BNE.

Bei den Nettoempfängern rutschte Polen mit einem Überschuss von 2,32 Prozent seines BNE auf Platz acht ab, während Kroatien mit 3,08 Prozent an die Spitze kletterte. Zu den weiteren Hauptprofiteuren gehörten neben Litauen, Ungarn, Bulgarien, Lettland, auch Griechenland und Estland.

Wolfgang Kaufmann

MELDUNGEN

KPM geht die Energie aus

Berlin – Gut zwei Jahrzehnte nachdem bei der Königlichen Porzellan-Manufaktur (KPM) eine Schließung abgewendet werden konnte, wächst bei dem traditionsreichen Berliner Unternehmen erneut die Sorge, in existenzbedrohende Schwierigkeiten zu rutschen. Berlins ältester Betrieb, der bereits durch Friedrich den Großen zum Hoflieferanten erhoben wurde, hat einen jährlichen Gasverbrauch, der dem von 100 Einfamilienhäusern entspricht. Angesichts massiv gestiegener Kosten durch die Gaspreise äußerte der KPM-Inhaber Jörg Woltmann Zweifel, dass die Kunden höhere Preise akzeptieren werden. Zudem befürchtet KPM auch einen kompletten Lieferstopp für russisches Erdgas. Eine Umrüstung der vier Brennöfen der Manufaktur auf Strom scheidet als Alternative aus, weil das Porzellan beim Brennvorgang einen Gelbstich erhalten würde. H.M.

Lithiumfabrik startet später

Vancouver/Potsdam – Der Plan des Unternehmens Rock Tech Lithium im brandenburgischen Guben, das bei der Batterieproduktion Verwendung findende Lithiumhydroxid herzustellen, verzögert sich. Bereits vor einem Jahr hatte das deutsch-kanadische Unternehmen einen Kaufvertrag für ein 120.000 Quadratmeter großes Grundstück in Guben unterschrieben. Für das Jahr 2024 rechnete das Unternehmen bereits mit der Aufnahme der Produktion. Wie Firmensprecher André Mandel kürzlich mitteilte, muss der Zeitplan aufgrund von Lieferengpässen allerdings angepasst werden. Nach Unternehmensangaben wird mit dem Start der Produktion nun erst für das zweite Quartal 2025 gerechnet. Rock Tech Lithium hatte ursprünglich auch nur mit einer Investition von knapp 500 Millionen Euro gerechnet, inzwischen werden 200 Millionen Euro mehr veranschlagt. Für die Produktion in Guben hat Rock Tech Lithium mit Mercedes-Benz bereits einen ersten Großkunden unter Vertrag. H.M.

Warten auf höhere Preise

London – Wie die „Financial Times“ unter Berufung auf den Londoner Energiemarktexperten und Datenanalysten Vortexa Ltd. meldet, warten derzeit mehr als 30 Tanker mit Flüssigerdgas (LNG) an Bord vor den Küsten der Iberischen Halbinsel und Nordwesteuropas, um erst dann ein LNG-Terminal anzulaufen, wenn die zuletzt gefallen Gaspreise wieder steigen. Die Schiffe haben LNG im Wert von aktuell über zwei Milliarden Euro an Bord. Die Lieferanten, die vorwiegend in den USA sowie dem Golfemirat Katar sitzen, hoffen auf größere Gewinne, sobald kälteres Wetter einsetzt und sich die momentan gut gefüllten Gasspeicher in Europa zu leeren beginnen. Dabei liegen die Charterkosten pro LNG-Tanker und Tag bei rund 400.000 Euro. Wenn der Preis anzieht, dürfte es erneut zu Staus vor den Flüssigerdgasterminals kommen, womit die Möglichkeit besteht, dass die Gewinnsucht der LNG-Verkäufer auch die Versorgungssicherheit gefährdet. W.K.

KOMMENTARE

Berechtigte Kritik

FRANK BÜCKER

Der Bundestag hat am 10. November dem Gesetzentwurf der Bundesregierung für die Einführung eines Bürgergeldes zugestimmt. Am 14. November aber ist der Entwurf dann erwartungsgemäß im Bundesrat gescheitert, vor allem am Widerstand der Union.

Viel Kritik konzentriert sich auf die Anhebung der sogenannten Schonvermögensgrenzen auf bis zu 60.000 Euro pro Person. Zudem könnte die Anhebung der Monatssätze dazu führen, dass Nichtarbeitende kaum schlechter dastünden als Niedriglöhner. Das Amt soll sogar die ersten zwei Jahre eine eigentlich zu große Wohnung inklusive der höheren Heizkosten zahlen.

Der CDU-Abgeordnete Hermann Gröhe sorgt sich erklärtermaßen, dass das Bürgergeld die Fairness im Land gefährde und die Arbeitsvermittlung erschwere. Es sei ungeheuerlich, dass die Regierung jedwede Kritik auch von Sozialverbänden und Kommunen ignoriere. Der AfD-Abgeordnete Norbert Kleinwächter bemängelte, die Regie-

rung unterstütze Arbeitsunwillige auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung.

Für eine Einzelperson sollen die Sätze von bisher 449 auf dann 502 Euro pro Monat angehoben werden. Dies dürfte auch Sozialtourismus befördern. In Schweden werden nämlich ohne Mietkosten nur 2800 Kronen (300 Euro) gezahlt. Polen zahlt 477 Zloty (120 Euro) monatlich plus Mietzuschuss. Bezieher von Sozialhilfe in Dänemark dürfen während der Bezugszeit das Land nicht verlassen.

Die Vorwürfe in Richtung sozialer Kälte in Deutschland sind daher völlig unberechtigt. Doch die Kritik, dass Beschäftigte mit ihren Steuergeldern auch Menschen unterhalten sollen, die weder arbeiten wollen noch ihrer Mitwirkungspflicht nachkommen, trifft genau den Kern.

Die spannende Frage ist, ob die Union standhaft bleibt oder gegen einige Konzessionen der Ampelregierung deren prestigeträchtiges Reformwerk doch noch „durchwinkt“. Dann war es doch nur wieder reine Profilierungssucht statt echter Oppositionspolitik.

Erbärmliche Politik

HANS HECKEL

Was den großen Worten des Bundeskanzlers von der „Zeitenwende“ wirklich folgte, ist erbärmlich. Die Bundeswehr wird nicht nur nicht zügig ertüchtigt, der Abbau der deutschen Streitkräfte hat stattdessen noch dramatischere Ausmaße angenommen als zum Zeitpunkt des Kriegsausbruchs Ende Februar (siehe Seite 3).

Wie ist solch ein Versagen zu erklären? Es herrscht die Generation der Symbolpolitiker. Diese Gattung lebt in dem untergründigen Glauben, große Worte, „Signale“ oder Ankündigungen an sich seien schon Politik und veränderten die Realität gewissermaßen von selbst, wenn man ihnen stolze Geldbeträge beimischt. Dass derlei Gedöns regelmäßig verpufft ist, konnten sie ignorieren, weil Deutschland von den Altvorderen zu einem dermaßen reichen, starken und funktionstüchtigen Land geformt worden war, dass das Versagen

der Politik von den gewaltigen Ressourcen verdeckt werden konnte. Sicherheitspolitisch kam den Symbolpolitikern eine lange Phase ohne sichtbare oder wahrgenommene Bedrohung zugute, welche die Vernachlässigung der Landesverteidigung in den Augen des Volkes nachrangig erscheinen ließ.

Beides ist zu Ende: Die falsche Energiepolitik zerrüttet die industrielle Basis, was wiederum das finanzielle Fundament des Wohlfahrtsstaates erodieren lässt. Und der Ukrainekrieg hat das falsche Gefühl kostenloser Sicherheit brutal abgeräumt.

Nun offenbart sich die ganze Inkompetenz der Verantwortungsträger. Es ist schon von fast zynischer Konsequenz, dass bei der Stümperei in Sachen Bundeswehr auch gleich noch die deutsche Rüstungsindustrie durch politisches Handeln in die Krise gestürzt und eine neue Abhängigkeit von ausländischen Kräften aufgebaut wird. Nur im Fehlermachen sind sie konsequent.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Edyta Gladkowska (Allenstein).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.“

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2021:

Inland 14 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 16,50 Euro, Luftpost 20,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht haftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de



„Shit happens“ – „Kollateralschäden“ werden in Kauf genommen: Ein Klima-Aktivist sitzt am Karlsplatz in der Münchner Innenstadt auf der Fahrbahn und blockiert die Straße

Foto: pa

KOLUMNE

Was ein Fanatiker ist

FLORIAN STUMFALL

Dies ist eine Zeit des täglichen, öffentlichen, demonstrativen Rechtsbruchs durch Leute, die den Automobilverkehr dadurch sabotieren, dass sie sich auf Straßen und Plätzen oder auch an Kunstwerken festkleben. Das geschieht so regelmäßig, dass nur noch ein Teil der Vorfälle als pressewürdig empfunden wird, so wie die schreckliche Szene in Berlin, als durch einen von Klima-Chaoten herbeigeführten Stau der Rettungswagen nicht rechtzeitig zu einer verunglückten Frau kommen konnte, die kurz darauf starb.

Der darauf bezogene widerlich zynische Kommentar (shit happens) eines Mannes aus der Szene der Klebe-Aktivisten lässt, wenn auch später gelöscht, erkennen, in welcher geistigen Verfassung sich diese Leute befinden. Sie sind gezeichnet von allen Merkmalen des Fanatismus, klar und beispielhaft und ohne jede mildernde Einschränkung. Wenn sich aber ein gefährliches, pathologisches und dabei ansteckendes Element wie der Fanatismus anschnickt, vom äußersten Rande der Gesellschaft in deren Mitte vorzudringen, dann ist es höchste Zeit, dieses Element zu benennen, um ihm Widerstand leisten zu können.

Ein Fanatiker, also jemand, der von jenem Element befallen ist, trägt mehrere arteigene Kennzeichen. Er hat sich, erstens, einer Sache verschrieben, jedoch nicht wie ein normaler Mensch im Rahmen einer vielfältigen Betrachtung der Dinge, sondern mit einer unbedingten Ausschließlichkeit, die ihm den Blick auf andere Erscheinungen außerhalb seines Ziel-Objekts verstellt. Der Fanatiker ist obsessiv und nicht in der Lage, etwas anderes wahrzunehmen als den Gegenstand, dem er sich verschrieben hat. Er trägt unverkennbar psychopathologische Züge.

Was sie so gefährlich macht

Dem folgt, zweitens, dass ein Fanatiker außerstande ist abzuwägen und zu urteilen. Wer nur ein Ding sieht, kann dieses eine nicht in Beziehung zu etwas anderem setzen. Der Fanatiker kennt nicht Argument und Gegenargument, sondern nur seine Überzeugung. Daher ist er auch unfähig zum Kompromiss, ja, er betrachtet diesen sogar als Verrat an seiner Sache. Bereits die eigene kritische Prüfung seines Standpunktes kommt ihm als gefährliche Neigung zu dem vor, was die Sozia-

listen als Revisionismus anprangern. Er ist irrational, weil er keine anderen Ansichten prüft.

Der Fanatiker ist, drittens, untauglich zu einem Verhalten als Gemeinschaftswesen im Kreise Andersdenkender. Er betrachtet sich als im Besitz einer endgültigen Erkenntnis, die er indes weniger auf sachliche Grundlagen als vielmehr den Anspruch eines erhöhten Moralismus zurückführt. Die Sachlichkeit verschwindet angesichts eines überheblichen ethischen Anspruchs. Das ist die Grundlage für die Bereitschaft, der Verfolgung des Zieles al-

afür ist der Verlust des Rechts. Wenn ein deutscher Richter die verschiedenen Rechtsverstöße der Klima-Täter, nämlich Nötigung, Sachbeschädigung, gefährlicher Eingriff in den Straßenverkehr, Widerstand gegen Vollzugsbeamte, Beleidigung und Körperverletzung, wenn also ein Richter all diese Tatbestände angesichts des Zieles der Weltrettung für nichtig erklärt, so versucht er dadurch einen Putsch gegen den Rechtsstaat und die Geltung der Gesetze. Mit derselben Logik nämlich könnte man angesichts einer drohenden Überbevölkerung der Erde jeden Mord rechtfertigen.

Berlin wieder vorneweg

Doch die Dekadenz macht auch nicht vor Richtern halt. Wie so oft bei derlei Ereignissen gibt die Bundeshauptstadt Berlin das beschämendste Beispiel ab. Bei der dortigen Staatsanwaltschaft sind laut Antwort des Senats auf eine Anfrage der FDP seit Monaten 729 Ermittlungsverfahren gegen Klima-Straftäter anhängig. Diese Bemühungen um eine rechtsstaatliche Aufarbeitung haben bislang zu ganzen vier rechtskräftigen Urteilen geführt. Dabei ist eine hohe Zahl der Klima-Aktivisten Wiederholungstäter. Doch kaum werden sie von den Behörden erfasst, können sie in den meisten Fällen weiterhin ungeschoren ihrem Werk der Destruktion nachgehen. Kein Wunder, wenn sie ein solches Verhalten der Vertreter der Rechtspflege als stille Zustimmung, Ermunterung und geheimes Verständnis deuten.

Dies spricht für eine ideologische Übereinstimmung über den Kreis der Klima-Täter hinaus bis hin nicht nur zur Justiz, sondern vor allem zur Politik. So fällt es dem grün-roten Konstrukt schwer, sich von dieser Bewegung des Chaos und der Zerstörung glaubhaft zu distanzieren. Daran ändert auch der Schulterchluss nichts, den die Klimaradikalen mit den Linksextremisten, nämlich der „Internationalistischen Linken“ oder auch der „Roten Hilfe“ vollzogen haben. Auch diese teilen die Sicht des Fanatismus, dass sie erwählt und berufen seien, die Welt zu retten, ob dies die Welt nun will oder nicht, und gleichgültig, wer daran Schaden nimmt und was darüber zugrunde geht.

● **Der Autor** ist ein christsoziales Urgestein und war lange Zeit Redakteur beim „Bayernkurier“.

Die Klima-Extremisten haben Sympathisanten in Justiz und Politik

le anderen Rücksichten unterzuordnen. Die Methoden setzen sich über die Rechte aller hinweg, welche die Meinung des Fanatikers nicht oder nur mit Einschränkungen teilen. Dieser ethische Totalanspruch, dieser Größenwahn, diese Identifikation der eigenen Idee mit dem Wohl der Menschheit beruht auf der Überzeugung, man sei im Besitz der Wahrheit, und wird gerechtfertigt im Glauben, dass er, der Fanatiker, dazu berufen sei, die Welt zu retten. Diese Erwähltheit erhebt ihn auch über das Gesetz, das für ihn keine Gültigkeit beanspruchen darf.

Spätestens hier wird die Sache brandgefährlich. Denn solange sich der Fanatiker in seinem eigenen gemütschweren, wirren, weltfernen Gedankenchaos bewegt, richtet er noch wenig Schaden an. Doch zum Unglück ist er schließlich auch geprägt von einer eifernden Sehnsucht, die Welt zu missionieren, weil er diese ja ansonsten nicht retten könnte. Und spätestens hier tritt dann die völlige Unbedenklichkeit zutage, was die Wahl der Mittel und die Rücksicht auf die Mehrheitsgesellschaft angeht.

Daran aber, dass der Fanatismus den Weg in die Mitte der Gesellschaft hat antreten können, ist auch diese Gesellschaft schuld, die sich nicht in ihrer Mehrheit, aber zumindest in Teilen in einer dekadenten Lust der Selbstzerstörung zu aalen scheint. Ein bedrohliches Symptom

Königin der Nacht im Wunderland

Abenteuergeschichte für Familien – Mozarts bekannteste Oper läuft als „The Magic Flute – Das Vermächtnis der Zauberflöte“ im Kino

VON HELGA SCHNEHAGEN

Seit dem 17. November ist der vom deutschen Hollywood-Regisseur Roland Emmerich („Independence Day“) produzierte Film „The Magic Flute – Das Vermächtnis der Zauberflöte“ im deutschsprachigen Raum im Kino zu sehen. Eine Premiere, denn vorherige Verfilmungen von Mozarts Oper waren nur eine Bühnenabfilmung von Ingmar Bergmann und eine zweite, die in den Ersten Weltkrieg transferiert wurde.

Herausgekommen sind dieses Mal zwei Geschichten. Eine gefühlvolle Rahmengeschichte aus der Gegenwart und die Zauberflöten-Oper als aktionsreiches Fantasy-Märchen. Die Rahmengeschichte spielt an einem legendären Mozart-Internat in den österreichischen Alpen. Dort entdeckt der 17-jährige Gesangsschüler Tim Walker, gespielt vom britischen Schauspieler Jack Wolfe, eines Nachts eine Geheimgangtür, die ihn in die fantastische Welt von Mozarts „Zauberflöte“ katapultiert. Dort angekommen, wird er zu Prinz Tamino, und die Handlung nimmt über mehrere Nächte den bekannten opernmäßigen Verlauf.

Bei der aktuellen Verfilmung von Mozarts „Zauberflöte“ ging Regisseur Florian Sigl ein großes Wagnis ein. Schließlich handelt es sich um eine der weltweit meistgespielten Opern überhaupt. Soll heißen: Sehr viele kennen Mozarts letztes Bühnenwerk und fast alle lieben es.

Aus dem märchenhaften Stoff ein spannendes Fantasy-Abenteuer à la Hollywood zu machen, scheint sich auf den ersten Blick anzubieten. Dabei vermeidet der Film, mit der Opernvorlage in Konkurrenz zu treten. Dazu trägt sowohl die Parallelität von zwei Geschichten bei als auch das Genre zwischen Schauspiel und Musical mit nur noch einem Hauch von großer Oper.

Ein Sieg der Liebe

Zum Happy End des Prinzenpaars Tamino und Pamina sowie von Papageno und Papagena gesellt sich im Film ein drittes, das von Tim Walker und der von der Irin Niamh McCormack gespielten Sophie.



Der reinste Horror: Prinz Tamino sieht sich mit einer wahren Riesenschlange konfrontiert

Foto: TOBIS Film/Luis Zeno Kuhn

Damit verbinden die beiden Internats-Schüler aus dem Film das Opern-Märchen mit dem realen Leben. Ein Sieg der Liebe also auf ganzer Linie!

Doch so einfach ist das nicht. Die Rahmengeschichte des ab sechs Jahren freigegebenen Familienfilms ist sehr dominant, und viele Zuschauer, gerade die jüngeren, werden ihr mehr Aufmerksamkeit schenken als Mozarts Märchen. Denn sie spricht die Themen an, denen junge Menschen auf dem Weg ins Leben der Erwachsenen ausgesetzt sind: Leistungsdruck der Schule, Erwartungsdruck der Eltern, Mobbing, Freundschaft, Feindschaft, Angst, Zweifel, erste Liebe und schließlich ganz allgemein die Suche nach dem eigenen Weg zum beruflichen und privaten Glück.

Im Rampenlicht des Films stehen mit Sophie eine selbstbewusste junge Frau und mit Tim ein sensibler junger Mann.

Gerade Jack Wolfe alias Tim Walker dürfte vor allem bei den weiblichen Teenagern einen bleibenden Eindruck hinterlassen. Er hat nicht nur das Potential zum Prinzege, sondern auch zum „Traumpartner“ schlechthin.

Mit deutschen Geldern finanziert

Als internationale Traumpartnerschaft entpuppt sich ihrerseits die Filmproduktion. Trotz seines englischen Titels und seiner ausländischen Hauptdarsteller firmiert „The Magic Flute“ als deutscher Film mit deutschen Filmgeldern. Die Produktionskosten lagen bei über zehn Millionen Euro. Dabei wurde er aus mehreren deutschen und österreichischen Töpfen gespeist. Unter anderem steuerten der FilmFernsehFonds Bayern aus dem Fördertopf für internationale Koproduktionen 1,6 Millionen Euro bei, die Medien- und Filmgesellschaft Baden-Württem-

berg 500.000 Euro sowie Hessen Film und Medien 350.000 Euro.

Die Besetzung durch eine die britische Casting-Direktorin sorgte für eine bunte Schar an Mitwirkenden. Als einer der wenigen deutschen Darsteller darf Stefan Konarske (TV-Serie „Das Boot“) als Monostatos mitwirken. Weiterhin kommt der in Eritrea geborene deutsche Comedian Tedros „Teddy“ Teclebhran als Internatslehrer Mr. Baumgartner zum Zug.

Zu den bekannten Namen zählt der „Game of Thrones“-Star Iwan Rheon als Vogelfänger Papageno. Auch F. Murray Abraham, der 1985 für seine Rolle als Antonio Salieri im Filmdrama „Amadeus“ einen Oscar erhielt, spielt als Internatsleiter Dr. Longbow mit, des Weiteren die französische Opernsängerin Sabine Devieille als Königin der Nacht und Opernsänger Rolando Villazón in einer kurzen Rolle als Vater und Opernstar Enrico Milanese.

Der Film gibt dem Nachwuchs eine Chance, und die frischen Stimmen und der große Elan sorgen für seine besondere Note. Der Film ist synchronisiert, neben den Sprechrollen auch der Gesang. So leiht der 32-jährige Peter Lewys Preston, gebürtiger Deutscher mit slowenisch-amerikanischen Wurzeln, Papageno seine deutsche Gesangsstimme.

Gedreht wurde vom 7. Februar bis zum 15. April 2021 Corona-bedingt vor allem in den nahezu hermetisch abgeriegelten Bavaria Studios am Münchner Stadtrand. Natürlich spielen auch die Mozart-Stadt Salzburg und das Salzburger Land eine herausragende Rolle. Mit den Internatszenen ging man in den spätbarocken Prachtbau von Schloss Leopoldskron. Kulissen für die Außenaufnahmen bilden unter anderem die Festung Hohensalzburg, die Salzburger Altstadt und Burg Hohenwerfen im Salzburger Land.

NACHRUF

Ein Mann der klaren Worte

Auf gut Deutsch, bitte! – Der „Sprachpapst“ Wolf Schneider ist mit 97 Jahren verstorben

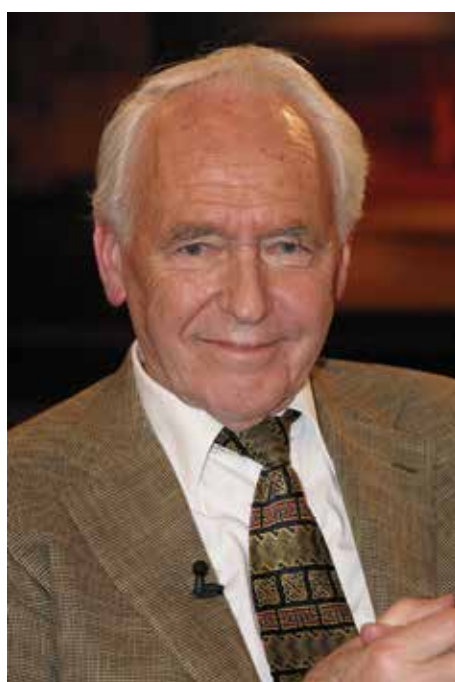
16 Jahre lang leitete Wolf Schneider die Hamburger Journalistenschule und war keinen Tag krank. Nur der Tod galt ihm als akzeptable Entschuldigung für das Fernbleiben seiner Schüler. Nun ist Deutschlands „Sprachpapst“ in Starnberg gestorben. Der 1925 in Erfurt geborene Journalist, Talkshow-Moderator und Sachbuchautor war ein Leistungsfanatiker. Journalisten, so sein Credo, müssten es sich schwer machen, um es den Lesern leicht zu machen. Qualität komme von Qual. Nichts war ihm mehr zuwider als Blähwörter, Adjektive, Schachtelsätze und Anglizismen.

Im Jahr 2019 gehörte der Verstorbene neben Monika Maron, Walter Krämer und dem PAZ-Autor Josef Kraus zu den Initiatoren eines Aufrufs des Vereins Deutsche Sprache, der „Schluss mit dem Gender-Unfug“ forderte. Schneider schrieb und predigte klares und schönes Deutsch.

Kein Wunder, dass er Gender-Wortungen wie „die Radfahrenden“, „die Studierenden“ oder auch „LuftpiratInnen“ nichts abgewinnen konnte.

Auch im hohen Alter hat Schneider die Entbehrungen der Kriegs- und Nachkriegszeit nie vergessen, wie er in seiner 2014 erschienenen Autobiographie „Hottentottenstottertrottel. Mein langes, wunderliches Leben“ bekannte: „Wenn ich in ein heißes Vollbad sinke oder mir Butter dick aufstreiche, habe ich ein lebendiges Gefühl von Luxus, von Rache für erlittene Not – seit fast siebzig Jahren“.

Als Atheist hielt Schneider selbst nicht viel von dem Ehrentitel „Sprachpapst“. Doch dem nicht uneitlen und bisweilen arrogant auftretenden früheren Chefredakteur der Tageszeitung „Die Welt“ dürfte er trotzdem geschmeichelt haben. In seiner Autobiographie bekannte er sich ausdrücklich zu seiner Selbstsicherheit



Nur nett wollte er nie sein: Der Sprachkritiker Wolf Schneider Foto: pa

und Arroganz. Er hielt sie für keinen Makel. Nur nett wollte er nie sein.

Schneider arbeitete unter anderem für den „Stern“ und die „Süddeutsche Zeitung“. Ob der rechtsliberale Schneider, der 2020 noch erfolglos mit seiner Frau bei den Kommunalwahlen für die FDP in seinem Wohnort Starnberg angetreten war, heute noch in die oft „woken“ und links-grünen Redaktionen passte? Zweifel sind angebracht.

Schon vor Jahrzehnten widersprach der Autor von „Deutsch für Profis“ den damals schwer auf links gekämmten Publizisten Erich Kuby und Sebastian Haffner, dass das Geschlecht eine bloße soziale Zuschreibung sei. „Meinen Sie nicht, dass, wenn zwei Menschen ein Kind haben wollen, es alles in allem kein Nachteil wäre, wenn eine von ihnen eine Frau ist“, so sein lässiger Konter auf derlei Hirngespinnste. Ansgar Lange

● MELDUNGEN

Orte, die es nicht mehr gibt

Lüneburg – Im Ostpreußischen Landesmuseum öffnet am 19. November die Ausstellung „Verschwunden – Orte, die es nicht mehr gibt“. Bis zum 19. März geht es um die Gebiete, die bis zur Flucht und Vertreibung am Ende des Zweiten Weltkrieges von Deutschen besiedelt waren. Sie liegen vor allem im heutigen Polen, Russland und Tschechien. Dörfer, Städte, Kirchen, Fabriken oder Friedhöfe bleiben nur erhalten, wenn es auch Menschen gibt, die sich darum kümmern. Was wird aus ihnen, wenn die Menschen plötzlich verschwinden? Das Anliegen dieser von der Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen gestalteten Sonderausstellung ist es, in einer „historischen Spurensuche“ dem Schicksal untergegangener oder bewusst zerstörter Orte und Kulturstätten exemplarisch nachzuspüren. www.ol-ig.de tws

BUNDESTAGSWAHL 1972

Der große Wahlerfolg des Willy Brandt

Der Wahlabend des 19. November 1972 kann als ein Höhepunkt in der politischen Karriere Willy Brandts bezeichnet werden. Drei Jahre zuvor war er nach der Wahl zum 6. Deutschen Bundestag, obwohl nur Vorsitzender und Spitzenkandidat der nach der CDU/CSU zweitstärksten Partei, zum Bundeskanzler gewählt worden, da seine SPD mit der FDP eine Koalition einging, die mit 278 von 518 Sitzen im Bundestag die absolute Mehrheit besaß.

Diese Mehrheit schmolz indes dahin. Mit der umstrittenen Neuen Ostpolitik unzufrieden, wechselten diverse Bundestagsabgeordnete aus dem Regierungslager in das der Opposition. Das Misstrauensvotum vom 27. April 1972 überstand Brandt zwar mit dubiosen Mitteln, aber ohne Regierungsmehrheit ließ sich schlecht regieren. So provozierte er mit der verlorenen Vertrauensfrage vom 20. September des Jahres Neuwahlen. Der Bundespräsident, sein Parteifreund Gustav Heinemann, spielte mit, löste am 22. September das Parlament auf, und am 19. November wurde der Bundestag neu gewählt.

SPD und FDP konnten gegenüber dem Ergebnis von 1969 noch zulegen. Der Stimmenanteil der Freien Demokraten stieg um 2,6 Punkte auf 8,4 Prozent, jener der Sozialdemokraten um 3,1 Punkte auf 45,8 Prozent. Die sozialliberale Koalition mit SPD-Chef Brandt



Die Wahlsieger am Wahlabend: Willy Brandt und Walter Scheel

als Kanzler und FDP-Chef Walter Scheel als Vizekanzler und Außenminister konnte fortgesetzt werden.

Ein zusätzlicher Erfolg für Brandt bestand darin, dass nicht nur die von ihm geführte Regierung bestätigt wurde, sondern dass auch die von ihm geführte Partei erstmals die Union als stärkste Partei ablösen konnte. 0,9 Prozentpunkte lag die SPD vor der Union. Damit konnte die SPD nun nach dem Bundespräsidenten und dem Bundeskanzler auch erstmals den Bundestagspräsidenten stellen.

Lange konnte sich Brandt dieser Bestätigung seiner Regierungspolitik nicht erfreuen. Bereits zwei Jahre später trat er als Bundeskanzler wegen der Guillaume-Affäre zurück. Sein Nachfolger im Kanzleramt wurde sein Parteifreund Helmut Schmidt. Der konnte sich mit acht Jahren zwar ungleich länger im Amt halten. In Schmidts Amtszeit als Regierungschef wurde die SPD indes niemals stärkste Partei.

Ein noch größerer Verlierer der Bundestagswahl vor 50 Jahren als Kai-Uwe von Hassel, der an der Spitze des Bundestages von der Sozialdemokratin Annemarie Renger abgelöst wurde, war der Spitzenkandidat der Union, Rainer Barzel. Im darauffolgenden Jahr trat er als Fraktionsvorsitzender zurück und verzichtete auf eine erneute Kandidatur für den Parteivorsitz. Seine Nachfolger wurden Karl Carstens und Helmut Kohl. M.R.

ELISABETH CHARLOTTE VON DER PFALZ

Mehr als nur die Mutter des Großen Kurfürsten

Vor 425 Jahren kam die Ehefrau des brandenburgischen Kurfürsten und preußischen Herzogs Georg Friedrich zur Welt. Manches an der Schwester des „Winterkönigs“ erinnert an Königin Luise



Verherrlichung der Kurfürstinwitwe Elisabeth Charlotte von Brandenburg als Königin von Saba: Ölgemälde auf Holz von Matthias Czwiczek um 1650

Foto: Wikimedia

VON MANUEL RUOFF

Mitte des 17. Jahrhunderts schuf der seit 1628 als Hofmaler amtierende Mathias Czwiczek das Werk „Verherrlichung der Kurfürstinwitwe Elisabeth Charlotte von Brandenburg als Königin von Saba“. Im Zentrum zeigt das Bild die Kurfürstinwitwe sowie stehend und farblich hervorgehoben den amtierenden Kurfürsten Friedrich Wilhelm mit seiner Ehefrau Prinzessin Luise Henriette von Oranien, Tochter des niederländischen Statthalters Friedrich Heinrich von Oranien und dessen Gattin, der Gräfin Amalie zu Solms-Braunfels, an seiner Seite. Hinten sind links die brandenburgischen Vorfahren des Großfürsten und rechts die niederländischen Ahnen der Kurfürstin zu sehen.

Das Bild zeugt nicht nur mit seiner zentralen Platzierung der Kurfürstinwitwe von der tiefen Zuneigung des Landesherren zu seiner Mutter, sondern auch davon, dass diese nicht nur in eine interessante Familie hineingeheiratet hatte, sondern selbst einer interessanten Familie entstammte. Zu ihren Füßen sehen wir nämlich ihren jüngsten Bruder Ludwig Philipp. Letzterer war wie sie ein Bruder des sogenannten Winterkönigs von Böhmen, des pfälzischen Kurfürsten Friedrich V. Nach dessen Tod im Jahre 1632 war Ludwig Philipp der Vormund des ältesten überlebenden Sohns des „Winterkönigs“, Karl Ludwig, und Administrator der Kurpfalz.

Ihr Ehemann gilt als schwach

Der Vater der Kurfürstinwitwe war der pfälzische Kurfürst Friedrich IV., die Mutter dessen Ehefrau, Prinzessin Luise Juliana von Oranien-Nassau, Tochter Prinz Wilhelms I. von Oranien-Nassau und dessen dritter Ehefrau, Charlotte de Bourbon-Montpensier. Vor 425 Jahren, am 19. November 1597, kam Elisabeth Charlotte von der Pfalz in Neumarkt in der Oberpfalz zur Welt. Mit 18 heiratete sie

am 24. Juli 1616 in Heidelberg den damaligen brandenburgischen Kurprinzen Georg Wilhelm, der drei Jahre später, nach dem Tod seines Vaters Johann Sigismund, brandenburgischer Kurfürst und Herzog in Preußen wurde.

Die Vermählung war Bestandteil einer protestantischen Heiratspolitik Brandenburgs. So heiratete 1620 Kurfürst Georg Wilhelms zweitälteste Schwester, Maria Eleonora, den schwedischen König Gustav II. Adolf. 1626 ehelichte Georg Wilhelms drittälteste Schwester, Katharina, Gabriel Bethlen von Iktár, den Anführer der antihabsburgischen Aufstände im Königreich Ungarn auf dem Gebiet der heutigen Slowakei. Und 1631 vermählte sich Elisabeth Charlottes Bruder Ludwig Philipp mit der brandenburgischen Prinzessin Marie Eleonore.

Das bedeutet indes nicht, dass Kurfürst Georg Wilhelm einen dezidierten und klaren Konfrontationskurs gegen die Führer des katholischen Lagers in Deutschland, die österreichischen Habsburger, gesteuert hätte. Vielmehr erinnert Georg Wilhelms Verhalten an einen anderen, ebenfalls als schwach und wenig entscheidungsfreudig geltenden Hohenzoller an der Spitze Brandenburgs und Preußens einige Generationen später, an Kö-

nig Friedrich Wilhelm III. So wie Friedrich Wilhelm Brandenburg-Preußen aus der entscheidenden Auseinandersetzung seiner Zeit, der zwischen dem postrevolutionären Frankreich Napoleons I. und den anderen Großmächten, herauszuhalten versuchte, versuchte Georg Wilhelm Brandenburg-Preußen aus der entscheidenden Auseinandersetzung seiner Zeit, der zwischen Protestantismus und Katholizismus, herauszuhalten. Und so wie Friedrich Wilhelm sich darum bemühte, den Kaiser in Paris nicht zu erzürnen, bemühte sich Georg Wilhelm darum, den Kaiser in Wien nicht zu ärgern.

Die Schwäche beider Hohenzollern ließ ihren jeweiligen Ehefrauen – Luise im Falle Friedrich Wilhelms, Elisabeth Charlotte im Falle Georg Wilhelms – eine umso größere politische Rolle zukommen. Beide bemühten sich als Sympathisanten der sogenannten protestantischen Hofpartei beziehungsweise der sogenannten Kriegspartei, ihre Ehemänner zu einer entschiedeneren Parteinahme zu bewegen.

Elisabeth Charlotte war politisch eher uninteressiert, aber allein schon aus Loyalität zu ihrer Familie betrieb sie faktisch Politik. Immerhin stand ihr Bruder Friedrich an der Spitze der Protestantischen

Union. Mit dem Exil, das Georg Wilhelm nicht zuletzt aus Rücksicht auf seine Ehefrau deren Familie nach dem Ausbruch des Dreißigjährigen Krieges gewährte, provozierte er nolens volens Habsburg und das katholische Lager.

Ihr Sohn liebte sie

Nachdem der württembergische Herzog Johann Friedrich aus Angst vor dem Kaiser das Exil der Mutter des „Winterkönigs“ in seinem Herzogtum beendet hatte, fand sie bei ihrem Schwiegersohn Unterschlupf. Im November 1620 setzte Elisabeth Charlotte bei ihrem Mann durch, dass dieser auch den seit dem 29. Januar 1621 vom Kaiser geächteten „Winterkönig“ selbst Exil gewährte, bis dieser in die Niederlande weiterreiste, die er im März 1621 erreichte. Auch Elisabeth Charlottes Bruder Ludwig Philipp fand an Georg Wilhelms Hof Aufnahme.

Zu einem Gegenspieler der Schwester des „Winterkönigs“ und Ehefrau des Kurfürsten entwickelte sich der Graf Adam von Schwarzenberg. Kurfürst Georg Wilhelm folgte in seiner Regierungszeit zunehmend den Ratschlägen des habsburgfreundlichen Katholiken. Elisabeth Charlotte war weder in der Lage, den Aufstieg des Geheimen Rates zu verhindern, noch gelang es ihr, ihn zu stürzen. Das spricht für die Begrenztheit des Einflusses der Kurfürstin in der Regierungszeit ihres Mannes.

Wenigstens gelang es ihr, die Grundlagen zur Karriere des Freiherrn Otto von Schwerin in Brandenburgs Diensten zu legen. Sie nahm den Protestanten in den Hofdienst auf. 1638 ernannte ihn ihr Mann zum Kammerjunker.

Welchen Einfluss Elisabeth Charlotte auf ihren einzigen Sohn, der das erste Lebensjahr überlebte, hatte, spiegelt das Schicksal der beiden obengenannten Männer nach dem Wechsel von Georg Wilhelm zu Friedrich Wilhelm im Jahre 1640 wider. Der Einfluss des Grafen von Schwarzenberg schwand schnell, und er sah sich mit heftigen Vorwürfen wegen seiner Politik in der Regierungszeit Georg Wilhelms konfrontiert. 1641 wurde er sogar verhaftet und in das Staatsgefängnis nach Spandau gebracht. Dort starb er wenige Tage nach der Einlieferung an einem Schlaganfall. Der Groll des Kurfürsten traf sogar noch dessen Sohn und Erben. Dieser erhielt nur die beweglichen Güter seines Vaters. Privilegien und überlassene Domänen wurden ihm aberkannt und eingezogen.

Der Freiherr von Schwerin hingegen machte unter dem Großen Kurfürsten Karriere. 1641 wurde er Rat am Hof- und Kammergericht in Berlin, 1645 Mitglied des Geheimen Rates des Kurfürsten, 1648 Reichsfreiherr, 1652 General-Postdirektor sowie 1658 schließlich Erster Minister und Oberpräsident des Geheimen Rates und aller Zivilbehörden.

Hier zeigt sich eine weitere Parallele zu Königin Luise. Ihr dem Ehemann an der Staatsspitze nachfolgender männlicher Nachwuchs – Friedrich Wilhelm IV. und Wilhelm I. – empfand ja ebenfalls tiefe Zuneigung zu seiner Mutter. Im Gegensatz zu Luise überlebte Elisabeth Charlotte jedoch ihren Ehemann. Ihre letzten Lebensjahre verbrachte sie meist in dem ihr als Witwensitz zugeteilten Crossen an der Oder. Dort verstarb sie zwei Jahrzehnte nach ihrem Ehemann, am 26. April 1660. Ihre sterblichen Überreste liegen in der Hohenzollerngruft des Berliner Doms.

Verwandte der Kurfürstin Elisabeth Charlotte



Friedrich V. war von 1610 bis 1623 Kurfürst von der Pfalz. 1619 nahm er die böhmische Königskrone an, konnte sich aber nur bis 1620 halten.

Friedrich Wilhelm III. stand von 1797 bis zu seinem Tode 1840 und damit auch während der Napoleonischen Kriege an der Spitze des Königreiches Preußen.

Luise Juliana von Oranien-Nassau floh 1638 mit der Familie ihres Schwiegersohns vor den Kriegswirren aus Berlin nach Königsberg, wo sie 1644 starb.

VON MARTIN STOLZENAU

Prinz Louis Ferdinand von Preußen zählt zu den bekanntesten und schillerndsten Persönlichkeiten der Hohenzollern. Der Neffe König Friedrichs des Großen ging einerseits in die Geschichtsschreibung als Kriegsheld und einflussreiches Mitglied der antinapoleonischen Kriegspartei am preußischen Hof ein sowie andererseits als trinkfester Frauenheld und Schuldenmacher. Um den sogenannten preußischen Apoll ranken sich deshalb zahlreiche Legenden mit etlichen folgenschweren Liebesaffären.

Doch sein heutiger Nachruhm gründet sich vor allem in seinen Leistungen als Pianist und Komponist. Mit seinem Klavierspiel und seinen Kompositionen beeindruckte er Musikgrößen wie Ludwig van Beethoven, Johann Ladislaus Dussek, Friedrich Heinrich Himmel oder Robert Schumann. Sie wurden schon zu seinen Lebzeiten in der „Allgemeinen Musikalischen Zeitung“ gewürdigt.

In der Blüte seiner Jahre fiel dieses musikalische Jahrhunderttalent aus dem Hause Preußen schon mit 33 Jahren in einem Vorgefecht der Doppelschlacht von Jena und Auerstedt. Das wurde als böses Omen für den gerade begonnenen Vierten Koalitionskrieg gewertet, und in der Tat führte dieser Preußen an den Rand des Abgrunds.

Musikgrößen waren beeindruckt

Vor zweieinhalb Jahrhunderten, am 18. November 1772, wurde der Preußenprinz auf Schloss Friedrichsfelde bei Berlin geboren. Er erhielt den Taufnamen Friedrich Ludwig Christian, bekannt wurde er aber unter dem Namen Louis Ferdinand. Als Eltern gelten der jüngste Bruder Friedrichs des Großen, Prinz August Ferdinand von Preußen, und dessen Gattin, Anna Elisabeth Luise geborene Prinzessin von Brandenburg-Schwedt. Einige Quellen von Zeitgenossen verweisen allerdings hinsichtlich der Vaterschaft auf den Grafen Friedrich Wilhelm Carl von Schmettau, der als Hofmeister der Mutter fungierte, und auf den Herzog Karl Wilhelm Ferdinand von Braunschweig-Wolfenbüttel, der außer als Militär auch als Frauenheld überliefert ist.

Louis Ferdinand erhielt eine standesgemäße Erziehung, wurde früh auf eine militärische Laufbahn orientiert und erwarb als junger Offizier im Ersten Koalitionskrieg mit seiner Tapferkeit ersten Lorbeer. Das trug ihm schon 1799 den Rang eines Generalleutnants ein. Doch dann war der „hochstrebende Geist“ im Garnisonsdienst von Magdeburg unterfordert. Er weilte oft in Berlin, trank regelmäßig schon am Morgen Champagner, war der Stargast in vielen Salons und hatte immer wieder neue Liebesaffären. Zwischendurch allerdings widmete sich der Prinz der Musik, zu der er mit seiner Begabung ein besonderes Verhältnis entwickelte.

Aus den Tagebuchaufzeichnungen seiner Schwester Luise ist ersichtlich, dass er wohl schon durch die Mitglieder der Hofkapelle des Vaters früh zur Musik kam und ersten Unterricht erhielt. Die nächsten Impulse bekam er am Hof der Prinzessin Anna Amalia von Preußen, seiner Tante, die vom Bachschüler Johann Philipp Kirnberger als Musikerin geprägt worden war, und am Hof seines Onkels Heinrich in Rheinsberg durch dessen Hofkapelle. Dazu kamen weiterführende autodidaktische Studien bis hin zu ersten eigenen Kompositionen. Während seiner militärischen Laufbahn vervollkommnete er sich eher sporadisch.

Als Beethoven 1796 bei einem Zusammentreffen in Berlin Louis Ferdinand für sein ungewöhnliches Klavierspiel lobte, kam das einem Ritterschlag gleich. Mit Folgen. Beethovens Kompositionen nahm er sich zum Vorbild.

Dazu kam ab 1800 Dussek, den er in Hamburg kennengelernt hatte. Der Musiker wurde in Magdeburg und Berlin sein Gesellschafter, Kompositionslehrer, Kam-



Prinz Louis Ferdinand von Preußen: Gemälde von Jean-Laurent Mosnier aus dem Jahre 1799

Foto: SPSG

PRINZ LOUIS FERDINAND VON PREUSSEN

Der vielseitige „preußische Apoll“

Der vor 250 Jahren geborene Hohenzoller war sowohl Beau, trinkfester Frauenheld, Schuldenmacher und Feldherr als auch Komponist und Pianist

Verwandte Prinz Louis Ferdinands



Königin Luise war durch die Ehe mit König Friedrich Wilhelm III. eine angeheiratete Nichte und eine Base zweiten Grades des Prinzen Louis Ferdinand.



Prinz August Ferdinand war 20 Jahre jünger als sein Bruder Friedrich der Große und 42 Jahre alt, als sein Sohn Louis Ferdinand zur Welt kam.



Prinzessin Anna Elisabeth Luise war eine Tochter von August Ferdinands Schwester Prinzessin Sophie Dorothea Marie und damit eine Nichte ihres Ehemannes.

mermusikpartner und Zechkumpan. Daran wurde eine Künstlerfreundschaft, die bald durch Friedrich Heinrich Himmel, den Berliner Hofkapellmeister, eine Ergänzung fand.

Früher Tod auf dem Schlachtfeld

Die drei Musikerfreunde waren in den Salons der berühmten Salonièren wie Rahel Levin, in denen sich die geistige, künstlerische und literarische Elite traf, gerngesehene Gäste und brillierten als Pianisten. Dort lernte Louis Ferdinand einige schöne und geistreiche Bürgerfrauen kennen,

die dann seine Geliebten wurden wie Pauline Wiesel. In dieser Umgebung vervollkommnete der Prinz auch seine musikalische Erziehung. Er übernahm Anregungen aus den Gesprächen in den Salons, las die Schriften der Frühromantiker und besuchte die Vorlesungen von August Wilhelm Schlegel. Robert Schumann hielt ihn deshalb für den „Romantiker der klassischen Periode“. Als der Prinz sich 1804 in einer diplomatischen Mission in Wien aufhielt, gab es eine weitere Begegnung mit Beethoven, der ihm dann sein 3. Klavierkonzert widmete.

Außenpolitisch gehörte Louis Ferdinand zur sogenannten Kriegspartei am preußischen Hof, die unter der Schirmherrschaft der Preußenkönigin Luise für einen Feldzug gegen Napoleon eintrat. Der König zauderte lange, gab schließlich nach, und so begann am 9. Oktober 1806 der Vierte Koalitionskrieg.

Der Prinz führte die preußische Vorhut bei Saalfeld, spielte in seinem Quartier auf der Rudolstädter Heidecksburg noch Kompositionen von Beethoven, wurde bereits am zweiten Kriegstag in einem Vorhutgefecht getötet. In der Fürstengruft der Saalfelder Johanniskirche wurde sein Leichnam beigesetzt. 1811 wurde der Sarg in den Berliner Dom überführt.

Künstlerfreund Dussek übernahm die Herausgabe der Kompositionen des mitten aus dem Leben gerissenen Preußenprinzen, komponierte ihm zu Ehren eine Elegie und setzte ihm solchermassen ein musikalisches Denkmal. Größen wie Johann Andreas Streicher, Carl Czerny oder Franz Liszt spielten die Klavierkompositionen des Louis Ferdinand. Theodor Fontane widmete dem „preußischen Apoll“ ein Gedicht. Nach einer längeren Phase des Vergessens initiierte Wilhelm II. 1910 eine Neuauflage der Werke des Prinzen. In Wöhlsdorf bei Saalfeld sowie zwischen Saalfeld und Rudolstadt erinnern inzwischen Denkmäler an Louis Ferdinand.

DAGMAR

Dänemarks Königstochter am Zarenhof

Die dänische Prinzessin Marie Sophie Frederikke Dagmar war das vierte Kind und die zweitälteste Tochter des späteren dänischen Königs Christian IX. und dessen aus Deutschland stammender Ehefrau Louise von Hessen. Sie kam am 26. November 1847 auf Schloss Amalienborg in Kopenhagen zur Welt.

Ihr Vater war der „Schwiegevater Europas“. Eine entsprechend gute Partie war Dagmar, die zudem als lebhaft, intelligent und süß beschrieben wird und in ihrer Kindheit eine moderne, aufgeklärte, geradezu bürgerliche Erziehung genossen hat.

Italiens König von 1878 bis 1900, Umberto I., machte ihr als Kronprinz einen Heiratsantrag. Sie fand ihn unattraktiv, und ihre Mutter bevorzugte eine Ehe mit einem Romanow. 1864 verlobte sie sich mit dem damaligen Zarewitsch Nikolaj. Wenige Monate nach dessen frühem, krankheitsbedingtem Tod im Jahre 1865 folgte eine Verlobung mit dessen nächstjüngeren Bruder und Nachfolger als Zarewitsch, Alexander. 1866 wurde in Sankt Petersburg geheiratet. Zwei Jahre später kam mit Nikolaus der erste Sohn zur Welt. Die Ehe soll glücklich, das Familienleben unprätentiös gewesen sein.

Von der Ermordung ihres Schwiegersvaters 1881 bis zum Tode ihres Ehemannes 1894 war Dagmar Russlands Landesmutter. Ihrer aus Deutschland stammenden Schwiegertochter und Nachfolgerin als Zarin, Alix von Hessen-Darmstadt, stand sie kritisch gegenüber. Obwohl selbst zu einem großen Teil deutscher Abstammung, lehnte die Dänenprinzessin Deutschland wegen der deutsch-dänischen Kriege und des Verlustes von Schleswig-Holstein ab. Ihre Deutschfeindlichkeit wurde nach dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges offenkundig. Ansonsten hielt sich Dagmar weitgehend von der Politik fern.

Bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges herrschten in den verbündeten Großmächten Russland und Großbritannien Cousins ersten Grades, denn Dagmars ältere Schwester Alexandra war die Mutter von George V., was auch die Ähnlichkeit mit Nikolaus II. erklärt. Der britische König verzichtete jedoch darauf, sich nach dem Ausbruch der



FOTO: WIKIMEDIA

Vor 175 Jahren geboren: Dagmar von Dänemark um 1885

Russischen Revolution für seinen russischen Vetter stark zu machen, denn er wusste, wie unbeliebt die russische Autokratie im liberalen England war.

Die beiden Schwestern hielten jedoch zusammen. Die britische Königinmutter sorgte dafür, dass ihre Schwester von der Krim aus mit einem britischen Kriegsschiff in Sicherheit gebracht wurde. Über England ging es in die Heimat nach Dänemark, wo Dagmar im Schloss Hvidøre bei Kopenhagen ihren langen Lebensabend verbrachte. Dort starb sie auch am 13. Oktober 1928. Manuel Ruoff

VON WOLFGANG KAUFMANN

Die Globalisierung, also die weltweite Verflechtung in allen nur denkbaren Bereichen spätestens seit Beginn der europäischen Expansion nach Amerika, Afrika, Asien und Australien, hat viele Schattenseiten. Hierzu gehört auch die Einschleppung von Neobiota, also Tieren und Pflanzen, welche es früher auf unserem Kontinent nicht gab.

Mittlerweile gehen Biologen von etwa 12.000 ursprünglich gebietsfremden Arten in Europa aus. Manche von denen erwiesen sich als durchaus nützlich wie die ursprünglich nur in Südamerika beheimatete Kartoffel. Andere hingegen breiteten sich unkontrolliert aus und sorgten für allerlei Ungemach. Diese invasiven Arten machen inzwischen etwa zehn bis 15 Prozent der Neobiota in der EU aus. Von denen wiederum stehen derzeit 88 auf einer Schwarzen Liste der Europäischen Kommission, weil sie als besonders schwere Bedrohung der hiesigen Ökosysteme beziehungsweise auch der Bevölkerung gelten. Deshalb dürfen sie weder eingeführt oder gehandelt, noch gehalten, gezüchtet oder freigelassen werden.

Die meisten der 88 für problematisch erklärten Arten – vom Nordamerikanischen Ochsenfrosch über den Waschbären und die Kettennatter bis hin zum Brasilianischen Tausendblatt und dem Riesenbärenklau – finden sich auch in Deutschland, wobei hierzulande insgesamt um die 3000 fremde Tier- und Pflanzenarten eingeschleppt wurden, von denen wiederum fast 1000 permanent und nicht nur sporadisch in der freien Natur zu finden sind.

Viele kommen als Blinde Passagiere

Verantwortlich für das Auftreten der Neobiota invasiver oder nichtinvasiver Art sind neben spontanen Wanderungsbewegungen vor allem menschliche Aktivitäten in den Bereichen Handel, Verkehr und Tourismus. Diese führen zur Überwindung natürlicher Ausbreitungsschranken und zur transkontinentalen Verteilung bestimmter Arten, wobei es sich um beabsichtigte oder unbeabsichtigte Effekte handeln kann. Manchmal werden Zierpflanzen und exotische Tiere ganz gezielt importiert und dann später ausgewildert. In anderen Fällen gelangen die Neobiota hingegen als Blinde Passagiere zu uns, so beispielsweise in Warenlieferungen, Touristengepäck oder dem Ballastwasser von Schiffen. Gleichzeitig gibt es eine hohe Dunkelziffer, weil viele Gruppen von Lebewesen überhaupt nicht erfasst beziehungsweise überwacht werden.

Hiervon dürfte auch die verdeckte biologische Kampfführung profitieren. Bereits im Zweiten Weltkrieg experimentierten einige Mächte mit Insekten, die gegnerische Ernten vernichten sollten – und es gibt Hinweise dafür, dass manche



Spulwürmer im Gepäck: Der Waschbär hat bereits große Teile Deutschlands erobert

Foto: imago/McPHOTO

ÖKOLOGIE

Tausende Invasoren lauern in Feld und Flur

Invasive Spezies: Gebietsfremde Tier- und Pflanzenarten können nützlich sein – Beispiel Kartoffel. Doch viele von ihnen bedrohen dagegen sowohl den Menschen als auch die Natur

Staaten heute mehr denn je bemüht sind, ihre wirtschaftlichen, politischen und militärischen Kontrahenten durch das Einschleusen von Neobiota zu schädigen.

Dabei ist die Gefährdung der Landwirtschaft nur eines von vielen Übeln. Invasive Arten können sich auch sonst als Schädlinge oder Parasiten erweisen und die vorhandenen Ökosysteme zu Lande oder zu Wasser derart grundlegend verändern, dass einheimische Arten keine Lebensgrundlage mehr finden. Oder die Alteingesessenen werden schlicht und einfach von den Neuankömmlingen aufgefressen, wie die Bachmuschel von der Bismartrate. Als problematisch gilt des Weiteren die Einkreuzung gebietsfremder Arten, weil sie den Genpool der standortreuen Lebewesen verändert. So droht die Weißkopfruderente nun zugunsten der zugewanderten Schwarzkopfruderente zu verschwinden.

Die größten Nachteile durch Neobiota hat wohl der Mensch. Neben der Nahrungsmittelproduktion auf den Feldern kann auch die Forst- und Fischwirtschaft leiden. Dazu kommen allerlei Schäden an der Infrastruktur. Invasive Pflanzenarten sorgen für höheren Aufwand bei der Instandhaltung von Straßen und Schienenwegen. Ein weiteres Ärgernis sind in Massen auftretende aquatische Spezies wie Quallen oder Muscheln, weil sie Rohrleitungen und Filter verstopfen. Besonders berüchtigt ist hier die Zebromuschel, die aus dem Schwarzen Meer stammt und sich besonders gern in den Einlässen der Kühlwasserkreisläufe von Kraftwerken ansiedelt.

345 Milliarden US-Dollar Schaden

Außerdem wäre da noch die gesundheitliche Gefährdung des Menschen, beispielsweise durch zusammen mit den Waschbären eingewanderte Spulwürmer oder den

Riesenbärenklau und das Beifußblättrige Traubenkraut aus dem Kaukasus beziehungsweise Nordamerika. Diese zwei invasiven Pflanzenarten lösen schmerzhafte Hautreizungen und Allergien aus. Noch gefährlicher sind freilich aus den Tropen kommende Stechmücken, die auch in der Bundesrepublik krankmachende oder gar tödliche Viren und Bakterien verbreiten können, darunter die Erreger des Gelbfiebers und der Tularämie.

Das Auftreten der Neobiota verursacht überdies enorme Kosten. Wie ein Forscherteam um Ross Cuthbert vom GEOMAR Helmholtz-Zentrum für Ozeanforschung in Kiel kürzlich errechnet hat, sorgten allein schon invasive aquatische Arten seit 1971 für globale Schäden in Höhe von mindestens 345 Milliarden US-Dollar, wobei hier nur tatsächlich gemeldete Zahlen aus den westlichen Industrieländern zugrunde gelegt wurden. Zudem

machen diese 345 Milliarden Dollar lediglich ein Zwanzigstel der erfassten finanziellen Belastungen infolge der Einschleppung terrestrischer Neobiota aus. Somit waren in den vergangenen 50 Jahren Gesamteinbußen in der Größenordnung von mindestens sieben Billionen Dollar zu verzeichnen. Auf Deutschland bezogen heißt dies: Da die Fläche unseres Landes 0,07 Prozent der Erdoberfläche ausmacht, dürfte die Einschleppung neuer beziehungsweise invasiver Arten zu einem Schaden von rund fünf Milliarden Dollar (nach derzeitigem Kurs auch fünf Milliarden Euro) oder mehr geführt haben.

Gleichzeitig gibt es Hinweise darauf, dass die Anzahl der Neobiota in den kommenden drei Jahrzehnten noch um mehr als ein Drittel zunehmen wird, woraus weitere gravierende finanzielle, aber auch ökologische und gesundheitliche Folgen resultieren.

TOURISMUS

Völlig überraschende Einblicke

Zwei Influencer bereisen Syrien – Und finden ein gänzlich anderes Land vor als erwartet

Syrien ist ein weitgehend zerstörtes Bürgerkriegsland, dessen Bewohner kaum eine andere Chance zum Überleben sehen, als in Europa – und hier vorzugsweise in der Bundesrepublik – Asyl zu suchen. Oder? Glaubt man dem deutschen Reise-Influencer Philipp Buehl lässt es sich in Syrien derzeit ganz prächtig Urlaub machen, denn er vermeldet via Instagram: „Ich empfehle jedem, Syrien zu besuchen.“

Und diese bemerkenswerte Aufforderung kommt auch nicht von ungefähr. Buehl weilte tatsächlich in der Arabischen Republik Syrien, wobei er sich in Begleitung seines Influencer-Kollegen Luca Pferdmeiges befand, der unbedingt

alle 195 von den UN anerkannten Staaten dieser Erde bereisen will und Syrien nun als sein persönliches „Country No. 111“ abhaken konnte. Erstaunlicherweise mussten die beiden dafür nicht einmal sonderlich viel Geld hinblättern.

Denn das Angebot des von dem portugiesischen Ehepaar Rita and João Leitão betriebenen Reiseunternehmens RJ Travel Agency lautete folgendermaßen: „Sieben Tage Gruppentour für 950 Euro von Beirut nach Syrien, inklusive Aleppo und Palmyra“, wobei es nur eine einzige Einschränkung gab, welche für die Influencer aber nicht galt: Journalisten müssen draußen bleiben!

Während der Reise durch Syrien präsentierten Buehl und Pferdmeiges dann – wie es sich für befähigte Vertreter ihrer Zunft gehört – zahlreiche Fotos in den sozialen Medien, welche einen nahezu normalen Urlaub zu dokumentieren schienen. Da gab es beispielsweise Schnappschüsse von allerlei exotischen Marktszenen und entspannten Moscheebesuchen sowie jede Menge Selfies mit fröhlichen Einheimischen.

Nur einmal lichtete Pferdmeiges in Aleppo einen riesigen Trümmerhaufen ab, was ihn aber nicht daran hinderte, zu schreiben, er fühle sich wie in einer „ganz normalen Stadt“. Ähnliches wussten frü-

her auch schon andere Kunden von RJ Travel zu berichten, wie deren Instagram-Dialoge vom Jahre 2021 zeigen: „Wie geht es Palmyra jetzt nach dem Krieg? In Palmyra steht praktisch alles. Nur drei Gebäude wurden zerstört.“

Es dürfte kaum verwundern, dass über die beiden Influencer nach deren Rückkehr ein veritabler Empörungsturm niederging. Wie könnten sie es wagen, offenen Werbung für das verbrecherische Assad-Regime zu machen und das fürchterliche Leid der syrischen Bevölkerung zu verharmlosen? Daraufhin antwortete Pferdmeiges mit einer mittlerweile selten gewordenen Standhaftigkeit: „Ich ...

stelle ..., wenn irgendwie möglich, die positiven Seiten eines Landes in den Vordergrund ... Die Kernbotschaft unserer Stories war nicht ‚Das Regime ist gut‘ – sondern, dass die lokale Bevölkerung unfassbar einladend und freundlich ist. Daran halte ich fest.“ Und Buehl fügte hinzu: „Seit vielen Jahren hört man über Syrien ausschließlich (negative) Nachrichten im Zusammenhang mit der aktuellen Krise ... Ich bin davon ausgegangen, dass Menschen aufgrund dieser Nachrichten vermuten, dass ganz Syrien bis heute ein Kriegsgebiet ist, in dem aktiv und auf offener Straße gekämpft wird.“ Dem sei aber keineswegs so. W.K.



OSTPREUSSISCHE LANDESVERTRETUNG

Jahrestagung in unruhigen Zeiten

Vor dem Hintergrund des Ukrainekrieges fiel die Bilanz des Nach-Corona-Neustarts der landsmannschaftlichen Arbeit gemischt aus

VON RENÉ NEHRING

Zum zweiten Mal in Folge tagte die Ostpreußische Landesvertretung (OLV) unter besonderen Umständen. Stand die letztjährige Sitzung des höchsten Beschlussorgans der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) noch ganz im Zeichen der Corona-Pandemie, so war die diesjährige Zusammenkunft am 5. und 6. November in Wuppertal vom Ukrainekrieg überschattet. Daran erinnerten sowohl der Sprecher der Landsmannschaft, Stephan Grigat, in seiner Begrüßung als auch Pfarrer in Ruhe Herbert Jaksteit in seinem Geistlichen Wort. Ein weiterer Umstand, der dieser Tagung ein besonderes Gewicht verlieh, war die anstehende Vorstandswahl.

Doch bevor es dazu kam, galt es, verdiente Ostpreußen mit dem Goldenen Ehrenzeichen der Landsmannschaft zu ehren. Die Auszeichnung ging an den stellvertretenden Sprecher der Kreisgemeinschaft Insterburg, Rainer Buslaps, und an den stellvertretenden LO-Sprecher Hans-Jörg Froese (siehe hierzu auch die Seite 15 der aktuellen PAZ).

Ein ereignisreiches Jahr

Nach der Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Wahl eines Wahlausschusses gab Sprecher Grigat seinen Rechenschaftsbericht. Dieser fiel ob des Krieges gemischt aus. So konnte die Landsmannschaft im südlichen Ostpreußen, im Memelland und in der Bundesrepublik wieder erfolgreich an die Vor-Corona-Zeit anknüpfen und



Beratung eines ereignisreichen Jahres: Blick in das Plenum der Ostpreußischen Landesvertretung

Foto: LO

zahlreiche Veranstaltungen durchführen. Im südlichen Ostpreußen waren es vor allem die Arbeitstagung für die ortsansässigen deutschen Vereine, die Sommerolympiade für ostpreußische Jugend und die Tagung für die mittlere Generation, in Memel das gemeinsam mit den Litauern gefeierte 770-jährige Stadtjubiläum.

Von den in der Bundesrepublik durchgeführten Veranstaltungen waren vor allem das Kulturhistorische Seminar „Ostpreußen. Land – Geschichte – Kultur“, das Jahrestreffen in Wolfsburg, das historische Seminar „Stationen der ostpreußischen Geschichte“ und die Werkwoche für textile Volkskunst aus Ostpreußen zu nennen.

Die Arbeit im Königsberger Gebiet jedoch, so Grigat, kam vor dem Hintergrund

des Ukrainekrieges weitgehend zum Erliegen. Der Sprecher bedauerte, dass im Zuge der Sanktionen zahlreiche Verbindungen zwischen den Gliederungen der Landsmannschaft und ihren russischen Partnern im nördlichen Ostpreußen abgerissen sind. Allerdings wies er auch darauf hin, dass Russland den Krieg begonnen hat, ohne von der Ukraine provoziert worden zu sein. Es fliegen, so Grigat, russische Bomben auf ukrainisches Gebiet, nicht umgekehrt; es stehen russische Soldaten in der Ukraine, nicht umgekehrt; und es sind ukrainische Menschen auf der Flucht, keine Russen.

Gemischt fiel auch der Bericht des Chefredakteurs der *Preußischen Allgemeinen Zeitung*, René Nehring, aus. Zwar sei

es in den vergangenen Jahren gelungen, der PAZ ein neues Aussehen zu geben sowie zahlreiche prominente Autoren und Interviewpartner zu gewinnen, doch sei es noch nicht gelungen, den Verlust der ostpreußischen Erlebnisgeneration durch den Zugewinn neuer Leser ausreichend zu kompensieren. Um auch im Zeitalter der Digitalisierung bestehen zu können, werde die PAZ im kommenden Jahr verstärkt in das Online-Angebot investieren, ohne freilich die bewährte Druckausgabe zu vernachlässigen.

Nach den auf die Berichte folgenden Aussprachen traten die Delegierten in die Wahl des neuen Vorstandes ein. Mit Stephan Grigat als Sprecher, Hans-Jörg Froese als Stellvertretendem Sprecher, Fried-

rich-Wilhelm Böld als Schatzmeister sowie Brigitte Stramm und Uwe Püstow als Beisitzer wurden fast alle Vorstandsmitglieder in ihren Ämtern bestätigt. Neu in das Gremium gewählt wurde lediglich Tobias Kollakowski als Vertreter der ostpreußischen Jugend, der auf den auscheidenden Tobias Link folgt.

Am Abend des ersten Sitzungstages setzten sich die Kreisvertreter der Heimatkreisgemeinschaften aus dem Königsberger Gebiet zusammen, um noch einmal ausführlich über ihre Erfahrungen mit den russischen Partnern in den vergangenen Monaten zu diskutieren. Dabei wurde in allen Wortmeldungen die Sorge deutlich, dass im Schatten des Krieges die Versöhnungsarbeit der letzten Jahrzehnte beschädigt werden könnte. Zugleich betonten aber auch alle Teilnehmer der Runde ihren Wunsch, es dazu nicht kommen zu lassen.

Am Sonntag wurden dann zunächst der Haushaltsplan der Landsmannschaft und der Wirtschaftsplan der PAZ beraten und verabschiedet. Im darauffolgenden Tagungsordnungspunkt „Verschiedenes“ gab der Direktor des Kulturzentrums Ostpreußen in Ellingen, Wolfgang Freyberg, einen umfangreichen Überblick über die Arbeit seines Hauses in den vergangenen Jahren sowie einen Ausblick auf demnächst anstehende Projekte.

● **Ein Interview** des Sprechers zu den polnischen Reparationsforderungen finden Sie unter: <https://www.youtube.com/watch?v=CcX-dCoTBto>

TREUESPENDE FÜR OSTPREUSSEN

Wir geben Ostpreußen Zukunft



Liebe ostpreußische Landsleute, verehrte Leser der *Preußischen Allgemeinen* und des *Ostpreußenblattes*,

was wir für unsere dreigeteilte Heimat Ostpreußen tun können, verwirklichen wir überwiegend mit Hilfe Ihrer Spenden. Wie in den Jahren zuvor folgten Sie im vergangenen Jahr zahlreich dem Treuespendeauftrag und ermöglichten uns damit die Fortsetzung unserer vielschichtigen Arbeit zum Besten Ostpreußens und seiner Menschen. Es sind die vielen kleinen Zuwendungen, die entscheidend zum Gesamtaufkommen beitragen, einige unserer Weggefährten konnten sogar namhafte Beträge erübrigen.

Bitte unterstützen Sie auch 2022 mit einer Spende die Fortsetzung unseres Engagements für Ostpreußen.

Allen Spendern sage ich ein herzliches Dankeschön!

Der satzungsgemäße Auftrag zur Förderung der Völkerverständigung, der Heimatpflege und Kultur, der Wissenschaft und Forschung wird durch eine Vielzahl von Projekten, welche die Landsmannschaft Ostpreußen mit Hilfe der Treuespende durchgeführt hat, mit Leben erfüllt.

Die Zeit der Corona-bedingten Einschränkungen liegt zum Glück hinter uns. Dies belegt die lange Liste der Veranstaltungen in der Bundesrepublik Deutschland und in Ostpreußen. Beispielhaft seien das Seminar „Ostpreußen – Land – Geschichte – Kultur“ (22. bis 24. April), das Seminar „Stationen der ostpreußischen Geschichte“ (23. bis 25. September), das Seminar „Textile Volkskunst in Ostpreußen“ (7. bis 13. Oktober) oder das Kulturhistorische Seminar „Zur Geschichte Ost- und Westpreußens“ (5. bis 8. November) genannt. Diese thematisch unterschiedlich ausgerichteten Veranstaltungen haben eines gemeinsam: Sie tragen dazu bei, das Wissen um Ostpreußen auch nachwachsenden Generationen näher zu bringen. Nur so können wir verhindern, dass Ostpreußen eines Tages zu einem weißen Fleck auf der Landkarte wird.

Am 11. Juni fand das Ostpreußentreffen der Landsmannschaft in Wolfsburg statt. Die Veranstaltung war ein voller Erfolg. Trotz der Unterbrechung im Veranstaltungsrhythmus aufgrund der Corona-Pandemie erlebten rund 1000 Besucher den Fahneinmarsch der ostpreußischen Kreise und genossen die Darbietungen der ostpreußischen Kulturgruppen, darunter der Jugendvolkstanzgrup-

pe „Saga“ aus Bartenstein, des Chors „Heide“ aus Heydekrug und des Chors des Hermann-Sudermann-Gymnasiums aus Memel. Als Vertreter der gastgebenden Stadt Wolfsburg begrüßte der Oberbürgermeister Dennis Weilmann die anwesenden Ostpreußen. Der litauische Botschafter Ramunas Misiulis sprach ein Grußwort und war während der gesamten Veranstaltung zugegen. Das Wolfsburger Treffen ist ein Beleg, dass die Landsmannschaft Ostpreußen entgegen aller Unkenrufe ein Dreivierteljahrhundert nach ihrer Gründung eine lebendige Gemeinschaft mit vitalen Mitgliedern ist.

Auch in den ostpreußischen Heimatgebieten ist die Landsmannschaft mit Hilfe der Treuespende aktiv. Das Verbindungsbüro der Landsmannschaft Ostpreußen in Allenstein konnte wieder zahlreiche Veranstaltungen für die Angehörigen der deutschen Volksgruppe im südlichen Ostpreußen anbieten. Hierzu zählen die Arbeitstagung der Deutschen Vereine in Sensburg (23. bis 24. April), das Frühlingsseminar für die mittlere Generation der deutschen Vereine (21. bis 22. Mai), die Sommerolympiade der ostpreußischen Jugend in Osterode (1. bis 3. Juli) sowie das Jugendtanzseminar in Heilsberg (4. bis 6. November).

Das von der Landsmannschaft Ostpreußen betriebene Bildarchiv hat in den letzten 12 Monaten an Umfang und Qualität zugenommen. Aktuell stehen 134.859 Bilder, 6243 Kartenwerke und 4115 Ausschnittpläne zur Verfügung. Damit handelt es sich um das weltweit größte frei zugängliche Bildarchiv für Ostpreußen. Die Besucherzahlen bewegen sich mit 660.000 Zugriffen leicht über dem Niveau des Vorjahres (640.000 Zugriffe). Das EDV-System wird permanent weiterentwickelt und an neue Technologien angepasst. Private Interessenten und Institutionen, darunter auch polnische, russische und litauische Einrichtungen, suchen den Kontakt zum Bildarchiv, um Fragen zum Thema Ostpreußen zu klären. Das hat seinen Grund u.a. in dem umfangreichen Hintergrundmaterial, das zu einzelnen Bildern hinterlegt ist. Neue Bilder erhält das Archiv vor allem aus privaten Nachlässen.

Zentrale Veranstaltungen im Jahr 2023 sind das Ostpreußische Sommerfest in Wuttrienen bei Allenstein (24. Juni) und der 14. Deutsch-Polnische Kommunalpolitische Kongress in Allenstein (7. bis 8. Oktober). Angesichts wachsender politischer Spannungen zwischen Deutschland und Polen ist es umso wichtiger, auf kommunaler Ebene einmal

geknüpfte Kontakte zu pflegen und weiterzuentwickeln. Hierzu trägt die Landsmannschaft Ostpreußen mit Hilfe der Treuespende aktiv bei.

Um dies alles fortführen zu können, benötigen wir Ihre Hilfe und Ihre Spende – aus Treue zu Ostpreußen!

Wir geben Ostpreußen Zukunft.

Stephan Grigat
Rechtsanwalt und Notar
Sprecher der
Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Bitte benutzen Sie für die Überweisung Ihrer Spende den beiliegenden Zahlungsvordruck oder geben Sie ihn an Freunde und Bekannte weiter.
Das Spendenkonto bei der Commerzbank AG lautet:
Landsmannschaft Ostpreußen e.V.
IBAN: DE10 2004 0000 0634 2307 03
BIC: COBADEFFXXX

Wir gratulieren...



ZUM 103. GEBURTSTAG

Katzenski, Erna, geb. **Labusch**, aus Freudengrund, Kreis Ortelsburg, am 20. November

ZUM 101. GEBURTSTAG

Schmitt, Karl, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 20. November

ZUM 100. GEBURTSTAG

Ehmke, Erna, aus Ehrenwalde, Kreis Lyck, am 20. November
Krüger, Gertrud, geb. **Szech**, aus Milussen, Kreis Lyck, am 22. November

ZUM 99. GEBURTSTAG

Feige, Margarete, geb. **Groß**, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 23. November
Roggon, Robert, aus Treuburg, am 21. November
Weckwerth, Eva-Maria, aus Walden, Kreis Lyck, am 24. November

ZUM 98. GEBURTSTAG

Bonkowski, Sibilla, geb. **Maier**, aus Groß Arnsdorf, Kreis Mohrungen, am 19. November
Brenz, Liesbeth, geb. **Votel**, aus Hohenwalde, Kreis Heiligenbeil, am 22. November

Eichel, Elfriede, aus Lyck, am 18. November
Galpin, Edith, geb. **Gurklies**, aus Grünhausen, Kreis Elchniederung, am 23. November

Rogowski, Ernst, aus Groß Jeruten, Kreis Ortelsburg, am 24. November

Roos, Elisabeth, geb. **Jäger**, aus Medenau, Kreis Fischhausen, am 23. November

Sokolowski, Edith, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 20. November

ZUM 97. GEBURTSTAG

Jedamski, Walter, aus Mohrungen, am 21. November

ZUM 96. GEBURTSTAG

Begett, Alfred, aus Kirpehnen, Kreis Fischhausen, am 21. November

Schmidt, Dr. Peter, aus Ortelsburg, am 23. November

ZUM 95. GEBURTSTAG

Becker, Herbert, aus Wilhelmsbruch, Kreis Elchniederung, am 23. November

Holst, Eva-Maria, geb. **Schröter**, aus Liebstadt, Kreis Mohrungen, am 18. November

Letkow, Siegfried, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 134, am 19. November

Sperzel, Waltraut, geb. **Erzberger**, aus Lindental, Kreis Elchniederung, am 21. November

ZUM 94. GEBURTSTAG

Dose, Elisabeth, geb. **Buyny**, aus Königsruh, Kreis Treuburg, am 23. November

Fromm, Helmut, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 18. November

Groß, Ursula, geb. **Schwarck**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 20. November

Komoss, Erich, aus Liebstadt, Kreis Mohrungen, am 20. November

Krähmer, Christel, geb. **Tauras**, aus Lerchenborn, Kreis Ebenrode, am 23. November

Langner, Erika, geb. **Kaehler**, aus Roddau Perkuiken, Kreis Wehlau, am 24. November

Simeth, Traute, geb. **Schulz**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 23. November

Symanzik, Horst, aus Maschen, Kreis Lyck, am 19. November
Wisbar, Werner, aus Hochdünen, Kreis Elchniederung, am 22. November

ZUM 93. GEBURTSTAG

Hackbarth, Waltraut, geb. **Weihrauch**, aus Groß Arnsdorf, Kreis Mohrungen, am 20. November

Köhler, Gertrud, geb. **Kühn**, aus Schloßbach, Kreis Ebenrode, am 20. November

Kropmeier, Helen, geb. **Loch**, aus Malshöfen, Kreis Neidenburg, am 24. November

Otto, Gertrud, aus Hagenau, Kreis Mohrungen, am 21. November

Pick, Ruth, geb. **Czypull**, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 20. November

Sbresny, Georg, aus Deutscheck, Kreis Treuburg, am 22. November

ZUM 92. GEBURTSTAG

Arendt, Willi, aus Pobethen, Kreis Fischhausen, am 23. November

Gehrmann, Eduard, aus Boyden, Kreis Mohrungen, am 21. November

Gieseler, Hildegard, geb. **Hinz**, aus Waltershausen, Kreis Neidenburg, am 23. November

Janz, Manfred, aus Tranatenberg, Kreis Elchniederung, am 23. November

Kowalzik, Fritz, aus Wacholde-
 rau, Kreis Ortelsburg, am 20. November

Schulz, Hildegard, geb. **Reichert**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 83, am 19. November

Siegmund, Gertrud, geb. **Kretschmann**, aus Karwenz, Kreis Sensburg, am 19. November

Volkman, Ella, geb. **Rattay**, aus Lengau, Kreis Treuburg, am 20. November

Wettstein, Christel, geb. **Brandt**, aus Mohrungen, am 21. November

ZUM 91. GEBURTSTAG

Bachmann, Gerda, geb. **Hoffmann**, aus Strehlau, Kreis Ebenrode, am 15. November

Fehlau, Heinz, aus Strobjehnen, Kreis Fischhausen, am 20. November

Fritzsche, Gertrud, geb. **Luft**, aus Birkenmühle, Kreis Ebenrode, am 21. November

Hantel, Gerd, aus Glandau, Kreis Preußisch Eylau, am 24. November
Hoffmann, Charlotte, aus **Kuppen**, Kreis Mohrungen, am 23. November

Kaul, Ruth, geb. **Marzinowski**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 23. November

Krupke, Bernhard, aus Roddau Perkuiken, Kreis Wehlau, am 18. November

Notter, Lucia Ursula, aus Rosenheide, Kreis Lyck, am 19. November

Rilke, Gertrud, geb. **Brosowski**, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 19. November

ZUM 90. GEBURTSTAG

Daniel, Reinhold, aus Frischenau, Kreis Wehlau, am 24. November

Dankel, Gertrud, geb. **Steinert**, aus Treuburg, am 22. November

Ebeling, Edith, geb. **Pehl**, aus Gedwangen, Kreis Neidenburg, am 19. November

Fuchs, Edith, geb. **Nitschkowski**, aus Herzogskirchen, Kreis Treuburg, am 24. November

Godzieba, Hans-Helmut, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 23. November

Keimel, Bruno, aus Groß Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 20. November

Klos, Irmgard, geb. **Schönfeld**, aus Gusken, Kreis Lyck, am 24. November

Paul, Ingeborg, geb. **Hirschfeld**, aus Seehausen, Kreis Ebenrode, am 20. November

Preuss, Wanda Hildegard, geb. **Böhnke**, aus Birkenheim, Kreis Elchniederung, am 24. November

Roehr, Helmut, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 23. November

Rose, Ingeborg, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 20. November

Runde, Klaus, aus Kornau, Kreis Ortelsburg, am 23. November
Sarzio, Hildegard, geb. **Lasl**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 20. November

Schlaf, Adolf, aus Steinhalde, Kreis Ebenrode, am 23. November

Schlüter, Gerhard, aus Groß Alendorf, Kreis Wehlau, am 18. November

Wissuwa, Irmgard, aus Birkenwalde, Kreis Lyck, am 20. November

ZUM 85. GEBURTSTAG

Ademeit, Ruth, geb. **Warich**, aus Lilienfelde, Kreis Ortelsburg, am 21. November

Dube, Karl-Heinz, aus Wehlau, am 21. November

Hanke, Erika, geb. **Jurkschat**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 18. November

Jablonski, Ilse, geb. **Podchull**, aus Rogallen, Kreis Lyck, am 22. November

Lüdecke, Torsten, aus Satticken, Kreis Treuburg, am 18. November

Marx, Margarete, geb. **Kaiser**, aus Balten, Kreis Elchniederung, am 18. November

Otte, Gertrud, geb. **Gollub**, aus Lyck, am 18. November

Rackwitz, Ursula, geb. **Schinkoreit**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 20. November

Rausch, Manfred, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 18. November

Rostek, Friedrich, aus Kreuzfeld, Kreis Lyck, am 23. November

Schlender, Marianne, geb. **Klein**, aus Stobingen, Kreis Wehlau, am 22. November

Upadek, Helga, geb. **Bahl**, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, am 19. November

Walter, Renate, geb. **Lück**, aus Schiemanen, Kreis Neidenburg, am 23. November

Zimmermann, Elisabeth, geb. **Höchst**, aus Birkenmühle, Kreis Ebenrode, am 18. November

ZUM 80. GEBURTSTAG

Andreas, Gerhard, aus Moschnen, Kreis Treuburg, am 19. November

Borkowski, Helmut, aus Herren-
 dorf, Kreis Treuburg, am 18. November

Cours, Edeltraud, geb. **Fabeck**, aus Allenstein, am 23. November

Dopatka, Traute, geb. **Trzeciak**, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 18. November

Falkenstein, Sieglinde, geb. **Brodde**, aus Wokellen, Kreis Preußisch Eylau und Johannsburg, am 22. November

Gresch, Traude, geb. **Manuszik**, aus Lyck, am 18. November

Gröning, Jörg, aus Hügelwalde, Kreis Ortelsburg, am 24. November

Gutzeit, Bernd, aus Klein Engellau, Kreis Wehlau, am 19. November

Hamann, Waltraud, geb. **Stölzel**, aus Wehlau, am 20. November

Müller, Ernst, aus Heinrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 18. November

Mundt, Karl-Heinz, Kreisgemeinschaft Wehlau, am 18. November

Schlisio, Sigrid, geb. **Pachale**, aus Klein Engellau, Kreis Wehlau, am 18. November

Schwenk, Marianne, geb. **Schaschke**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 21. November

Steller, Ute, geb. **Blank**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 18. November

Tomczik, Lothar, aus Heldenfelde, Kreis Lyck, am 18. November

ZUM 75. GEBURTSTAG

Babel, Ulrich, aus Lötzen, am 18. November

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen. Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: info@ostpreussen.de

Zusendungen für die Ausgabe 48/2022

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 48/2022 (Erstverkaufstag 2. Dezember) bis spätestens **Dienstag, den 22. November**, an die Redaktion der PAZ: E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

Glückwünsche an:

Angela Selke
 Telefon (040) 4140080
 E-Mail: selke@paz.de

Kulturzentrum Ostpreußen

Bunter Herbstmarkt im Schloss Ellingen

Lassen Sie sich auf einem Rundgang durch alle drei Etagen im Wesffügel des Ellinger Schlosses inspirieren und verzaubern!

Zahlreiche Kunsthandwerker und Hobbykünstler von nah und fern präsentieren ihre hochwertigen und dekorativen Arbeiten aus Holz, Keramik, Steinmetz, Stoff, Leder, Filz, Papier und Naturmaterial. An vielen Stellen können die praktische Vorführungen erleben.

Mit Kinderprogramm

Samstag, 19. November, 13–17 h
 und Sonntag, 20. November, 10–17 h

Weniger: Kulturzentrum Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg / Fax: Tel.: (040) 414 08 50

LO-Mitglied werden

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Landsmannschaft Ostpreußen, Herrn Bundesgeschäftsführer Dr. Sebastian Husen, Buchtstraße 4 22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Ostpreußisches Landesmuseum

Bis zum 31. März gelten verkürzte Öffnungszeiten: täglich außer Montag 10 bis 17 Uhr, das Brauereimuseum Lüneburg ist vom 1. Dezember bis 28. Februar 2023 geschlossen.

Ausstellungen

19. November bis 19. März 2023, Eröffnung: Fr., 18. November, 18.30 Uhr, Eintritt frei: **Ver-schwunden – Orte, die es nicht mehr gibt.** Eine Ausstellung des Bundes der Vertriebenen (BdV) und des Zentrums gegen Vertreibungen (ZgV).

In den Gebieten, die bis zur Flucht und Vertreibung am Ende des Zweiten Weltkrieges von Deutschen besiedelt waren, befinden sich zahlreiche Orte, in denen heute keine Menschen mehr leben. Sie liegen vor allem im heutigen Polen, Russland und Tschechien.

Neben völlig verschwundenen Ortschaften sind aber auch zahlreiche Kulturzeugnisse untergegangen oder bewusst zerstört worden. Der Untergang dieser Orte und Kulturstätten hatte vor allem demografische, aber auch ideologische, ökonomische oder soziale Gründe. Es ist das Anliegen dieser Ausstellung, in einer

„historischen Spurensuche“ ihrem Schicksal exemplarisch nachzuspüren.

Noch bis 29. Januar 2023: **Romantische Augen-Blicke.** Gemälde und Zeichnungen deutschbaltischer Kunst des 19. Jahrhunderts aus einer Privatsammlung In der Kabinettausstellung werden erstmals 40 Gemälde und Zeichnungen deutschbaltischer Provenienz aus der Ostdeutschen Studiensammlung des Sammlers Helmut Scheunchen präsentiert. Gezeigt wird eine Auswahl von Zeichnungen, Aquarellen, Druckgrafiken und Gemälden deutschbaltischer Künstlerinnen und Künstler oder solchen, die in den Ostseeprovinzen des russischen Reiches im 19. Jahrhundert gearbeitet haben. Diese ermöglicht einen aufschlussreichen Einblick in die kunstgeschichtliche Situation dieser Region und die damalige künstlerische Erlebniswelt.

Es sind alle bedeutenden Bildgattungen in dieser Präsentation vertreten: das Porträt, die Landschaft, das Genrebild, das Historienbild oder auch das mythologische Bild, darunter für das Baltikum so bedeutende Künstler wie Carl Gotthard Graf (1767-1814), Woldemar Hau (1816-

1895), Otto Friedrich Ignatius (1794-1824) oder Gerhard von Kügelgen (1772-1820).

Veranstaltungen

Dienstag, 22. November, 19.30 Uhr, Programmkinos Scala, Apothekenstraße 17, 21335 Lüneburg, Eintritt: 9,- Euro: Im Rahmen der Filmreihe „Nordöstliche Spuren im Kino“, **Seestück**, Film und Einführung von Volker Koepp.

Donnerstag, 24. November, 15 bis 17 Uhr: Geschichten von Bier, Tee und Saft, **Kinderclub** mit Erik Neubert.

Sonnabend, 26. November, 19.30 Uhr, Foyer. Eintritt: 8,- Euro: Einblicke in drei Jahrhunderte deutschbaltischer Musikgeschichte. **Kammerkonzert des Malinconia-Ensembles Stuttgart**, moderiert von Helmut Scheunchen – selbst Mitglied des Ensembles. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de ist erforderlich.

Ostpreußisches Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg



Aus der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Würdigung zweier verdienter Amtsträger

Während der Ostpreußischen Landesvertretung in Wuppertal erhielten Hans-Jörg Froese und Reiner Buslaps das Goldene Ehrenzeichen der Landsmannschaft. Nachfolgend die Laudationes auf die Preisträger

Hans-Jörg Froese wurde am 15. Februar 1957 in Fleestedt im Landkreis Harburg geboren. Seine Familie stammt aus dem Künstlerort Nidden auf der Kurischen Nehrung, Landkreis Memel.

Der ostpreußischen Heimat seiner Vorfahren fühlte sich Froese schon früh verbunden. Von 2006 bis 2012 Kreisvertreter der Kreisgemeinschaft Memel-Stadt, wurde er im November 2010 in den Bundesvorstand der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) gewählt, dem er seitdem ohne Unterbrechungen angehört. In dieser Funktion ist Froese heute für die Deutschen Vereine und die Deutsche Volksgruppe im Memelland sowie für die Wolfskinder zuständig. Zudem pflegt Froese für die LO Kontakte mit der litauischen Verwaltung sowie der Botschaft in Berlin. In seinen Arbeitsbereich fallen auch das Bildarchiv Ostpreußen und die Bruderhilfe, das humanitäre Hilfswerk der LO. Die 2015 unter der Federführung von Froese neu gegründete LO-Landesgruppe Brandenburg leitet er als Vorsitzender bis zum heutigen Tage.

Im November 2016 wurde Froese von der Ostpreußischen Landesvertretung zum Stellvertretenden Sprecher gewählt. Er vertritt die LO im Kuratorium der Stiftung Ostpreußen und im Vorstand des Trägervereins Ostpreußisches Jagd- und Landesmuseum e.V.

Als Präsident der traditionsreichen Altertumsgesellschaft Prussia setzt sich Froese seit vielen Jahren für die Erhaltung und Pflege der Kultur des Preußenlandes im In- und Ausland, auch mit der Herausgabe einer mannigfaltigen Schriftenreihe ein. 2019 konnte unter seiner Leitung das 175-jährige



Geehrt: Hans-Jörg Froese (rechts) nimmt die Glückwünsche und Urkunde von LO-Sprecher Stephan Grigat entgegen Foto: LO

Jubiläum der Gesellschaft begangen werden. Aufgrund seiner Initiative fungiert die Prussia-Gesellschaft für das Berliner Museum für Vor- und Frühgeschichte als Förderverein in Bezug auf dessen ostpreußischen Funde und die Archäologie im heute staatlich dreigeteilten Ostpreußen. Aktuell läuft ein von ihm initiiertes und vom BKM finanziertes wissenschaftliches Projekt der Prussia über drei Jahre.

Um die vielfältigen Aktivitäten für die ostpreußische Heimat Froeses abzurunden sei sein Engagement als Vorsitzender der Pru-

ßen Stiftung Tolkemita zu nennen. Zweck der Stiftung ist, die Erforschung, Dokumentation und Pflege des preußischen Kulturerbes und die Erinnerung an dieses Volk zu pflegen.

Bereits im Jahre 2016 ist Hans-Jörg Froese mit dem Silbernen Ehrenzeichen der LO ausgezeichnet worden.

In Würdigung seiner außergewöhnlichen Leistungen und seines vielfältigen Einsatzes für Ostpreußen und seine Menschen verleiht die Landsmannschaft Ostpreußen Herrn Hans-Jörg Froese das Goldene Ehrenzeichen. LO

Reiner Buslaps wurde am 10. August 1940 in der ostpreußischen Kreisstadt Insterburg geboren. Sein Vater war technischer Reichsbahninspektor bei der Reichsbahndirektion Königsberg. Ende 1944 floh Reiner Buslaps zusammen mit seiner Mutter nach Berlin und dann über mehrere Zwischenstationen weiter nach Hessen. Nach der Schulausbildung erlernte er von 1955–1958 bei der Deutschen Bundesbahn den Beruf des Schlossers. Im Anschluss daran arbeitete Buslaps ab 1958 als Technischer Zeichner bei der Klimatechnischen Gesellschaft in Frankfurt am Main. Von 1959 bis 1972 war er zunächst als Technischer Zeichner, später als Konstrukteur und kaufmännisch-technischer Sachbearbeiter bei der Adolf Messer GmbH in Frankfurt am Main tätig und von 1972 bis 1995 als kaufmännisch-technischer Sachbearbeiter bei der Kraftwerk Union in Frankfurt/Main. Reiner Buslaps ist seit 1966 verheiratet und lebt in Butzbach.

Nach seinem Eintritt in den Ruhestand reiste Reiner Buslaps 2001 zum ersten Mal in den Heimatkreis und arbeitete im Anschluss daran intensiv in der Heimatgruppe der Insterburger in Darmstadt mit. 2005 wurde er in den Rat der Kreisgemeinschaften Insterburg Stadt u. Land e.V. und 2007 für ein Jahr zum Vorsitzenden der Kreisgemeinschaft Insterburg-Stadt gewählt. Drei Jahre nach seiner Wahl zum Kreisvertreter der Kreisgemeinschaft Insterburg-Stadt im Jahre 2008 folgte der Zusammenschluss mit der Kreisgemeinschaft Insterburg-Land. Reiner Buslaps führte die fusionierte Kreisgemeinschaft von 2011–2019 und ist seitdem ihr stellvertretender Vorsitzender. In sei-



Geehrt: Reiner Buslaps (rechts) wird die Nadel des Goldenen Ehrenzeichens von LO-Sprecher Stephan Grigat angesteckt Foto: LO

ner Amtszeit als Kreisvertreter hat die Stiftung Insterburg 2013 das Alte Rathaus Uerdingen gekauft und 2014/2015 komplett renoviert. Die Neugestaltung des Heimatmuseums im Alten Rathaus Uerdingen schloss sich im Jahre 2015 an. Von 2005–2015 organisierte Buslaps jährliche Reisen nach Insterburg und transportierte hierbei auch zahlreiche humanitäre Hilfsgüter. Dazu treten eine Reihe von Projekten im Heimatkreis, wie zum Beispiel die Initiative zur Restaurierung des Stadtwappens am Wasserturm in der Below-Kasernestraße, Aktivitäten im Lehrerkollegium, die feierliche Enthüllung der Gedenktafel für Frieda Jung an ihrem ehemaligen Wohnhaus in der Friedrichstraße und freundschaftliche Beziehungen

zum Chor Harmonia mit Auftritten in Deutschland und Insterburg. Reiner Buslaps pflegt zudem eine enge kulturhistorische Zusammenarbeit mit der Bibliothek und dem Museum für historisch-heimatkundliche Informationen der Stadt Insterburg. Zudem war er an der Vorbereitung und Durchführung des 9. Deutsch-Russischen Forums „Zukunft braucht Vergangenheit“ der Landsmannschaft Ostpreußen, das 2018 in Insterburg stattfand, maßgeblich beteiligt.

In Würdigung seiner außergewöhnlichen Leistungen und seines vielfältigen Einsatzes für Ostpreußen verleiht die Landsmannschaft Ostpreußen Herrn Reiner Buslaps das Goldene Ehrenzeichen. LO

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

- Ja, ich abonniere** mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 168 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte die
- Prämie Nr. 1 (Leuchtglobus) oder
 - Prämie Nr. 2 (Renaissanceglobus).

Name: _____

Vorname: _____

Straße/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____

Bank: _____

Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 - 22087 Hamburg

AZ-04-C



Abonnieren Sie die PAZ

und sichern Sie sich Ihre Prämie

Prämie 1: Leuchtglobus



Prämie 1: Leuchtglobus

Das physische Kartenbild zeigt detailliert die Landschaftsformen sowie die Gebirgszüge und Gebirgsregionen, die Tiefebenen, das Hochland, die Wüsten und in einer plastischen Deutlichkeit durch Farbabstufungen die Meerestiefen. Das politische Kartenbild dokumentiert alle Staaten und die verwalteten Gebiete unseres Planeten. Sichtbar sind Flug-, Schiffs- und Eisenbahnlinien.

Prämie 2: Renaissanceglobus



Prämie 2: Renaissanceglobus

Pergamentfarbene Ozeane, Länder mit typischem Randkolorit auf Pergamentfond, Darstellungen von Fregatten, Seeschlangen und einer Windrose zeichnen diesen Globus aus. Beleuchtet sind die Entdeckungsrouten von Christoph Kolumbus bis Magellan zu sehen. Das Kartenbild wurde nach Originalkarten aus dem 16. Jahrhundert gestaltet.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Aus den Landesgruppen und Heimatkreisen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

ANZEIGE

Sie blieb ihrer Heimat stets innig verbunden.

Nach kurzer, schwerer Krankheit ist meine geliebte Mutter, unsere Großmutter

Renate Boehm

* 18. 6. 1932 in Heilsberg/Ostpreußen † 5. 11. 2022 in Saarbrücken

von uns gegangen.

In stillem Gedenken - Im Namen aller Angehörigen Dr. Robert Boehm mit Familie

Keplerstraße 10, 71364 Winnenden

Die Trauerfeier mit Urnenbeisetzung findet am Montag, dem 28. November 2022 um 13:30 Uhr in der Kapelle des Friedhofes Saarbrücken-St. Annual statt.

Bayern

Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089)23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Hamburg

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Mobiltelefon (0178) 3272152

Advent

Nürnberg - Sonntag, 4. Dezember, 15 Uhr, Haus der Heimat, Langwasser, Imbuschstraße 1, Endstation der U1 gegenüber: Die Gruppe der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen sowie Pommern feiert den Advent.

Elchniederung - Advent

Hamburg - Dienstag, 29. November, 14 Uhr, Einlass ab 13 Uhr, Bürgerhaus Niendorf (Berenberg-Gossler-Haus), Niendorfer Kirchenweg 17:

Adventsnachmittag der Heimatkreisgruppe Elchniederung mit Kaffee und Kuchen, gemeinsamem Singen und Gesprächen über die Heimat. Gäste sind herzlich willkommen. Hartmut Klingbeutel, Telefon (0178) 3272152.



Königsberg - Donnesrtag, 8. Dezember, 13 bis 17 Uhr, Bürgerhaus Niendorf, Niendorfer Kirchenweg 17, 22459 Hamburg: besinnliche Adventsstunde. Anmeldungen bei Gabriele Schwarze unter Telefon (0170) 9666666.



Niedersachsen Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131)42684, Schriftführer und Schatzmeister: Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131)7684391. Bezirksgruppe Lüneburg: Heinz Kutzinski, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebsdorf, Tel.: (05822)5465. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Tel.: (0531) 2509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Tel.: (05901) 2968

Monatstreffen

Braunschweig - Mittwoch, 23. November, 14 Uhr, Gaststätte „Mahlzeit“, Kälberwiese 13 a: Monatsversammlung mit einem Bericht über die Ostpreußische Landesvertretung (OLV) in Wuppertal und Besprechung der Adventsfeier am 7. Dezember, 14 Uhr.

Nordrhein-Westfalen

Erster Vorsitzender: Klaus-Arno Lemke, Stellv. Vorsitzende: Dr. Bärbel Beutner, Arnold Schumacher Schriftführerin: Elke Ruhnke, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Telefon (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaef@Ostpreussen-NRW.de, Internet: Ostpreussen-NRW.de

Weihnachtsfeier

Düsseldorf - Sonnabend, 3. Dezember, 14 Uhr Einlass, 15 Uhr Beginn, Eichendorff-Saal, I. Etage Gerhart-Hauptmann-Haus, Bismarckstraße 90: Weihnachtsfeier gemeinsam mit unseren Memelländern. Sie dürfen sich auf ein schönes, vorweihnachtliches Programm freuen bei Kaffee und Kuchen sowie auf ein gemeinsames Singen mit Klavierbegleitung. Über Ihre Teilnahme freuen wir uns und bitten um rechtzeitige Anmeldung unter Telefon (0211) 682318. Gäste sind uns stets willkommen. Eintritt: 10,- Euro, Konto-Nr.: IBAN DE90 3005 0110 0010 1142 39, BIC: DUSSEDE3333 Edith Kroitka

Versammlung

Essen - Freitag, 18. November, 15 Uhr, Gastronomie St. Elisabeth, Dollendorferstraße 51, 45144 Essen: Versammlung. Der Vorsitzende berichtet über eine Wanderung im Örtztal und den Baum „Die Zirbe“. Es gibt einen Königsberger Klopps. Gäste sind bei uns immer willkommen. Wir freuen uns über jeden Gast.

Schleswig-Holstein

Vorsitzender: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Tel.: (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Vereinigte Landsmannschaften Flensburg (VLM FI) e.V.

Flensburg - Sonntag, 20. November, 15 Uhr, Kapelle Friedenshügel: Stille Feierstunde zum Totensonntag und dem Jubiläum „70 Jahre Stein des Ostens“ mit Vertretern der Öffentlichkeit. Das Ehrenmal der Stadt Flensburg wurde 1952 für die Flüchtlinge und Heimatvertriebenen errichtet.

Lyck

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesen-see, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellv. Kreisvertreter: Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665

100 Jahre

Troisdorf - Martha Herrmann, geb. Krappa, wurde am 21. Oktober 1922 in Mostolten, Kreis Lyck, geboren, wo sie bis zur Flucht im Januar 1945 lebte. Die Flucht verlief über Flensburg nach Düsseldorf, wo ihr Bruder Otto bereits vor dem Krieg wohnte. Herrmann war während des Krieges Briefträgerin bei der Poststelle in Baitenberg. Dort vertrat sie ihren Bruder Karl, der zur Wehrmacht einberufen

wurde. Zu ihrem Zustellbezirk gehörten die Dörfer Morgengrund, Mostolten, Weißhaben, Stettenbach mit Riemken, Siegersfeld mit Trabenu und Talken; sie kannte jeden der insgesamt rund 800 Einwohner in ihrem Bezirk.

Verheiratet war Martha mit Fritz Herrmann, der aus Liebenfelde (Mehlauken), Kreis Labiau, stammte. Aus der Ehe ist eine Tochter hervorgegangen. Heute wohnt Martha Herrmann in der Sternestraße 36, 53842 Troisdorf.

Zum Geburtstag gratulierten der Bundespräsident und der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen schriftlich. Der Landrat des Rhein-Sieg-Kreises und der Bürgermeister von Troisdorf gratulierten am Geburtstag persönlich. Gefeiert wurde eine ganze Woche lang. An der Geburtstagsfeier der noch immer in der Kirche sportlich Aktiven nahm auch Kreisältester Gerd Bandilla teil. Er gratulierte im Namen der Kreisgemeinschaft Lyck.

Memel-Stadt/Land

Kreisvertreter: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddeshheim, Telefon (06203) 43229, Mobil: (0174)9508566, E-Mail: uwe.jurgsties@gmx.de. GSt. für alle Memellandkreise: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddeshheim

Geburtstag

Memel - Am 7. Oktober wurde der Deutsche Kultur Verein „Memel“ ein Jahr alt. Das war Grund genug,

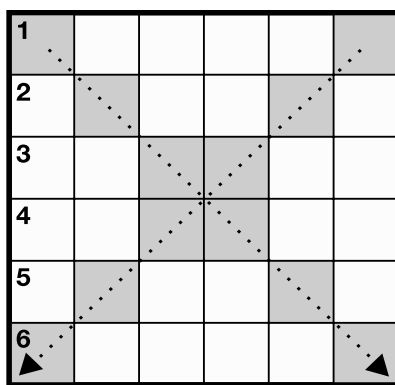
Rätsel

Large crossword puzzle grid with clues in German. Includes a small 4x4 Sudoku puzzle and a 6x6 Diagonal puzzle.

Sudoku

9x9 Sudoku grid with some numbers filled in.

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!



Diagonalrätsel

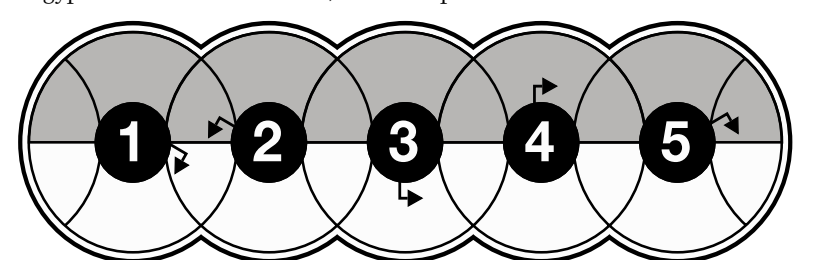
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagrecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Begriffe aus dem Hausbau.

- 1 dt. Naturheilkundiger (Sebastian) 2 zu jener Zeit 3 US-Schauspieler (Lauren) 4 früheres Narkosemittel 5 aufgeschichteter Haufen 6 Tennis: Spiel zw. zwei Gegnern

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte eine Einrichtung zur Leistungssteigerung.

- 1 Ausstattung; Kleidung (englisch), 2 ausgelassen spielen, 3 Teil des Beines, 4 ägyptischer Pharaonenname, 5 Kartenspiel



JUGENDARBEIT

Leidenschaft und Phantasie

In Heilsberg fand nach langer Pause die Tanzwerkstatt der Landsmannschaft Ostpreußen wieder statt

VON DAMIAN WIERZCHOWSKI

An diesem warmen Freitag herrschte ein herrliches und herbliches Wetter. Am früheren Abend waren alle Teilnehmer im Heilsberger Hotel Górecki angekommen und bereits die ersten neuen Kontakte geknüpft. Nach langer Pandemie-Pause konnten die Tanzfreunde wieder zur Tanzwerkstatt der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) zusammenkommen. Die Gruppe bestand sowohl aus Anfängern als auch aus Fortgeschrittenen, die ihr Wissen gerne teilten.

Der Freitagabend stand unter dem Motto „Integration ist genauso wichtig wie die Körperkondition“. Nach der Eröffnung der Werkstatt haben die Kursleiterinnen Dorota Cieklińska und Danuta Nieweglowska verschiedene Kennenlernspiele vorgeschlagen, die bei den Teilnehmern gut angekommen sind. Namen wurden mit Hilfe eines Wollknäuels gelernt. Ein anderes Spiel hieß „Wie geht's dir?“, das sich großer Beliebtheit erfreute. Hier gab es drei Antwortmöglichkeiten: gut, schlecht oder geht so. Je nach Antwort mussten die Nachbarn oder alle ihre Plätze tauschen. Ein guter Zusammenhalt ist mit dem Ziel der Werkstatt verbunden, deshalb haben die Teilnehmer auch noch eine Vielzahl neuer Schritte, Drehungen oder Sprünge gelernt. Das tänzerische Gefühl und die Freude am Tanzen sollten dabei aber nicht zu kurz kommen.

Am nächsten Morgen regnete es in Heilsberg. Aber das machte nichts, da die Veranstaltung der LO im Saal stattfand. Nach dem Aufwärmen konnte die Gruppe richtig mit den Tanzübungen anfangen. Der untere Saal im Hotel wurde in zwei Teile geteilt. In dem ersten Saal haben die Fortgeschrittenen geübt und in dem anderen die Anfänger. Dort wurden unterschiedliche Bewegungen geschult, zum Beispiel die Grundbewegungsarten: Gehen, vor- und rückwärts Laufen, Rennen,



Kreistänze gehören dazu: Bei der Tanzwerkstatt der Landsmannschaft Ostpreußen zeigen Kinder und Jugendliche mit viel Schwung und hoch konzentriert ihr Erlerntes dem Publikum in Heilsberg
Foto: Damian Wierzchowski

Hüpfen und Galopp sowie auch Klatschen und richtiges Händehalten. Der Vormittag verlief perfekt. Man konnte ein Lächeln auf vielen Gesichtern beobachten und die immer locker werdende Atmosphäre spüren. Tanzen ist immer mit viel Anstrengung verbunden, trotzdem hatten die meisten Spaß daran.

Warum die Jugend tanzt

Aus den Gesprächen mit den jungen Leuten erfuhr man, was sie dazu bewogen hat, an dieser Tanzwerkstatt teilzunehmen. Ein Junge kam mit seinen Freunden zu dem Seminar. Eine Teilnehmerin wollte Tanzen lernen und in der Zukunft einer Tanzgruppe angehören. Ein Teilnehmer

wurde wiederum überredet, hierher zu kommen, um die tolle Stimmung zu erleben. So sind viele auch gut gelaunt durch den Tag gekommen. Die Anfänger brauchten zwischen den Blöcken im Programm auch kürzere Pausen. Bei den Fortgeschrittenen war es etwas anders. Sie waren selbstbewusster und entschlossener, deshalb haben sie sofort mit verschiedenen Tänzen begonnen. Am Sonntag haben sie Tänze wie die „Sonderburger Doppelquadrille“ und die „Sternpolka“ geübt. Die Jüngeren haben sich hingegen an einfacheren Tänzen und an Bingo und Tampet versucht.

Die Aufregung war groß, denn am Sonntag sollten die beiden Gruppen ihre

Tänze vor einem Publikum präsentieren. Das hat auch zur Motivation beigetragen, sich anzustrengen und besser zu werden.

Während des zweiten Teils haben die Gruppen die Tänze wiederholt, die sie am Vormittag geübt haben und neue ausprobiert. Während einer kleinen Pause haben die Anfänger die fortgeschrittene Gruppe beobachtet und zugeschaut, wie sie tanzen. So verlief der Nachmittag bis zum Abend. Zum Abschluss des erfolgreichen Tages wurde das Gelernte wiederholt. Zusätzlich wollten alle Gruppenspiele spielen. Dabei gab es erneut viel Freude und ein Lächeln in den Gesichtern.

Der Abend galt den Gesprächen, und die Teilnehmer haben über ihre Erfahrungen

erzählt. Klaudia aus Lemkendorf sagte, dass die Tanzwerkstatt ihr gefallen habe und sie sich überlege, nächstes Jahr wieder daran teilzunehmen. Leon war auch aus Lemkendorf und sehr begeistert von der Tanzwerkstatt. Er meinte, dass es schön sei, etwas Neues zu lernen und dass die Atmosphäre klasse war. Ola aus Bartenstein sagte: „Die Atmosphäre ist sehr cool. Die Übungsphasen waren sehr intensiv, aber schön. Es hat mir gefallen, dass ich andere Teilnehmer kennengelernt habe, nämlich während der Spiele, und dass die Kursleiterinnen perfekt erklären konnten, was ich machen und wie ich tanzen soll.“ Auf die Frage, ob sie zur nächsten Tanzwerkstatt wiederkommen möchte, sagte sie: „natürlich möchte ich wiederkommen.“

Die Mühen haben sich gelohnt

Die Sonne am Sonntag weckte die Teilnehmer mit ihren Strahlen. Es kam die Zeit für die letzten Tanzproben, bevor die geladenen Gäste eintrafen, um sich die erlernten Tanzfähigkeiten anzuschauen. Nach kurzer Aufwärmung sind die Kursleiterinnen zur Wiederholung der Tänze gekommen. Die tollen Ergebnisse bewiesen, dass Leidenschaft und Phantasie keine Grenzen gesetzt sind. Im großen Saal des Hotels haben die Teilnehmer vor dem versammelten Publikum jeweils zwei Tänze aufgeführt. Das Publikum war begeistert von den Leistungen, die in so kurzer Zeit erreicht wurden. Die Arbeit an dem Rhythmusgefühl hat sich also gelohnt. Nicht ohne Grund hat man lauten Jubel gehört. Diese Aufmunterung hat die beiden Gruppen motiviert, die zum Schluss noch gemeinsam einen Tampet getanzt haben.

Das schöne und fruchtbare Wochenende neigte sich dem Ende zu. Viele hoffen, dass sie nächstes Jahr wieder zu einer derartigen Veranstaltung kommen können und zusammen eine wunderbare Zeit verbringen werden.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Kommissar Mock putzt nie mehr seine Schuhe

Zum Ende der Krimi-Reihe, die im Breslau der Vorkriegszeit spielt

Nun ist es raus, es wird keinen weiteren Breslau-Krimi mit Kommissar Eberhard Mock in der Hauptrolle geben. Dies verkündete der Kriminalautor Marek Krajewski am vergangenen Montag im Breslauer Art Hotel.

Nach 13 Bänden sei er des Themas müde, begründet Krajewski. „Ich mag Eberhard Mock und empfinde eine starke Bindung zu meinem Helden. Gerne würde ich mich mit ihm zusammensetzen, plaudern und Tee trinken. In Gedanken habe ich mich jedoch von ihm verabschiedet, aber er wollte mir nicht so recht glauben“, scherzte der 56-jährige Altphilologe, der dem Breslauer Publikum seinen letzten Breslau-Krimi „Błaganie o śmierć“ (Das Flehen um den Tod) vorstellte. Durch den Abend führte die Germanistin, Fremdenführerin und Autorin Małgorzata Urlich-Kornacka. Auch sie will es nicht wahrhaben, dass Krajewski nach 23 Schriftstellerjahren mit seinem Helden bricht.

Die Romanfigur Eberhard Mock, geboren in Waldenburg [Wałbrzych] kommt als Veteran des Ersten Weltkrieges nach Breslau. „Ich möchte, dass meine Leser Eberhard als eine innerlich zerrissene, aber starke Persönlichkeit in

Erinnerung behalten, als einen Menschen, der nach Schicksalsschlägen wieder aufsteht, der brutal sein kann, aber auch aus Mitleid weint“, sagt der Autor.

Vorkriegs-Breslau ist Hauptrolle

Neben Mock spiele das Vorkriegs-Breslau die Hauptrolle in dieser Krimireihe, so Urlich-Kornacka. Fasziniert vom Werk Krajewskis beschloss sie bei ihren Stadtführungen, auf den Spuren von Eberhard Mock zu wandeln.

Ihre Führung geht beispielsweise zum Rehderplatz 1 [plac Lejba Icchaka Pereca], wo die Romanfigur Eberhard Mock seit 1925 wohnte. Diese Adresse wählte Krajewski nicht zufällig. Der Autor ist nämlich ganz in der Nähe, in der Opitzstraße [ul. Żelazna], geboren worden. Als kleiner Bub fand er auf den Straßen und alten Gebäuden immer wieder Spuren der deutschen Vergangenheit, obwohl es doch hieß, Breslau sei „polnisch“. Doch der kleine Krajewski stieß immer wieder auf Inschriften wie „Briefe“ statt „listy“ und ab und zu schimmerte unter dem abgebröckelten Putz ein Schriftzug wie: „Obst und Gemüse“ durch. Das waren seine ersten Begegnungen mit der deutschen Spra-



Vom Nachbarn zum Freund: Małgorzata Urlich-Kornacka führt auf den Spuren des Romanhelden von Marek Krajewski
Foto: Chris W. Wagner

che und mit der deutschen Vergangenheit der Stadt. „Ich bin ein neugieriger Mensch und wollte beim Recherchieren selbst das einstige Breslau entdecken“, sagt er. Krajewski beschreibt in seinen Breslau-Romanen, wie sich die Menschen kleideten, was sie in Gaststätten besonders gerne bestellten, worüber sie

sich damals unterhielten, wie die politische Stimmung war. Auf die Frage, wie viel Ähnlichkeit Krajewski mit seinem Helden Mock habe, antwortet er: „Als mein Held die Straße entlang ging, stolperte und sich die Spitze seines glänzenden Schuhs beschädigte, kam aus seinem Mund ein dickes Schimpfwort.“

Ich verstehe ihn. Mit mir ist es ähnlich, falls so etwas passiert. Die Welt kann untergehen, aber die Schuhe müssen immer geputzt sein!“

Krajewskis schriftstellerisches Abenteuer begann 1999 mit dem Roman „Tod in Breslau“. 2003 folgte der „Kalendarblatmörder“, „Gespenster in Breslau“ zwei Jahre später. Zu der Roman-Reihe mit Eberhard Mock gehört auch „Festung Breslau“ (2006), „Pest in Breslau“ (2007), „Finsternis in Breslau“ (2009), wo neben Mock ein neuer Held, Kommissar Edward Popielski, erscheint. Die Krimireihe wird allerdings weitergesponnen und erlebt dieser Tage ihre Premiere als Filmserie.

Die seit 2016 erschienenen Breslau-Kriminalromane wurden nicht mehr ins Deutsche übersetzt, was Urlich-Kornacka bedauert, denn sie habe die Krajewski Bücher zunächst auf Deutsch gelesen. Es passe atmosphärisch besser zum alten Breslau, sagt sie. Sie verspricht, auch wenn es keine weiteren Mock-Krimis mehr gibt, ihre Führungen auf seinen Spuren beizubehalten, auch und vor allem in deutscher Sprache (malgorzata.wroclove@gmail.com).

Chris W. Wagner

WOLLIN

Zwischen Ostsee und Stettiner Haff

Der kleine Ort Pritter auf der Insel Wollin wurde nicht nur durch die Pritteraale bekannt

VON ERWIN ROSENTHAL

Kaseburg, Lebbin und Pritter bilden die Eckpunkte jenes Dreiecks, in dem sich mit dem Mündungsdelta der Swine eines der sehr seltenen Rückseitendeltas befindet. Mehr als 40 Inseln werden hier vom Wasser der Alten Swine umspült.

Obwohl nicht sehr groß, sind die drei Orte recht bekannt. So kam Kaseburg durch den Bau der Kaiserfahrt und die Abtrennung von der Insel Usedom in die Schlagzeilen, während Lebbin mit der Anlandung Otto von Bambergs punktet. Er war hier im Jahre 1124 an Land gegangen, um die „abstörrischen“ Pommern zum Christentum zu bekehren. Später hatte Herzog Bogislaw I. den Ort und weitere Teile der Insel dem Bistum Cammin geschenkt, das auf der Steilküste eine Vogtei einrichtete. Es heißt, dass vor Zeiten von jedem Schiff, das Lebbin passierte, ein Brot und eine Flasche Bier verlangt wurde. Von 1855 bis 1945 rauchten hier die Schornsteine der Quistorpschen Portlandzementfabrik. Sie war eine der ältesten Zementfabriken in Deutschland und zeitweise die größte in Europa.

Historisch interessant

Heute ist es die bevorzugte Lage am Stettiner Haff beziehungsweise am Swinedelta, die den Reiz der drei Orte ausmacht. Zudem zehren sie von ihrer deutschen Geschichte. Ihr Ortsbild bestimmen vor allem die alten Häuser und die historischen Kirchen. Die Kirche in Kaseburg erhielt durch Schinkel ihre heutige Form. Die Besonderheit der 1861 erbauten Lebbiner Kirche ist ihr bis zur Spitze mit Ziegeln gedeckter neugotischer Turm.

Pritter, heute nach Swinemünde eingemeindet, liegt auf der Pritterschen



Pritter – Malerisch am Swinedelta gelegen: Ganz präsent die neugotische Kirche von 1895

Foto: Rosenthal

Halbinsel, einer schmalen Nehrung, die sich über zwölf Kilometer von Ostswine bis nach Liebeseede, zu Misdroy, erstreckt.

Die neugotische Kirche des Ortes, geweiht 1895, mit ihrem 40 Meter hohen Turm ist für ein Dorf mit etwa 1000 Einwohnern recht groß. Die frühere Kirche war lange Zeit ohne Turm gewesen. Man sagt, dass die Einwohner ihn im 18. Jahrhundert wegen seines schlechten Zustandes niedergerissen hatten. Für einen neuen Turm ließen sie starke Eichenbalken anfahren und glaubten, dass der Bau des neuen Turmes Sache der Stettiner Regierung sei. Diese reagierte schnell und unerwartet: „Wer hat Euch ermächtigt, den Turm abzureißen? Habt Ihr ihn entfernt, so baut ihn auch wieder auf!“ Nach und nach wurden die nun überflüssigen Eichenstämmen verkauft. Von dem Erlös machte man sich einen lustigen Tag. Hundert Jahre blieb die Kirche turmlos. In der

Umgebung spottete man: „Die Pritterschen haben ihren Kirchturm versoffen.“

Einst Herzogs-Residenz

Wer heute die etwas triste Prittersche Dorfstraße entlanggeht, kann sich kaum vorstellen, dass hier in der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts Herzog Erich II., Herzog von Pommern-Wolgast, Hinterpommern und Stettin, residiert hatte, bis Stettiner Bürger, wahrscheinlich wegen des vom Herzog erhobenen Zolls beim Befahren des Swine, den Herzogssitz sowie den Hof des Herzogs in Ostswine zerstörten. Zur gleichen Zeit hatte im Ort Sophia, die Ehefrau von Bogislaw VIII. von Pommern-Stargard, Tochter Herzog Heinrichs des Eisernen von Holstein, ihren Witwensitz. Heute erinnert im Ort nichts an diese Zeit.

Im Westen wird Pritter von der „Großen Beek“, auch „Strom“ genannt, be-

grenzt, einer Verbindung zwischen dem Großen Vietziger See und der Alten Swine. Die am gegenüberliegenden Ufer des Wasserlaufs liegenden Inseln tragen die Namen Hengst-Wiesen, Studt-Wiesen, Treum-Wiesen, Warnitz-Wiesen und Kaseburger Hutung. Bis auf die Kaseburger Hutung, auf der mit dem Seggenrohrsänger der wohl seltenste europäische Singvogel brütet, werden diese Inseln des Swinedeltas heute nicht mehr landwirtschaftlich genutzt.

Durch die unmittelbare Nachbarschaft zum Swinedelta und die relativ geringe Entfernung zur Ostsee konnten die Bewohner Pritters bis ins 20. Jahrhunderts hinein vom sagenhaften Fischreichtum Pommerns partizipieren. Es heißt, dass die Fischschwärme, die die Swine heraufkamen, manchmal nicht mit einer Stange geteilt werden konnten. Insbesondere der Aalfang war bereits im 16. Jahr-

hundert im Swinedelta sehr einträglich. Die Pritteraale wurden später nach Berlin, Brandenburg und Schlesien geliefert. Noch vor hundert Jahren gab es im Ort 77 Berufsfischer.

Gefangen wurde vorrangig Hering, Flunder, Dorsch, Aal, Hornhecht, Steinbutt, Zander und Barsch. Früher kamen Stör, Lachs, Meerschweine (Tümmeler), Seehunde und Schwertfische hinzu. Zum geflügelten Wort wurde im alten Pommern die Aufforderung eines Besitzers an seinen Knecht: „Lüchting fret Fisch, Pantüffel sind düer.“

Vom Fischer und syner Fru

Bei dem Fischreichtum verwundert es nicht, dass ein Pommer Autor des Märchens „Vom Fischer und syner Fru“ war. Bei den Brüdern Grimm stand das von Philipp Otto Runge aus Wolgast verfasste Märchen an 19. Stelle in ihrer Sammlung der Kinder- und Hausmärchen. Günter Grass hatte dem Maler der Romantik in seinem Roman „Der Butt“ ein Denkmal gesetzt.

Bis auf die Kirche befinden sich die heutigen Sehenswürdigkeiten Pritters nicht im Zentrum des Ortes, sondern an der Peripherie. Etwas weiter östlich, im Ortsteil Haferhorst, sind in der Marina Boote vertäut. Von hier aus kann der Besucher das weitaufgehende Swinedelta erkunden. Zum schönen, feinsandigen Strand des früheren Ostseebades Pritter führt ein etwa drei Kilometer langer Weg.

Auf den Dünen befinden sich auch die in den 1930er Jahren zur Verteidigung Swinemündes erbaute „Glocke“ sowie die „Batterie Vineta“, heute auch „die unterirdische Stadt“ genannt. Beide sind zur Besichtigung freigegeben und einzigartige Zeugnisse der Militärgeschichte der Region.

TOTENSONNTAG

Die Friedhöfe von Stettin

Die Buch-Dokumentation eines Stettiners gegen das Vergessen

Am Totensonntag im November gehen die Gedanken ganz besonders zurück zu den Lieben, die bereits vorausgegangen sind. Sie ruhen in der Heimat, auf Friedhöfen, die zumeist nicht mehr vorhanden sind. Im günstigsten Fall findet man noch die Grabsteine in Lapidarien.

Erinnerung, für die Nachkommen eine wertvolle Dokumentation. Inhaltlich geht es um das historische Stettin, vor allem auch um die Friedhöfe an den alten Kirchen und in den umliegenden Vororten, die sukzessive eingemeindet wurden. Im Fokus stehen natürlich die schönen, nicht

rungen wach, Neues wird dabei auf jeden Fall zu entdecken sein, und manchmal kann es emotional werden. Denn mit diesem Band vergessen wir unsere Verstorbenen nicht, erinnern uns, und die „unendlichen“ Friedhöfe bezeugen, dass Liebe nicht vergeht, immerwährend ist. Auch deshalb ist die Heimatstadt an der Oder unvergessen. Ganz erstaunlich lebt sie in diesem ganz besonders Werk weiter, auch durch die ausgesuchten historischen Fotos, die die Friedhofskultur bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges zeigen.

Mit dem Erwerb des Bandes danken sie zugleich allen für ihr Bemühen um die Heimatarbeit. BS

● **[UN-]ENDLICH: Friedhöfe in Stettin**, Verlag Vogelgrief, E.O.E. Wendt, 53424 Remagen, Dr.-Peters-Str. 15, 288 Seiten, Format zirka 21x30 cm. mit 60 Plänen und 128 Abbildungen. Hochwertige Verarbeitung, Hardcover mit Fadenheftung ISBN: 978-3-00-069833-0. Preis: 38 Euro (Selbstkosten) zuzüglich Versand



Der Hauptfriedhof in Stettin existiert auch heute noch, an die vielen anderen nicht mehr bestehenden Friedhöfe will das Buch erinnern

Foto: Archiv

Der Stettiner Autor Eckhardt Wendt hat es sich zur Aufgabe gemacht, sich der Friedhöfe anzunehmen, sie zu beschreiben und sie so im Gedächtnis, ganz besonders der Nachkommen, zu erhalten. Für die gebürtigen Stettiner ist sein Buch „[UN-]ENDLICH: Friedhöfe in Stettin“

mehr vorhandenen Friedhöfe. Etwa 50 Orte sind es, die beschrieben werden. 60 Pläne und 128 zusätzliche historische Abbildungen, meist farbig in ganzseitigen Tafeln, erläutern den Text.

Beim Lesen oder Durchsehen des Bandes werden dem Kenntnisreichen Erinne-

ZOO STRALSUND

Asinara-Zwergesel

Pepino ist da! Zuchterfolg einer seltenen Rasse

Der 26. September dieses Jahres steht für einen Meilenstein in der Stralsunder Zoogeschichte. An diesem Tag wurde das erste Fohlen der Asinara-Zwergesel geboren.

Bei den vor zwei Jahren im Zoo Stralsund angekommenen Asinara-Zwergeseln – Alba und Biscotto – hat es endlich geklappt. Die Freude ist groß über das erste Jungtier dieser Rasse im Zoo Stralsund. Aus diesem Grund ist der Name des Kleinen wichtig. Er soll schließlich nicht nur zu ihm passen, sondern Sympathien für diese seltene Rasse wecken. Viele Vorschläge standen im Raum. Letztlich hat sich die Tierpflegerschaft von dem Kinderlied „Der Kakadu Pepino“ inspirieren lassen. Auch wenn das kleine Eselchen keine Federn hat, passt der Name zu seinen italienischen Eltern, so die einhellige Meinung. Besonders ist das Fohlen für den Stralsunder Zoo allemal, weil die Zwergeselrasse vom Aussterben bedroht ist und derzeit kaum mehr als 100 Tiere weltweit existieren.

„Das Engagement für die Erhaltung seltener Haustierrassen gehört zum Markenkern des Stralsunder Zoos“, so Zoodirektor Christoph Langner, und betont damit die Besonderheit dieses Ereignisses. Trotz der Ähnlichkeit zu den traditionsreichen Weißen Barockeseln des Stralsunder Zoos mit ihren leuchtend blauen Augen und dem auffallenden weißen Fell stellt der Asinara-Zwergesel eine eigen-



FOTO: ZOO STRALSUND

Schläft ganz gern auch mal im Stehen: Pepino lässt sich durch nichts von seinem Schlaf abbringen

ständige Rasse dar. Sie unterscheiden sich vor allem durch eine geringere Widerristhöhe von den anderen Eselrassen im Zoo.

Um die Zuchtgeschichte dieser Rasse ranken sich einige Geschichten, insbesondere die, wie sie überhaupt auf die berühmte Gefängnisinsel Asinara in Italien gekommen ist. Einer Legende nach stammen die ersten Esel von einem ägyptischen Schiff, das in der Nähe der Insel gesunken sein soll. Einige Tiere haben demnach die Insel schwimmend erreicht und so die Population begründet. Fest steht, dass sie von den ebenfalls seltenen Sardischen Zwergeseln abstammen sollen. Hansstadt Stralsund

● Der Zoo Stralsund – Immer ein Besuch wert: www.zoo.stralsund.de

„Die Staatsmacht spielt mit der Angst der Bürger“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„Vielen Dank für Ihre wertvolle Zeitung! Es ist immer wieder ein Quell der Freude, wenn ich solch journalistische, grandiose Arbeit lesen kann“

Christian Stolle, Wedel



Ausgabe Nr. 45

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

TICKET IST EIN DORN IM AUGE

ZU: KEIN HALT MEHR IN WITTENBERGE (NR. 45)

Kaum ist das neue Deutschland-Ticket (DT) für 49 Euro von der Politik beschlossen, geht wieder das Gejammer derjenigen los, für die die Umsetzung, also die Bereitstellung des Angebots, eigentlich Routine sein sollte: bei der Bahn und vor allem den Verkehrsverbundsystemen. Als erstes wird da kundgetan, was nicht geht, anstatt sich sofort an die Arbeit zu machen und das Deutschlandticket für den öffentlichen Nahverkehr spätestens zum 1. Januar anzubieten.

In einem vermeintlichen Hochtechnologieland wie der Bundesrepublik muss es doch möglich sein, eine solche Aufgabe in wenigen Wochen zu erledigen. Doch nein, wie immer wird erst kommuniziert, was nicht geht. Das ist schlichtweg erbärmlich. Dazu kommt erschwerend, dass die Verantwortungsträger für dieses Projekt von den Kunden des ÖPNV beziehungsweise dem Steuerzahler bezahlt werden.

Verbleibt als Fazit eine klare Forderung: Das DT muss am 1. Januar ohne Einschränkungen zur Verfügung stehen! Und zwar in Papierform und Digital. Man kann es Senioren und Menschen ohne Mobiltelefon nicht zumuten, an ein Smartphone gebunden zu sein. Dass dazu Bewegung in die warmen Bürosessel bei Bahn & Co. kommen muss, dürfen die Bürger erwarten können.

Die vorschnelle Ankündigung von Preissteigerungen für das noch gar nicht erhältliche DT hilft niemandem. Diese Kaffeesatzleserei ist kontraproduktiv und kann eigentlich nur auf dem Mist derjenigen gewachsen sein, denen das neue Ticket ohnehin ein Dorn im Auge ist.

Claus Reis, Schwabach

UNTER DER KÄSEGLOCKE

ZU: DER AUFSTIEG EINES BEGRIFFS (NR. 44)

Das Problem des „Wutbürgers“ ist erst wenige Jahre alt, und es ist die Folge einer

Verselbstständigung der Berliner Politik, die es so in Bonn nicht gab. Schon 2011 erklärte Manfred Güllner, Geschäftsführer des Meinungsforschungsinstituts Forsa, in einem Beitrag unter der Überschrift „Käseglocke Berlin“, die Hauptstadt sei so interessant, dass viele Politiker nicht mehr so oft nach Hause führen wie früher in Bonn, wo sie infolgedessen mehr Kontakte zum einfachen Wähler gehabt hätten. In Berlin jedoch würden sie alle zu sehr im eigenen Saft schmoren.

Damit blieben, wie Güllner betonte, Politiker und Medienleute zu oft unter sich und verlören den „Kontakt zum Rest der Republik“. Er belegte dies damals unter anderem am Fall des SPD-Politikers Thilo Sarrazin, als das „Urteil unter der Käseglocke“ Berlins schnell feststand, während die Bevölkerung es mehrheitlich ganz anders gesehen habe, für die Sarrazin eine Art Held war, da er sich gegen die ungeschriebenen Gesetze des Berliner Politikbetriebs gestellt hatte.

Politik und Medien, so heiß es dazu, sei das Streben nach politischer Korrektheit inzwischen derart in Fleisch und Blut übergegangen, dass sie die Wahrnehmungen der Bevölkerung oft ausblendeten oder auch relativierten. Und weil sich im Alltag der Streit zwischen den Parteien häufig um Dinge drehe, die nur noch Experten verstünden, verselbstständigte sich vieles, weshalb auch der an Politik interessierte Teil der Bevölkerung schnell abschaltete.

Die Hauptstadtspitze hingegen übernehme „politische Chiffren“, die außerhalb der Käseglocke kaum mehr verstanden würden. Für die Personen innerhalb dieser sei es jedoch wichtig, sich immer wieder zu profilieren, und wer es mit seiner Meinung häufig in die Berichte der Nachrichtenagenturen schaffe, wähe sich bereits „auf dem Sprung in die obersten Ränge der Beliebtheit“.

Fazit des Autors: Eine Käseglocke solle zwar Lebensmittel vor dem Geruch der Umgebung schützen und auch umgekehrt. In jedem Fall aber sei das Klima unter der Glocke ein anderes als außerhalb.

Wolfgang Reith, Neuss

REINE ANGSTMACHEREI

ZU: RUSSLAND SUCHT SEINEN WEG (NR. 44)

Die Staatsmacht spielt mit der Angst der Bürger, die Themen und Arbeitsweise sind in Deutschland zwar nicht identisch, aber in den letzten Jahren hat man auch Politik durch Angstmacherei rechtfertigen wollen. So fremd ist uns das nicht.

Ulrich Bohl, Berlin

ZWEI VERDÄCHTIGE

ZUM WOCHENRÜCKBLICK: STILL RUHT DIE OSTSEE (NR. 42)

In seinem Beitrag hat sich Hans Heckel übertraffen. Sarah Wagenknechts Hoffnung, „den Bombenleger“ der Ostsee-Pipelines je aus offiziellen Quellen zu erfahren, dürfte vergeblich sein. Doch wer es war (oder richtiger: welche zwei Nationen es waren), wird unter uns Ostpreußen wohl kaum zweifelhaft sein. Die eine Nation hat die Informationen und die Logistik geliefert, die andere – wesentlich ortsnähere – die praktische Ausführung übernommen. Und dies ist der Grund, weshalb unsere Regierung „aus Gründen des Staatswohls“ (dieser beiden Staaten, versteht sich) wohl auf immer schweigen wird.

Wilhelm Kreuer Unkel

KÖNIGSBERG IM VISIER

ZU: VIEL UND VIELFÄLTIG (NR. 42)

Möglicherweise will Polen sich mit seiner militärischen Aufrüstung in Europa mehr Geltung verschaffen und sich auch zur Landesverteidigung gegen eine russische Bedrohung rüsten. Meine Vermutung zielt jedoch noch weiter in die Zukunft.

Wer sich an die Beharrlichkeit dieses Landes erinnert, über lange Jahrzehnte seine geopolitischen Ziele zu verfolgen und letztlich auch zu wirklichen, könnte auch auf folgenden Gedanken kommen: Polen hofft auf einen für Russland ungünstigen Ausgang des Krieges in der Ukraine und in dessen Folge auf ein instabi-

les Russland. Ein solches Russland könnte die Kontrolle über das Königsberger/Kaliningrader Gebiet aufgeben oder verlieren. Dieses gäbe Polen erneut die Gelegenheit, den Blick auf das Königsberger/Kaliningrader Gebiet zu richten und seine Ansprüche darauf anzumelden.

Wie schon im Fall der nach dem Zweiten Weltkrieg annektierten deutschen Ostgebiete würden auch in diesem Falle konstruierte historische Ansprüche genügen, um dieses Ziel durchzusetzen. Ein unbeeinflussbares, weil militärisch starkes Polen würde sich nicht durch Widerstände anderer Länder davon abbringen lassen, auch diesen alten Traum zu verwirklichen.

Werner Blietz, Goch

ALTE FEHLER NEU GEMACHT

ZU: DIE POLITIK LASST SIE GEWÄHREN (NR. 42)

Die Berichte über sogenannte Klimaretter zeigen erneut das Defizit von Sicherheit und Ordnung in Berlin.

Es kann nicht sein, dass eine Handvoll radikaler Menschen Straßenblockaden errichtet und Kulturgüter beschädigt und die Bürger stundenlang an ihrer täglichen Arbeit behindert. Schlimmer noch, auch Helfer und Rettungskräfte werden behindert. Das sind nicht nur kleine Spielchen, sondern Gefährdung des Straßenverkehrs, Widerstand sowie Nötigung gemäß StGB und darüber hinaus eine Gefährdung der Infrastruktur der Stadt.

Das Ganze schürt Hass und verstärkt die Schadstoffe durch nichtfließenden Verkehr. Unverständlich ist die teilweise Zurückhaltung von Polizei und Justiz, kein Wunder bei linker Senatorin und der SPD-Innensenatorin. Schlimmer noch sind Professoren, die unter Vortäuschung von Fachkompetenz radikale Ziele wünschen. Eigentlich sollten solche Klimapaniker weggesperrt werden, aber zumindest wegen akuter Wiederholungsgefahr (StGB/STPO) zumindest in kurzfristigen in Gewahrsam genommen werden. Oder werden alte Fehler neu gemacht?

Günter Algner, Berlin

ANZEIGE

KOPP VERLAG
 Telefon (0 74 72) 98 06 10
 Telefax (0 74 72) 98 06 11
 info@kopp-verlag.de
 www.kopp-verlag.de
 Jetzt bestellen!
 Versandkostenfreie Lieferung innerhalb Europas

Wasserstoff Was Sie über den Megatrend wissen müssen – und wie Sie davon profitieren

■ Stellen sie sich eine Welt vor, in der Flugzeuge mit Wasserstoff im Tank fliegen, Frachtschiffe schwerölfrei über die Meere gleiten und luftverpestende Diesel-Lkws von den Autobahnen verschwinden. Stattdessen surren Fahrzeuge, angetrieben mit Brennstoffzellen, über die Straßen und in den Häusern wärmen wasserstoffbetriebene Heizungen.

Das sind keine Fantasien oder Hirngespinnste, sondern das wird tatsächlich bald Wirklichkeit werden. Wasserstoff wird unsere Zukunft noch viel fantastischer machen, als wir uns das heute überhaupt vorstellen können.

Begleiten Sie den Bestsellerautor Michael Grandt auf seiner spannenden und faktenreichen Reise durch die Welt des Wasserstoffs. Erfahren Sie, warum das kleinste Element des Universums gerade **jetzt** die Lösung vieler Probleme sein kann – auch für Sie ganz persönlich! Mit vielen Beispielen beleuchtet der Autor den neuesten Stand der Forschung und beantwortet interessante Fragen wie:

- Was ist Wasserstoff eigentlich, wie wird er erzeugt und wie viel Energie liefert er?
- Warum werden Wasserstoff-Autos bald die E-Autos ablösen?
- Fliegen wir künftig nur noch mit Wasserstoff-Flugzeugen?
- Hat jeder bald ein »Minikraftwerk« im Keller?
- Kann Wasserstoff den ökonomischen Selbstmord Deutschlands verhindern?

Michael Grandt geht aber auch noch auf viele andere interessante Themen ein:

- Wie man aus Abfall Wasserstoff herstellen kann.
- Weshalb sich Tesla in Zukunft warm anziehen muss.
- Wie Sie Ihre eigene Energiewende gestalten.
- Welche innovativen Anlagen und Konzepte für Ihr Zuhause interessant sind.
- Wie Sie Wasserstoff selbst herstellen.
- Wie Sie mit nur 2,4 Litern Wasser bald Ihr ganzes Haus mit Strom versorgen können.
- Was es mit der Mini-Wasserstoff-Tankstelle in der Garage auf sich hat.
- Mit welchen Wasserstoff-Aktien Sie hohe Gewinne erzielen und vieles andere mehr.

Die Entwicklung schreitet mit Riesenschritten voran. **Wir stehen gerade an der Schwelle zu einer gigantischen Energie-Revolution.** Denn was Wasserstoff liefert, ist gewaltig!

Der »Megatrend Wasserstoff« hat gerade erst begonnen!

Michael Grandt: Megatrend Wasserstoff! • gebunden • 298 Seiten • zahlreiche Abbildungen • Best.-Nr. 986 500 • 24,99 €

Michael Grandt
Megatrend Wasserstoff!
 Gestalten Sie Ihre ganz persönliche Energiewende
 KOPP

TOTENSONNTAG

Glücksmomente am Ende des Lebens

Sterbebegleitung und Hospizarbeit – Der Dienst an einem Menschen in seiner finalen Phase ist traurig und hoffnungsvoll zugleich

VON STEPHANIE SIECKMANN

Am Ende des Lebens sind es die kleinen Dinge, die zählen. Eine Hand, die sanft den Handrücken streichelt. Eine innige Umarmung. Eine Stunde auf einer Parkbank sitzen, das Gesicht in die Sonne halten, ein gutes Gespräch führen. Oder nachts um 3 Uhr Pizza essen. Einfach, weil gerade jetzt der Appetit da ist, der durch Schmerzmittel und andere Medikamente so gut wie verloren gegangen war. Wenn die Zeit abläuft, ist es schön, wenn der Mensch nicht allein ist. Gesellschaft tut gut und ist oft notwendig. Wenn die eigene Kraft Geschichte ist, der Körper seinen Dienst versagt.

Längst nicht immer besteht die Möglichkeit, zu Hause im Kreis der Familie den letzten Atemzug zu tun. Auch wenn sich nach einer Umfrage des Deutschen Hospiz- und Palliativverbandes rund 60 Prozent der Bürger genau das wünschen. Mal leben die Verwandten weit entfernt, mal gibt es keine Familienangehörigen mehr. Oder eine Krankheit macht eine intensive medizinische Pflege notwendig. Dazu kommt: Der Tod und das Sterben sind aus dem Leben verdrängt worden.

Erhält ein nahestehender Mensch eine Diagnose, mit der einhergeht, dass das Leben sich drastisch verkürzt, fühlen sich Betroffene oft hilflos und überfordert. Pflege und Betreuung Sterbender – gleichgültig wie alt der Mensch ist – sind eine anspruchsvolle Aufgabe. Gefühle, die aufgenommen, müssen bewältigt werden. Auch bei den Nahestehenden. Wer es als Sohn, Schwester, Freund oder Ehepartner nicht schafft, die Aufgaben rund um die Betreuung selbst zu leisten, muss sich keinen Vorwurf machen. Besser ist es, sich Hilfe zu holen. In einem Hospiz oder bei einer Sterbebegleitung.

Dort gibt es Betreuer, die sich liebevoll um einen Menschen kümmern, der nur noch wenige Wochen oder gar Tage zu leben hat. Geht das? Kann das ein wertvoller Beitrag sein? „Ja, auf jeden Fall,“ sagt Hospizbegleiterin Bahar Kurt, „manchmal



Ein Trost ist es, wenn man einen liebevollen Menschen an seiner Seite hat: Patientin mit Hospizbegleiterin Foto: Shutterstock

ist es sogar besser, wenn jemand von außen kommt. Es gibt einfach Dinge, die ein Mensch, der stirbt, Nahestehenden nicht anvertrauen möchte, weil er sie damit nicht belasten möchte. Und es gibt Fälle, da ist es einfach gut, wenn eine Sterbebegleitung einige Stunden mit dem Klienten verbringt und die Verwandten, die sich die Woche über intensiv kümmern, eine Pause bekommen.“ Die 37-Jährige begleitet seit drei Jahren Menschen in der finalen Phase ihres Lebens.

Auch Nadine Sauer sieht das so. Sie ist seit zwei Monaten Gast in einem Hospiz im Süden von Niedersachsen. Ihre Diagnose: kleinzelliger Lungenkrebs im Endstadium. Ihr Mann und ihre Tochter verbringen viel Zeit mit ihr im Hospiz. „Die Familie um sich zu haben, ist schön“, weiß Nadine. „Aber es fließen auch viele Trä-

nen. Manchmal tut es gut, Ablenkung zu haben und mit anderen lieben Menschen hier im Hospiz über ganz andere Dinge zu sprechen, oder auch Witze zu machen, zu lachen.“

Ohne Ehrenamtliche geht nichts

Mit ihrem Engagement folgen Sterbe- und Hospizbegleitungen einer alten Tradition. Der Begriff „Hospiz“ leitet sich vom lateinischen „hospitium“ ab, das mit den Begriffen „Herberge“ und „Gastfreundschaft“ übersetzt werden kann. Über viele Jahrhunderte hinweg haben Klöster und Kirchen die Aufgabe übernommen alte und schwerstkranke Menschen, die keine Familie hatten, in der letzten Phase ihres Lebens zu begleiten, ihnen Herberge, Gastfreundschaft zu bieten und seelischen Beistand zu leisten.

Die sogenannte Hospizbewegung entwickelte sich dagegen erst im 20. Jahrhundert. Ende der 1960er Jahre setzte sich die britische Krankenschwester Cicely Saunders dafür ein, Menschen in der letzten Phase ihres Lebens nicht nur mit dem medizinisch Notwendigen zu versorgen, sondern sie zu betreuen, zu begleiten. Die Qualität der finalen Lebensphase steht dabei im Vordergrund. Dazu gehört auch eine Anpassung der Medikation. Symptome werden gelindert, Schmerzen reduziert, aber abgesehen davon wird vor allem das Wohlbefinden gesteigert. Es geht weniger darum, das Leben um möglichst viele Tage zu verlängern, sondern darum, die letzten Tage so schön wie möglich zu gestalten. Deshalb gehört bei den ambulanten und stationären Hospizen auch eine wohnliche Einrichtung dazu.

Das von Cicely Saunders im Jahr 1967 gegründete St. Christopher Hospiz war die erste stationäre Einrichtung dieser Art. In Deutschland öffnete 1986 das erste Hospiz seine Türen. Heute gibt es bundesweit insgesamt rund 1500 ambulante Hospizdienste, etwa 250 stationäre Hospizeinrichtungen für Erwachsene und 19 stationäre Hospize, die sich auf Kinder und Jugendliche spezialisiert haben.

In der Regel sind diese Hospize klein, viele haben nur Platz für fünf bis zehn Menschen. Ein großer Teil der Hospize firmiert als eingetragener Verein, andere werden durch eine Stiftung getragen. Seit einigen Jahren sind Hospize Teil des Gesundheitswesens und müssen sich nur noch anteilig über Spenden finanzieren. Ohne Spenden und ehrenamtliche Arbeit geht es aber nicht.

„Generell ist ein Rückgang der Spendenbereitschaft zu verzeichnen“, erläutert Claudia Olsen, Geschäftsführerin des Hospiz- und Palliativverbandes Schleswig-Holstein e.V. „Aber in diesem besonderen Bereich haben wir derzeit immer noch das Glück, dass gespendet wird. Trotz des Rückgangs ist die Versorgung in allen Bereichen der Hospizversorgung noch sichergestellt.“ Das gilt auch für das ehrenamtliche Engagement. Aktuell engagieren sich bundesweit 12.000 Menschen im Hospizwesen und als Sterbebegleiter.

„Als mein Vater schwer erkrankte und am Ende die Pflege unsere Kraft überstieg, haben wir als Familie entschieden, ihn ins Hospiz zu verlegen“, erinnert sich Bahar Kurt. „Ich war beeindruckt, wie herzlich und liebevoll die Mitarbeiter dort waren. Und auch die Atmosphäre.“

Durch ihre Arbeit als Sterbebegleiterin möchte sie etwas zurückgeben. „Einen Menschen am Ende zu begleiten, ist etwas ganz Besonderes. Eine Gnade. Man darf einen ganz wichtigen Abschnitt im Leben eines Menschen teilen. Das macht auch etwas mit einem selbst.“ Rückbesinnung auf das Wesentliche. Wertschätzung des Lebens, der kleinen Glücksmomente. Sterben, Tod und Trauer gehören eben einfach zum Leben dazu.

HERBST

Buchen sollte man besuchen

Die Buchenwälder auf Rügen sind Teil des Weltkulturerbes – Eine Ausstellung in Sassnitz widmet sich den Baum-Schätzen

Spätestens seit der Deklaration zum UNESCO-Weltkulturerbe im Jahr 2011 ist es kein Geheimnis mehr, dass die Buchen im Bereich der Stubnitz auf Rügen ein ganz besonderer Schatz sind. Zum zehnten Jahrestag organisierte das Team des Nationalparkzentrums Königsstuhl eine Ausstellung zum Thema. Aufgrund der Corona-Pandemie musste diese jedoch verschoben werden. Erst in diesem April öffnete die Ausstellung ihre Tore.

Inzwischen haben etliche Besucher den Weg über den Hochuferweg entlang der Kreideküste nach Sassnitz zur Zweigstelle ins Michael-Otto-Haus gefunden und sich die Ausstellung angeschaut. Noch bis zum 31. März 2023 besteht die Möglichkeit, sich hier mit einem Kaffee in der Hand durch die Infotafeln an der Wand über den Buchenurwald informieren und den Blick schweifen zu lassen.

Ein Angebot, das zur rechten Zeit kommt. Denn die Aussichtsplattform direkt am Königsstuhl, bislang die größte Attraktion am weltbekannten Kreidefelsen, den Caspar David Friedrich so eindrucksvoll auf Leinwand gezeichnet hat, ist Ende September geschlossen worden. Die

Plattform wird nun zurückgebaut, das Gebiet soll unberührt bleiben. Im Frühjahr soll eine neue, schwebende Plattform den Ausblick auf den Königsstuhl ermöglichen. Der Name der neuen, spektakulären Konstruktion: Königsweg. Wer das interessante Wissen über die Buchen, das er in

der Ausstellung gewonnen hat, mit Leben füllen möchte, schnürt die Wanderschuhe und macht sich auf den Weg, die Buchen auf Rügen selbst in Augenschein zu nehmen. Auch wenn das Gebiet um den Königsstuhl nun nicht mehr zugänglich ist, lohnt sich ein Spaziergang durch das weit-

läufige Gebiet der Stubnitz, nördlich von Sassnitz.

Gerade jetzt, wenn die herbstlich gefärbten Blätter abfallen, ist der Wald ein besonders schönes Ausflugsziel. Doch es gibt auf Rügen weitaus mehr Orte, an denen die Buchen entdeckt und erlebt werden können. Ein großer Dank gebührt dabei Wilhelm Malte I., Fürst zu Putbus (1783–1854), der seine Spuren auf Rügen hinterlassen hat.

Ein Beispiel dafür ist das Gebiet um das Jagdschloss Granitz. Das Waldgebiet rund um das Schloss mit der rosafarbenen Fassade und der einzigartigen, gusseisernen Wendeltreppe, die sich an runden Innenmauern den Aussichtsturm hinaufwindet, wird von Buchen dominiert und ähnelt dem Wald in der Stubnitz. Grund dafür ist, dass dieses Gebiet von Wilhelm Malte I. als Jagdrevier genutzt wurde, der Baumbestand wurde nicht abgeholzt.

Ein Areal, auf dem außerordentlich bemerkenswerte Bäume stehen, ist der Schlossgarten Putbus. Hier hatte der Fürst große Pläne, baute ein Schloss und verwandelte den 75 Hektar großen Park in einen Landschaftsgarten. Mehr als 60 ver-

schiedene Baumarten aus aller Welt sind hier zu finden, darunter Raritäten wie Platane, Robinien, Ulmen und Hängebuchen. Alle Bäume weisen heute ein beeindruckendes Alter auf. Die Sommerlinde bringt es sogar auf einen Umfang von mehr als sechs Metern.

Doch das ist noch längst nicht alles. Auf der Insel Rügen gibt es noch mehr Baum-Schätze zu entdecken. So wurde auf der Insel Vilm das letzte Mal im Jahr 1527 die Axt geschwungen, um Holz zu schlagen. Seither hat der Wald das Gebiet zurückerobert und ist sich selbst überlassen worden. Hier sind viele Buchen und Eichen mehr als 400 Jahre alt. Das Gebiet ist seit 1929 Naturschutzgebiet. Ein Beispiel, das zeigt, wie wichtig der Schutz der Natur ist. Das Gebiet am Königsstuhl wird in gleicher Weise von der Entscheidung profitieren, dass es nun sich selbst überlassen worden ist. St. S.

● Michael Otto Haus Waldhalle 1, Sassnitz, im Winterhalbjahr geöffnet von Freitag bis Sonntag von 11 bis 16 Uhr welterbeforum.koenigsstuhl.com/ [welterbeforum](http://welterbeforum.com/)



Ein lohnendes Ausflugsziel: Herbstbunte Buchen an der Kreideküste von Rügen

● FÜR SIE GELESEN

Das Leben der Enid Blyton

Maria Regina Kaiser, die bereits einige Biographien berühmter Frauen veröffentlicht hat, schreibt in ihrem neuen Buch „Enid Blyton. Geheimnis hinter grünen Hecken“ über das Leben der englischen Kinderbuchautorin. Blyton führte ein für die damalige Zeit ungewöhnliches Leben einer willensstarken Frau, die schon als Kind wusste, dass sie Schriftstellerin werden wollte.

Anfangs übte die junge Enid fleißig Klavier, um ihrem Vater zu gefallen, den sie abgöttisch liebte. Er sah Enid als berühmte Pianistin. Doch die Tochter hatte ständig Geschichten und Abenteuer im Kopf, die sie ihrem Vater erzählte. Er fand, dass sie auch in dieser Hinsicht begabt sei, glaubte aber nicht an einen Erfolg. Nachdem sich die Eltern 1910 trennten, wurde die 13-jährige Enid immer widerspenstiger. Sie schrieb jeden Tag Gedichte und Geschichten und schickte diese zum Unmut ihrer Mutter an Verlage.

Ständig Geschichten im Kopf

Nachdem Enid die Schule beendet und den Aufnahme-test an der Musikhochschule bestanden hatte, entschloss sie sich jedoch spontan für eine Ausbildung zur Lehrerin an einer Fröbel-Schule. Sie bestand ihren Abschluss mit Auszeichnung. Zeitweilig kam es vor, dass sie sich bei Verlagen vorstellen sollte, die Interesse an ihren Kurzgeschichten zeigten. So auch der Verleger Hugh Pollock. Er förderte Blyton, und 1924 heirateten die beiden. Sie schrieb weiterhin unter ihrem Mädchennamen.

Die Autorin hatte die Gabe, Kinder mit ihren Geschichten zu fesseln. Sie verfasste auch Berichte für Lehrerzeitschriften, in denen sie auf die sensible kindliche Seele hinwies. Die Kinder schrieben ihr täglich unzählige Briefe, die Blyton alle selbst beantwortete. Für ihre beiden Töchter hatte sie wenig Zeit, da sie ständig an ihrer Schreibmaschine saß. Zeitlebens engagierte sich die Schriftstellerin karikativ. Sie unterstützte finanziell vernachlässigte und schutzlose Kinder.

Zeitlebens karikativ engagiert

Hugh Pollock erlitt ein Trauma durch den Ersten Weltkrieg. Er begann zu trinken, und die Ehe zerbrach infolgedessen 1942. Blyton heiratete ein Jahr später den Chirurgen Kenneth Waters, der sie bei ihrer Arbeit unterstützte und ihr die Zeit zum Schreiben ließ.

Blytons Kinderbücher wie die Reihe „Fünf Freunde“ wurden weltberühmt und in viele Sprachen übersetzt. Der Reichtum ermöglichte der Autorin Angestellte, die sich um alles, inklusive ihrer Töchter, kümmern konnten, damit ihr Zeit blieb, die nächste Geschichte zu schreiben.

1961 erkrankte Blyton an Demenz, und sie verstarb 1968 verwirrt und ohne Erinnerung an ihre Familie oder ihre Erfolge als Schriftstellerin im Pflegeheim in Hampstead. Eine starke, einfühlsame und intelligente Frau auf Seiten der Kinder – das hat sie berühmt gemacht. Ihre Geschichten werden auch noch heute gern gelesen.

Angela Selke



Maria Regina Kaiser: „Enid Blyton. Geheimnis hinter grünen Hecken“, Romanbiographie, Südverlag, Konstanz 2022, gebunden, 304 Seiten, 22 Euro

CHRISTLICHE LEKTÜRE



Zur Ruhe kommen

Eine Textsammlung zum Themenkreis Traum, Nacht und nächtliche Stimmung in christlicher Tradition

FOTO: SHUTTERSTOCK

„Sternstunden“ enthält eine gelungene Textauswahl von Geschichten, Gedanken und Gebeten, die sich alle mit der besonderen Stimmung der Nacht beschäftigen. Darunter befinden sich Texte von Erich Kästner, Diet-

rich Bonhoeffer, Meister Eckart, Mascha Kaléko, Gerhard Schöne, Ingrid Noll, Paul Gerhardt, Rainer Maria Rilke und anderen. Ansprechende Illustrationen stammen aus der Hand von Sandra Beer.

CRS



„Sternstunden. Geschichten und Gebete für eine gute Nacht“, edition chrismon, Leipzig/Deutsche Bibelgesellschaft, Stuttgart 2022, gebunden, 96 Seiten, 14 Euro

CANCEL CULTURE

Demokratie in Gefahr

Der Psychologe Kolya Zydatiss zeigt anhand zahlreicher Beispiele, wie eine linkslastige Elite Meinungsfreiheit und liberale Werte bedroht

VON WOLFGANG KAUFMANN

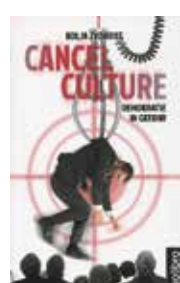
Das Stalin 1927 befahl, kaltgestellte Widersacher aus Fotos herauszuretuschieren, gilt als eine der vielen Schandtaten des sowjetischen Diktators. Inzwischen hat er aber jede Menge Nachahmer gefunden. Der auch in Deutschland gebräuchliche Begriff für deren Treiben lautet „Cancel Culture“, was sich in etwa mit „Lösch-“ oder „Zensurkultur“ übersetzen lässt. Mittlerweile ist es zunehmend üblich, Menschen aufgrund ihrer legitimen Meinungsäußerungen oder Mitgliedschaften in legalen Organisationen und Parteien aus dem Beruf oder dem öffentlichen Raum zu drängen. Das schadet der Demokratie, wie Kolya Zydatiss in seinem Buch „Cancel Culture“ nachweist.

Der Psychologe, Neurowissenschaftler und Statistiker, der sich mit den gravierenden Fehlentwicklungen der heutigen Zeit beschäftigt, bietet eingangs eine Chronik, aus der hervorgeht, wie die Cancel Culture seit 2015 gleich einem Krebsgeschwür um sich griff und sogar zur Mundtotmachung von Nobelpreisträgern führte. Die Aufstellung zeigt, dass die vom politisch-medialen Establishment vorgebrachte Behauptung, man dürfe in den westlichen Demokratien offen und ohne schädliche Folgen seine Meinung sagen, wenn sie nicht strafbar sei, eine dreiste Lüge ist.

Inzwischen kann es jeden treffen, der auch nur ein falsches oder richtiges Wort äußert, nachdem er seinen eigenen Verstand bemüht hat. Er wird von fanatischen

selbsternannten oder von der Obrigkeit ermächtigten Zensoren zum Schweigen gebracht. Ganz nach dem zynischen Credo des ugandischen Machthabers Idi Amin: Natürlich garantiere er Redefreiheit, aber was nach der Rede passiere, stehe auf einem anderen Blatt.

Das Ziel der Cancel Culture ist laut Zydatiss eine drastische Verengung des Meinungsspektrums, die von den zunehmend linkslastiger werdenden Eliten in Staat und Gesellschaft angestrebt werde, weil diese jeglichem Individualismus misstrauten und deshalb eine permanente Erziehung der Bürger anstrebten. Sie hätten auch keine Skrupel, die Geschichte zu verfälschen und das Verhältnis zwischen Richtig und Falsch auf den Kopf zu stellen. Diese „Revolution von oben“ könne die „Killer-App der Zivilisation“ sein, wenn niemand gegensteuere. Zu Letzterem gehöre, permanent darauf zu verweisen, „dass einflussreiche Kreise daran arbeiten, eine noch namenlose Ideologie zu etablieren, die in vielerlei Hinsicht mit den ... liberalen Werten und Grundannahmen bricht, die westliche Gesellschaften jahrzehntlang ausgezeichnet haben“.



Kolya Zydatiss: „Cancel Culture. Demokratie in Gefahr“, Solibro-Verlag, Münster 2021, broschiert, 175 Seiten, 16,80 Euro

BELLETRISTIK

Mord und Raub in wirrer Zeit

Andrej Kurkows Roman „Samson und Nadjeschda“ spielt in Kiew nach der Russischen Revolution – der Umbau der Gesellschaftsordnung hat erst begonnen

VON MANUELA ROSENTHAL-KAPPI

Kiew im Mai 1919: Nach der Russischen Revolution hat eine Zeit der Wirren begonnen. Kosaken, Tscheakisten und Rotarmisten ziehen marodierend durch die Stadt. Die bürgerliche Bevölkerung der Zarenzeit weicht allmählich einer sozialistischen Gesellschaftsordnung, die sich erst noch etablieren muss.

Eines Tages geht der Romanheld Samson Teofilowitsch Koletschko mit seinem Vater gerade über eine Straße, als eine Horde vorüberpreschender Kosaken zuerst dem Vater mit einem Säbel den Schädel spaltet und anschließend Samson ein Ohr abschlägt. Da es keine Möglichkeit gibt, das Organ wieder anzunähen, legt der junge Mann es in eine Bonbondose und verwahrt es im Schreibtisch des Vaters auf.

Die neuen Machthaber bauen ihre sozialistische Gesellschaftsordnung mit den Ressourcen der Bourgeoisie auf, und so wird auch der Schreibtisch des Vaters aus Samsons Wohnung requiriert, in der er nun als Vollwaise allein lebt. Um sich über den Diebstahl zu beklagen, begibt sich Samson zum Polizeirevier. Weil er seine Beschwerde so gut formuliert hat, wird er sogleich eingestellt. In dem ihm zugeteilten Büro steht der Schreibtisch seines Vaters, an dem er künftig arbeitet. Bei einem „Subbotnik“, einem freiwilligen, unbezahlten Arbeitseinsatz nach sozialistischer Sitte, lernt er die begeisterte Kommunistin Nadjeschda kennen, die im nahegelegenen Statistikamt arbeitet. Er verliebt sich in sie,

und bald zieht sie bei ihm ein. In der weiteren Romanhandlung spielt sie keine bedeutende Rolle mehr.

Die aufgrund der Genrebezeichnung erwartbare Krimihandlung kommt erst allmählich in Gang. Zwei bei Samson einquartierte Rotarmisten erweisen sich als Diebe, in deren Beute sich Silber befindet sowie mysteriöse Stoffzuschnitte, die für den Anzug eines Menschen mit seltsamen Körpermaßen gefertigt wurden. Samson beginnt akribisch und in aller Ruhe zu ermitteln, als der Schneider tot aufgefunden wird. Samsons Ohr in der Schublade leistet ihm dabei als Abhöreinrichtung nützliche Dienste.

Andrej Kurkow, Vorsitzender des PEN-Clubs der Ukraine, verbindet in „Samson und Nadjeschda“ Skurriles mit Historischem, wobei er ruhig und unaufgeregt schreibt, ohne Partei zu ergreifen. Er verfasste den Roman 2020, daher sind Analogien zur aktuellen Situation zufällig. Wer einen spannenden Krimi erwartet, wird allerdings enttäuscht. Der Schreibstil des Auftaktbands, für den Kurkow eine Fortsetzung angekündigt hat, ist zwar gut und flüssig, die Handlung zieht sich aber eher schleppend dahin.



Andrej Kurkow: „Samson und Nadjeschda“, Kriminalroman, Diogenes Verlag, Zürich 2022, gebunden, 365 Seiten, 24 Euro

STADTGESCHICHTE

Vor 470 Jahren erhielt Tilsit das Stadtrecht

Am 2. November 1552 verlieh Herzog Albrecht das Fundationsprivileg



VON UWE JÖRG SCHMICKT

Für die ehemaligen Bewohner der Stadt Tilsit gab es am 2. November einen ganz besonderen Anlass, um mit Sehnsucht und Wehmut ihrer Heimatstadt in Ostpreußen zu gedenken: das 470. Jubiläum der Stadtgründung von Tilsit.

Aus diesem Grund besuchte eine Delegation der Stadtgemeinschaft Tilsit e.V. am Jubiläumstag das Geheime Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz in Berlin, um dort das Original einer 1552 beglaubigten Abschrift der historischen Stadtgründungsurkunde von Tilsit zu besichtigen.

Daher möchten wir heute einmal auf die beeindruckende Geschichte der Stadtwerdung Tilsits im Laufe der Jahrhunderte zurückblicken.

Zeugnisse früher Besiedelung

Bereits über 1500 Jahre vor der Stadtgründung Tilsits existierte dort eine Besiedelung an der Memel, bezeugt durch Ausgrabungen eines kaiserzeitlichen Gräberfelds in den Jahren 1936 bis 1940. Diese frühen Funde belegen, dass sich an der Stelle eine Nekropole, das sogenannte „Tilsit-Splitter“, bereits ab 50 bis 150 n. Chr. bis zur späteren Völkerwanderungszeit befand.

Auch im Gräberfeld von Bendiglaiken, auf einer Anhöhe an der Stadtgrenze zu Tilsit, wurden 1910 durch die Altertumsgesellschaft Prussia unter Leitung von Prof. Adalbert Bezenberger entsprechende Altertumsfunde gemacht. Römische Kupfer- und Bronzemünzen, Fibeln, Lanzenspitzen, Armbänder, Perlen und weitere Schmuckgegenstände verweisen auf weitreichende wirtschaftliche Handelsbeziehungen.

Prußen als erste Anwohner

Seit frühgeschichtlicher Zeit bewohnten die westbaltischen Prußen, auf die spätere Staatsname Preußen zurückgeht, in zwölf Stammesgebieten die Region. Die Schalauer, der nördlichste der zwölf Stämme, lebten beidseits der unteren Memel und somit auch im Tilsiter Gebiet. Mit der Unterwerfung der Prußen durch den Deutschen Orden in den Jahren 1231 bis 1283 wurden letztendlich auch die bis dahin prußisch-heidnischen Schalauer christianisiert. Nachdem 1249 der Christburger Friedensvertrag zwischen dem Deutschen Orden und den Prußen geschlossen war, bekamen einige wenige Prußen zum Teil weitreichende Freiheitsrechte zugesprochen und er-

hielten Landverschreibungen. Das erste Landesprivileg in der Gegend von Tilsit wurde 1281 an den Schalauer Jondele Schalwithe ausgestellt.

In den Wegeberichten des Ordens aus den Jahren 1384 bis 1393 wird angedeutet, dass sich an der Mündung des damals so bezeichneten Flüsschens Tilsot oder Tilsete in die Memel ein einfacher Lagerplatz des Ritterordens befand.

sich, aus der sich bis Ende des 15. Jahrhunderts ein wirtschaftliches Zentrum der Region bildete.

In den Ordensfolianten sind als erste Anwohner dieses Marktfleckens die ‚Prußen hinter der Tilse‘ genannt, das heißt die in dieser Region ansässigen schalauischen Prußen beiderseits der Memel. Im Schnittpunkt der Ost-West-Verbindung, ermöglicht durch den Me-

dedes Deutschen Ordens in Preußen Albrecht von Brandenburg-Ansbach. Insbesondere für die später Zuziehenden erwies sich die örtliche Lage jedoch als zunehmend ungünstig, da große Flächen bereits vergeben waren und sie deshalb lediglich kleinere Hofstätten und weniger Ackerland erhielten.

Stadtwerdung von Tilsit

Die junge Siedlung, inzwischen „Tilse“ benannt wie die Burg, konnte flächenmäßig nicht weiter expandieren, auch aufgrund des weitreichenden Landeigentums des Großgrundbesitzers Moritz II. von Perschkau. Dieser leistete im Tilsiter Gebiet einen wesentlichen Beitrag zur Urbarmachung und Kolonisation. Er hatte außerdem großen Einfluss in dieser Region im Zeitalter der Reformation.

1525 trat Albrecht von Brandenburg-Ansbach zur Reformation über und veränderte zudem als erster Herzog des nunmehr erblichen lutherischen Herzogtums Preußen die vormals katholisch dominierte weltliche Herrschaft des Deutschordensstaates.

Mit Beharrlichkeit und Klugheit verfolgten die Anwohner von Tilse ihr Ziel, bessere Entwicklungs- und Versorgungsmöglichkeiten für ihr aufstrebendes Gemeinwesen zu erhalten und die Stellung als Stadt zu erreichen. Ab zirka 1540 richteten sie eine große Anzahl an entsprechenden „Supplikationen“ (Bittgesuchen) an ihren Landesherrn Herzog Albrecht in Königsberg.

Verleihung des Stadtrechts

Herzog Albrecht zeigte sich wohlwollend, und in seiner Anwesenheit fand am 2. Dezember 1551 in der alten Stadtkirche zu Tilse die Wahl des Bürgermeisters, des Rates der Stadt und des Gerichts statt. Diese feierliche Erhebung zur Stadt wurde nach elf Monaten beurkundet und besiegelt.

Am 2. November 1552 verlieh Herzog Albrecht der jungen Stadt Tilse das Stadtrecht, das sogenannte Fundationsprivileg. Seit dieser Stadtgründung galt in Tilse das sogenannte „Kulmer Recht“. Gleichzeitig erhielt die junge Stadt ihr prächtiges Wappen und die Stadtgrenze wurde festgelegt, welche nun auch ein großzügiges Gebiet auf der anderen Memelseite mit umfasste.

Die Stadt Tilsit (diese Bezeichnung hat sich erst im 19. Jahrhundert etabliert) war nun bereit für die kommenden Epochen ihrer beeindruckenden Stadtgeschichte, die bis heute mit Freude, aber auch großem Leid verbunden ist.



Museum für Stadtgeschichte Tilsit [Sowjetsk]: Veranstaltung zum Stadtjubiläum 2022

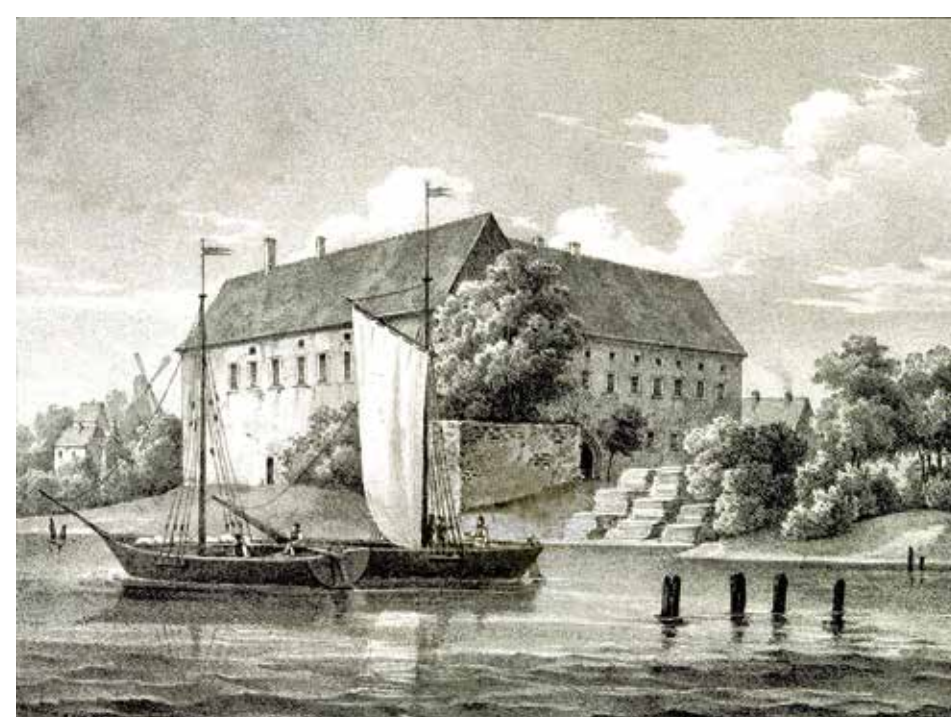
Namentlich abgeleitet von der prußisch-schalauischen Bezeichnung ‚tilse‘ (sumpfig), wurde 1409 die Burg Tilse als eine der letzten Wehranlagen im Deutschordensstaat fertiggestellt.

Günstige Lage für Handel

Unter dem Schutz dieser neuerbauten Burg entstand im unmittelbaren Einzugsbereich ein wirtschaftlicher Aufschwung durch lebhaften Handel. Eine zunehmende Besiedelung entwickelte

mel-Strom sowie die Landverbindung von Süden nach Norden, lag dieser Ort sehr vorteilhaft für Handelswirtschaft und Verkehr, sodass kontinuierlich weitere Siedler, vermehrt auch deutsche Krüger, Kaufleute und Handwerker angezogen wurden.

Nun entstand eine erste Struktur der zukünftigen Stadt Tilsit: in Straßenformation eines Kreuzes, versehen mit dem Recht des Markthaltens und 1511 autorisiert durch den letzten Hochmeister



Tilsit um 1833: Die Ordensburg mit Resten einer Bastion

Foto: Archiv

TILSITS MEILENSTEINE

Zweitgrößte Stadt Ostpreußens: Administrativer, wirtschaftlicher und kultureller Mittelpunkt einer ganzen Region.

Weltgeschichtliche Bedeutung durch den Tilsiter Frieden: Historisches Treffen von Napoleon, Kaiser Alexander I. und Königin Luise sowie König Friedrich Wilhelm III.

Verbindung und Schmelztiegel zwischen Ost und West: Preußens und Deutschlands ehemaliges Tor zum Osten.

Bevölkerung und Besiedlung: Friedvolles Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft, Bildung und Religion.

Bekannte Persönlichkeiten: Max von Schenkendorf, Armin Mueller-Stahl, John Kay (Band: „Steppenwolf“), Edgar Froese („Tangerine Dream“) und viele mehr.

Bedeutende Bauwerke und bekannte Wahrzeichen: Königin-Luise-Brücke, Deutsche Kirche, Rathaus, Hafenspeicher, Königin-Luise-Denkmal usw.

Hervorragendes Schulangebot: 40 schulische Bildungsinstitute.

Tilsiter Käse: International bekannt und beliebt.

Erinnerungskultur von Tilsit: Bewahrung des großen historischen Erbes.

Die Stadtgemeinschaft Tilsit e.V. hat Ende Oktober 2022 weitreichende Entscheidungen getroffen, um mit innovativen Projekten, Zeitzeugenbefragung, Forschung, Digitalisierung und Archivierung auch in Zukunft die Erinnerung an Tilsit wachzuhalten.

Die Hoffnung der letzten Zeitzeugen Tilsits ist es, dass Identität, Kultur und Seele ihrer Stadt Tilsit weiterhin in vernehmlichem Geist fortbestehen. In unser aller Herzen bleibt

TILSIT – DIE STADT OHNE GLEICHEN.

● AUFGESCHNAPPT

Auch das lautstarke Bekenntnis zur richtigen Seite erfordert mitunter zumindest geringfügiges Nachdenken – und zwar vor besagtem Bekenntnis. Bis zur hessischen SPD war dies noch nicht durchgedrungen. In verschiedenen sozialen Medien hatte die Partei Anfang Oktober alle „Jüdinnen und Juden“ zum Jom Kippur beglückwünscht, dem höchsten jüdischen Feiertag. Illustriert war das Ganze mit einem Bild des Felsendoms in Jerusalem – einem Hauptheiligtum des Islam. In puncto Bildung ein Offenbarungseid für die Genossen. Mit peinlicher Entgleisung ist der Vorgang noch sehr vorsichtig charakterisiert. Aber es geht immer noch mehr. Am 9. November verschickte die Schnellrestaurant-Kette „Kentucky Fried Chicken“ (KFC) die Werbe-Botschaft: „Gedenktag an die Reichspogromnacht – Gönn dir ruhig mehr zarten Cheese zum knusprigen Chicken. Jetzt bei KF Cheese!“ Erst nach Beschwerden ließ KFC wissen, die „inkorrekte und nicht angemessene Nachricht“ sei auf „einen Fehler im System“ zurückzuführen. E.L.



● STIMMEN ZUR ZEIT

„Welt“-Chefredakteurin Anna Schneider wundert sich am 13. November unter der sarkastischen Überschrift „Wer nicht links ist, ist Nazi“ über eine heftige Attacke des ARD-Magazins „Kontraste“ auf den Kabarettisten Dieter Nuhr:

„Dieter Nuhr ist also ein Nazi ... Man kann Wokeness also nicht kritisieren, ohne aus der grün-links-woken Ecke als Nazi bezeichnet zu werden – damit ist jede Debatte beendet. Wer diese Brutalität in der Ablehnung anderer Meinungen nicht als illiberal und also als Gefahr für Gesellschaft und Demokratie anerkennt, dem ist, fürchte ich, nicht mehr zu helfen.“

Hans-Georg Maaßen wirft der etablierten deutschen Politik im Portal „alexander-wal-lasch.de“ (14. November) vor, die Abschiebung von Ausländern, die sich illegal in Deutschland aufhalten, aus ideologischen Gründen zu vereiteln. Es gehe darum, die „bestehende bürgerliche Gesellschaft“ per Migration zu „dekonstruieren“:

„Ich habe in anderen Ländern erlebt, dass man dort mehrere hunderttausend illegale Ausländer abgeschoben hatte. Möglich ist es, man muss es nur wollen. Aber unsere Politik will es nicht. Und statt offen zu sagen, dass sie es nicht will, verwendet sie Zangennarrative, mit denen sie unter Inanspruchnahme von Amtsautorität den Menschen einredet, das sei nicht machbar, das sei juristisch unmöglich oder das könnten wir nicht entscheiden, sondern müsse europäisch gelöst werden.“

Der bekannte Buchautor Erich von Däniken gibt sich auf Twitter (11. November) entnervt über die neueste Masche zur Forderung nach weiteren Entwicklungshilfegeldern:

„Der Großteil der Politiker in Entwicklungsländern ist durch und durch korrupt. Und jetzt verlangen sie wie üblich erneut Billionen, um angebliche Umweltschäden zu beheben. Und ebenfalls wie üblich zahlt und zahlt der Westen. Dümmer geht's nimmer!“

Gunnar Schupelius zerlegt in der „B.Z.“ (13. November) den Mythos der Klima-Extremisten, im „Widerstand“ zu sein:

„Es stellt sich also die Frage, gegen wen die Klima-Blockierer eigentlich kämpfen? Gegen die UNO nicht, denn dort fühlen sie sich bestätigt. Gegen die Kirchen auch nicht, denn dort werden sie gefeiert. Auch gegen den Berliner Senat nicht, denn der sagt höchstens mal ‚Du, Du!‘ Gegen die Bundesregierung? Auch dort haben die Klimakleber viele Verbündete. Ihr Kampf richtet sich tatsächlich gegen die ganz normalen Leute ... Sie werden von Millionen bezahlt.“

Dieter Schnaas meint in der „Wirtschaftswoc-“ (13. November) zum (vorerst gestoppten) „Bürgergeld“:

„Das Signal, das die Ampel mit der Erhöhung der Sätze, den ‚Schonvermögen‘ und der ‚Vertrauenszeit‘ an Gering- und Normalverdiener sendet: Ihr müsst den Gürtel eng und enger schnallen, während sich die Lage für Empfänger des ‚Bürgergelds‘ deutlich verbessert.“

● WORT DER WOCHE

„Erwirtschaften gilt bei uns als gierig, Verteilen als sozial.“

Dieter Nuhr, in seiner Kabarett-Sendung im Ersten am 7. November

DER WOCHENRÜCKBLICK

Gute Demokratie, böse Demokratie

Was Faschisten wirklich antreibt, und wo man ihr Gedankengut überall findet

VON HANS HECKEL

Das war wirklich spannend, dieses Gespräch. So spannend sogar, dass ich das Zusammentreffen bis heute nicht vergessen habe, obwohl es schon Jahrzehnte her ist. Das liegt an dem Gesprächspartner, mit dem ich es damals zu tun hatte. Es war nämlich ein waschechter Faschist. Nein, nicht einer, dem irgendwelche Linksextremisten dieses Etikett nach alter Antifa-Verleumdungssitte angeheftet hatten, um ihn politisch und gesellschaftlich auszulöschen.

Ich war mit jemandem im Raum, der sich tatsächlich selber so nannte! Allerdings war er nicht gern Faschist, wie er beteuerte. Der arme Kerl glaubte vielmehr, von den widrigen Umständen zu so einer Position gezwungen zu sein. Wie bitte? Ja, wirklich! Das begründete er mit einer Volte, die mir seitdem nie mehr aus dem Kopf ging und die ich bei anderen autoritären Geistern über die Jahre immer wieder entdecken sollte.

Er sagte, „Hans, das mit deinem Liberalismus, deiner Demokratie ist ja schön und gut, da wär' ich ja auch gern dabei. Aber guck dir doch an, wie die Chose läuft: Wir stehen kurz vor der Katastrophe! Da kann man nicht lange rumquatschen, da muss gehandelt werden, sonst fliegt uns alles um die Ohren! Wir können uns dieses FDGO-Gewürge, dieses kompromisslerische Hin und Her einfach nicht mehr leisten. Die Lösung muss erzwungen werden, auch gegen Mehrheiten, und das heißt dann eben Faschismus.“ FDGO steht für Freiheitlich-Demokratische Grundordnung, wobei er die Abkürzung nicht Eff-De-Ge-Oh aussprach, sondern verächtlich von „Eff-De-Ge-Null“ redete.

Vor ein paar Tagen sah ich eine junge Frau vor einem Auditorium andächtig lauschender Damen und Herren reden. Sie und die Ihren brechen das Gesetz, weil „alle anderen Protestformen erschöpft wurden“. Sie verstoßen gegen die Freiheitsrechte anderer Bürger, weil sie eine Katastrophe abwenden müssten, so die Argumentation ihrer Bewegung. Man greife zu rechtswidrigen, die demokratischen Regeln bewusst missachtenden Protestformen, weil „warnende Stimmen weiterhin ignoriert“ würden, rief die Rednerin aus.

Sie hätte auch sagen können: Schluss mit dem FDGO-Gewürge, es muss gehandelt werden, auch gegen Mehrheiten und gegen das Gesetz. Und das heißt dann eben ... Nein,

das hat sie jetzt nicht gesagt. Und doch hatte ich den alten Gesprächspartner wieder im Ohr, der mir vor Jahrzehnten – es war noch vor dem Mauerfall – enthüllt hat, wie man das nennt: Faschismus.

Die junge Frau heißt Aimée van Baalen und trat als Vertreterin der Klima-Extremisten der Gruppe „Letzte Generation“ vor die EKD-Synode in Magdeburg auf, wo ihre flammende Rede mit stehendem Applaus bejubelt wurde. Synodenpräsidentin Anna-Nicole Heinrich bedankte sich mit den wärmsten Worten für van Baalens Appell und warnte davor, die Rechtsbrecher der „Letzten Generation“ in die kriminelle Ecke zu stellen. Und wie sieht das die Polizei? Auf „Spiegel TV“ sehen wir, wie sich ein Polizeiwagen just in dem Moment von der Bundeszentrale der FDP in Berlin entfernt, als die Klima-Extremisten beginnen, das Gebäude zu besprühen – ein eindrucksvolles Bild, fürwahr!

Selbstverständlich kämen weder van Baalen noch Heinrich auf die Idee, ein derart ehrliches Geständnis zu den Grundlagen und Schlussfolgerungen ihrer Ideologie abzuliefern wie der Faschist von damals. Bei den Linksautoritären ist das Verhältnis zur Demokratie allerdings auch etwas elastischer als bei ihm. Dort hängt es ganz vom Ergebnis einer Abstimmung ab, wie man sich zur demokratischen Ordnung stellt.

Vor der Wahl pfui, nach der Wahl hui

Vor den US-Zwischenwahlen war das Verhältnis ziemlich durchwachsen, was daran lag, dass man einen Erdrutschsieg der Republikaner erwartete. Etliche große deutsche Medien erregten sich, wie ungerecht die „Midterms“ abliefen: Die Wahlkreise seien willkürlich geschnitten, Geld spiele eine viel zu große Rolle, das Mehrheitswahlrecht sei unfair, der Dienstag als Wahltag ebenfalls ganz unmöglich, die Briefwahl vielerorts eingeschränkt und was nicht alles. „Es droht das Ende der Demokratie“, barmte ein großes Nachrichtenportal gar.

Dann folgte die große Überraschung. Der „Erdrutschsieg“ misslang den Republikanern, die Demokraten von Joe Biden sehen sich dagegen sogar gestärkt. Nun lasen wir auf der Seite der Deutschen Welle auf einmal: „Nicht wenige Experten werten die Wahlen als eine Trendwende und eine Rückbesinnung auf die Werte der US-Demokratie.“ Kein Wort mehr von Willkür und Ungerechtigkeit – Resultat gut, Demokratie gut, alles gut. Entsprechend

Bei den Linksautoritären hängt das Verhältnis zu demokratischen Wahlen ganz vom Ergebnis ab



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de